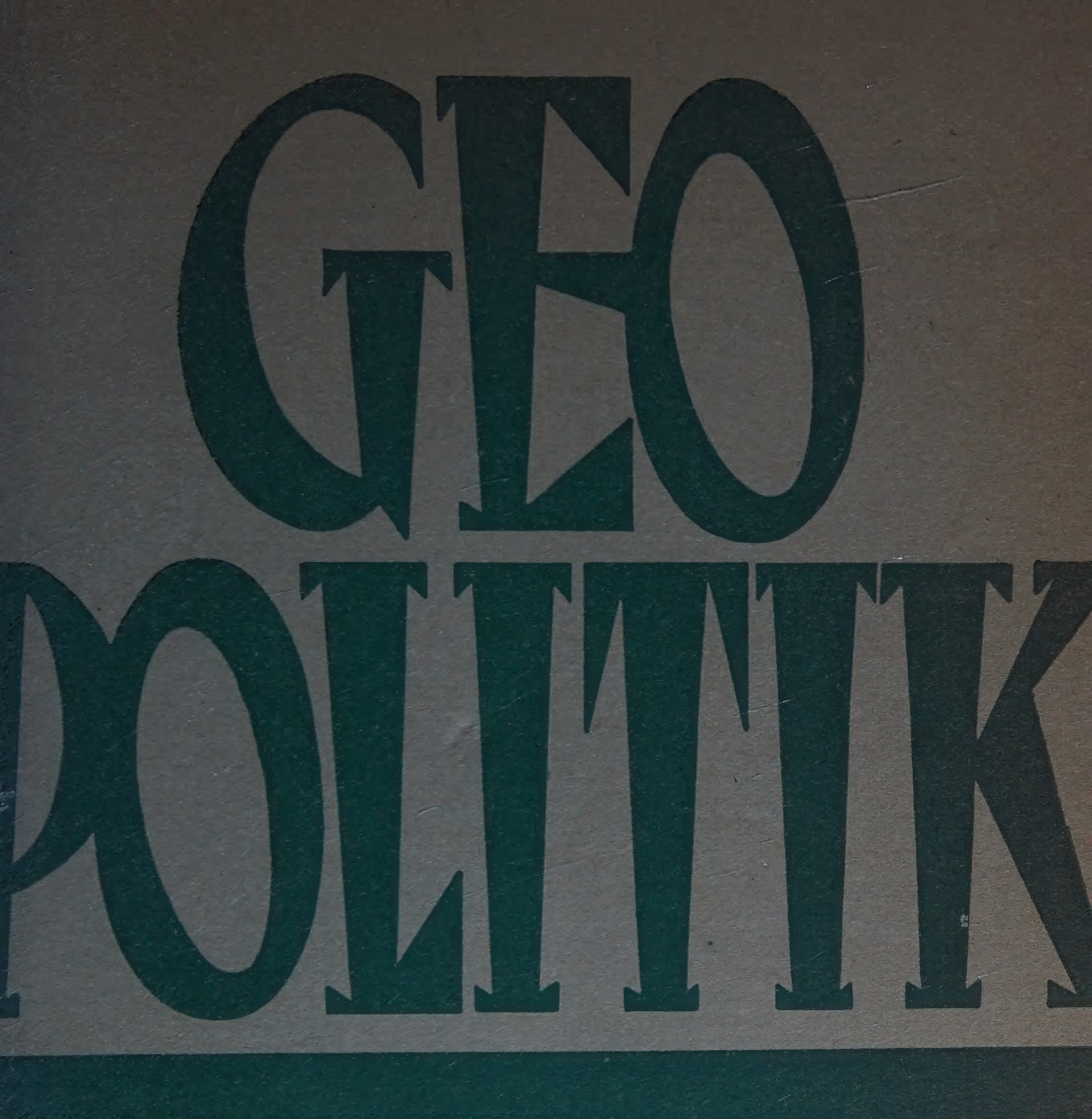


US DEM INHALT DES HEFTES

Aufruf des elsaß-lothringischen Heimatbundes
Rosenkrantz / Polnische Wasserstraßen — Berichte
kas / Verkehrsnetz der Südostecke — Amann / Sun Ya
ns Vermächtnis III — Tuckermann / Philippinenproblem
isler / Politik und Sprachenkarten — Literaturbericht

URT VOWINCKEL VERLA

FT 9 / SEPTEMBER BERLIN — III. JAHRGANG 1926 2 MAR

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Str. 18, Tel. 44444, *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Tel. West 5948 und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. a. d. Univ., Frankfurt/Main, Franz Rückerstrasse 23, Tel. Maingau 5117
Schriftleitung: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

III. JAHRGANG 1926
HEFT 9 · SEPTEMBER

INHALT:

LEITAUFSATZ:

DER PREIS:

Das Einzelheft	2 Reichsmark
Die Vierteljahresfolge	6 Reichsmark
Die Halbjahresfolge	12 Reichsmark
Die Jahresfolge mit Register	24 Reichsmark
Der Jahrgang in Ganzleinen gebunden, 2 Bände	30 Reichsmark

Postscheckkonto: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin 18769, Wien 55918
Bankkonto: Delbrück Schickler & Co., Berlin; Kreditanstalt der Deutschen, Prag

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Ingenieur *Gustav Amann*, Shanghai, C. I. C, Szechuan Road 36
Dr. Walter Geisler, Privatdozent a. d. Universität, Halle, Poststr. 17
Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18
Professor *Dr. Georg Lukas*, Graz, Franckstr. 34
Dr. Otto Maull, a. o. Professor a. d. Universität, Frankfurt a. M., Franz Rückerstraße 23
Dr. Erich Obst, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14
Dr. Walter Tuckermann, o. Professor a. d. Handelshochschule, Mannheim, Friedrichsplatz 14

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-GRUNEWALD / HOHENZOLLERNDAMM 83

AUFRUF AN ALLE HEIMATTREUEN ELSASS-LOTHRINGER!

In einer der vorausgegangenen Berichterstattungen (Heft 7 1926, S. 510) wiesen wir auf die Verfolgungen hin, denen die Unterzeichner des „Aufrufs heimattreuer Elsaß-Lothringer" ausgesetzt sind. Es dürfte unsere Leser interessieren, den Wortlaut dieses Aufrufes kennen zu lernen. *E. Obst.*

In schicksalsschwerer Stunde treten die Unterzeichneten vor das elsaß-lothringische Volk, um es zur Tat aufzurufen.

Längeres Zögern wäre Verrat an unserm Volkstum, denn

das Maß ist voll bis zum Überlaufen.

Sieben Jahre lang haben wir zugesehen, wie man uns Tag für Tag in unserer eigenen Heimat entrechtet hat, wie all die Versprechungen, welche man uns feierlich gegeben, mißachtet worden sind, wie man unsere Rasseneigenschaften und Sprache, unsere Überlieferungen und Gebräuche zu erdrosseln suchte. Wir wissen nunmehr, daß die Assimilationsfanatiker es auf Wesen, Seele und Kultur des elsässischen Volkes abgesehen haben, wobei sie nicht einmal vor Fragen der inneren Überzeugung und des Gewissens Halt machen.

Wenn wir von natürlichen und erworbenen Rechten und Freiheiten unserer Heimat und unseres Volkes sprechen, verhöhnt man uns und überschüttet uns mit Verleumdungen und Drohungen.

All dies Leid wollen und werden wir unter keinen Umständen weiter ertragen.

Wir haben erkannt, daß fast das ganze elsaß-lothringische Volk, daß alle, die noch echte und aufrechte Elsaß-Lothringer geblieben sind, in ihrem Innersten denken wie wir, mit uns auf dem Standpunkt des elsaß-lothringischen Selbstbewußtseins und der Heimatliebe stehen und die bestehende Zersplitterung durch gegenseitige Achtung und eine tiefe Verwurzelung im Heimatboden ersetzen wollen. Es bedarf nur des Anstoßes, und sie alle werden sich zur langersehnten Einheitsfront zusammenschließen, um eines Herzens und eines Willens Unterdrückung und Untergang von unserem Lande abzuwehren.

Wir sind der Überzeugung, daß die Sicherung und lebendige Auswirkung der unverjährbaren und unveräußerlichen Heimatrechte des elsaß-lothringischen Volkes und die Wiedergutmachung all des Tausenden und Abertausenden unter uns zugefügten Unrechts nur garantiert sind, wenn wir als nationale Minderheit die

vollständige Autonomie im Rahmen Frankreichs erhalten.

Diese legislative und administrative Selbständigkeit soll ihren Ausdruck finden in einer vom Volk gewählten Vertretung mit Budgetrecht und einer Exekutivgewalt, mit dem Sitze in Straßburg, welche aus dem elsaß-lothringischen Volke hervorgehen und neben dem für Fragen allgemein-französischen Charakters gemeinsamen Parlament in Paris den Zusammenhang mit dem französischen Staate wahren soll.

Vor allem muß in den wichtigen und schwierigen Fragen der Weltanschauung eine einheitliche Front hergestellt werden, damit unsere Kampfeskraft nicht durch Weltanschauungsstreit und Parteihader sabotiert und geschwächt werde.

Daher sind wir in bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat und die Schulfrage für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen gesetzlichen Zustandes, bis das elsaß-lothringische Volk selbst in der Lage ist, über die letzte Form endgültig zu entscheiden. Eine Lösung der Schulfrage sehen wir dann in der Verwirklichung des Grundsatzes, daß es unantastbares Recht der Eltern ist, in entscheidender Weise über die Art der Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen.

Weiter verlangen wir volle Achtung und ehrliche Respektierung der christlichen Weltanschauung, in welcher ja die Mehrzahl unserer Volksgenossen verankert und aus welcher die Kultur unseres Landes geschichtlich erwachsen ist. Ihre vielfältigen kulturellen Kräfte müssen zum Ausbau eines gesunden und reichen Volkslebens verwendet werden.

Ein richtiges Verständnis dieses Programmpunktes wird alle dazu bringen, jeder andern Weltanschauung ihr Recht zu gewähren, so daß ein Bruderkampf in Zukunft ausgeschlossen bleibt, der von unsern Feinden dazu benutzt wird, um uns zu entzweien, um uns ungestört unserer gemeinsamen Volks- und Heimatrechte berauben zu können.

Wir fordern, daß die deutsche Sprache im öffentlichen Leben unseres Landes den Rang einnimmt, der ihr als Muttersprache des weitaus größten Teils unseres Volkes und als einer der ersten Kultursprachen der Welt zukommt. In der Schule muß sie Ausgangspunkt und ständiges Unterrichtsmittel und Unterrichtsfach mit abschließender Prüfung sein. In der Verwaltung und vor Gericht muß ihr gleiche Berechtigung mit der französischen Sprache zukommen.

Unser niederes und höheres Schulwesen, wie unsere sonstigen Bildungseinrichtungen, sollen in allen ihren Zweigen nicht gemäß Diktat der Pariser Zentralgewalt, sondern der Eigenart und Kulturhöhe des elsaß-lothringischen Volkes entsprechend ausgebaut werden, so wie unser zukünftiges Parlament unter weitgehendem Mitbestimmungsrecht der Eltern und Lehrpersonen es verfügen wird.

Wir betrachten es als eine unserer Hauptaufgaben, elsässisches und lothringisches Wesen und lothringischen Sinn zu pflegen und dafür zu sorgen, daß bei unserem Volk die Kenntnis von seiner reichen historischen und kulturellen Vergangenheit unverfälscht erhalten bleibt, um es dadurch zu eigener Arbeit aus eigener Kultur heraus anzuspornen.

Als ureigenstes Recht, aus Selbstbewußtsein, aus sozialen und sprachlichen Gründen verlangen wir

Platz an der Sonne für unsere Landeskinder,

welche irgendeine Verwaltungslaufbahn eingeschlagen haben. Sie allein können, bis in die höchsten Stellen hinein, die Verwaltungsarbeit leisten, die bei unserer sprachlichen und kulturellen Eigenart doppelt schwierig ist. Sie allein werden uns wieder frei machen von all dem Ballast einer rückständigen Bureaukratie und all den schreienden Ungerechtigkeiten, in denen wir ersticken.

Wir fordern weiter:

Volle Autonomie des elsaß-lothringischen Eisenbahnnetzes in Eigentum des elsaß-lothringischen Volkes;

Schutz der elsaß-lothringischen Landwirtschaft, dem Weinbau, Handel und Gewerbe, sowohl in den Handelsverträgen wie gegenüber der innerfranzösischen Konkurrenz;

Reform des Steuerwesens in ausgleichender sozialer Gerechtigkeit;

Ausbau unserer seit Jahren erstarrten sozialen Gesetzgebung, deren weitere Entwickelung durch die rückschrittlichen Assimilationsbestrebungen aufgehalten worden ist;

Wiederherstellung der früheren Gemeindegesetzgebung bei Anpassung derselben an die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wir sind begeisterte Anhänger der Friedensidee, internationaler Zusammenarbeit und Gegner des Chauvinismus, des Imperialismus und Militarismus in allen ihren Formen.

Unser Land soll als Treffpunkt zweier großer Kulturen in die Lage versetzt werden, seinen Anteil an der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und an der zivilisatorischen Gemeinschaftsarbeit von West- und Mitteleuropa beizutragen.

Um alle diese Forderungen wollen wir das gesamte elsaß-lothringische Volk in einem Heimatbunde scharen, der stark und unerschrocken Schützer und Wegweiser sein soll.

Wir wollen keine neue Partei sein,

nur eine Organisation, welche die bestehenden Parteien des Landes dazu antreiben wird, endlich die Politik des Hinhaltens, der Schwäche und der Täuschung aufzugeben und den Kampf für die elsaß-lothringischen Volks- und Heimatrechte mit rücksichtsloser Tatkraft zu führen.

Es lebe ein selbstbewußtes, starkes und freies Elsaß-Lothringen!

L. ROSENKRANTZ: POLNISCHE WASSERSTRASSENPLÄNE

Durch die polnische Tagespresse wie auch durch die der übrigen Randstaaten ging in diesen Tagen die Mitteilung, daß seitens des Völkerbundes eine Sachverständigenkommission nach Polen entsandt worden sei, deren Aufgabe darin besteht, die Pläne der zum Bau in Aussicht genommenen polnischen Wasserstraßen eingehend zu prüfen.

In der Hauptsache handelt es sich um zwei Projekte. Das eine umfaßt einen Kanalbau vom oberschlesischen resp. kongreßpolnischen Kohlenrevier zur Weichsel.

Das zweite befaßt sich mit einer Kanalverbindung zwischen dem Pripet, einem Nebenfluß des Dnjepers und dem Bug, welcher wiederum ein Nebenfluß der Weichsel ist.

Zur Verwirklichung dieser beiden mehr oder weniger sehr bedeutenden Unternehmungen ist eine Summe von annähernd 600 Millionen Zloty in Gold in Kalkulation gesetzt.

Wenn nun die obenerwähnte Sachverständigenkommission des Völkerbundes die von Seiten der polnischen Regierung in Anregung gebrachten beiden Projekte als ausführbar erachtet, so glauben die Warschauer maßgebenden Kreise es als ein leichtes betrachten zu können, den genannten Betrag von der internationalen Finanz zu beschaffen.

Wer nun die Verhältnisse im heutigen Polen sich zu eigen gemacht hat, ja selbst nur einer oberflächlichen Beobachtung unterzogen hat, der wird wohl ohne Bedenken zugeben müssen, daß die kapitalistischen Kreise einer Beteiligung nicht abgeneigt sein werden, vorausgesetzt begreiflicherweise, daß eine weitgehende Kontrolle über die Ausführungsarbeiten zugestanden wird.

Diese Projekte dürften, und dieses sei nicht außer acht gelassen, der ganzen Struktur der östlichen Handelswege ein vollkommen verändertes Bild aufdrücken, denn wo früher die Aufgabe der lettländischen Häfen, Riga und Libau zu suchen war, wird sie nach Vollendung der geschilderten Pläne, namentlich der Wasserweg Pripet—Bug, einzig und allein Danzig zufallen.

Vorausgesetzt, daß die letztgenannte Straße — Pripet—Bug — den Anforderungen der vollkommenen Modernität entsprechen würde, so müßte sie das leider nicht zur Ausführung gelangte russische Projekt eines Seekanales zwischen Riga—Chersson, auslösen.

Die Bedingungen der Durchführbarkeit eines derartigen Wasserweges selbst für Seeschiffe mittlerer Größe müßte und wird auch aller Wahrscheinlichkeit

nicht nur dem Orienthandel des mittelländischen Meeres, namentlich dem des östlichen Teiles einen neuen Weg schaffen, sondern auch den der Gebiete der sogenannten schwarzen Erde in eine andere Richtung zwingen.

Nicht Rußland, nicht die Randstaaten, namentlich Lettland, werden in Zukunft die Vermittler zwischen Ost und West sein, sondern in der Hauptsache Polen mit Hilfe von Danzig.

Was ein derartiger Durchgangsverkehr für ein Land bedeutet, braucht nicht ins Detailierte geschildert zu werden. Ein solcher Wasserweg ist eben als Regulator des Handels zu betrachten, der, weise und klug geleitet, unendlichen Vorteil für sein Land bringen muß.

Zur Durchführung der Idee der Weiterführung dieses Seekanales durch den Dnjeper zum Schwarzen Meer ist es in erster Linie erforderlich, im Einvernehmen mit der russischen Sowjet-Republik resp. der Ukraine zu handeln, durch deren Territorium der Dnjeper seinen Weg nimmt. Die natürliche Tiefe dieses Flusses, abwechselnd allerdings mit wenigen seichten Partien, erfordert trotz alledem eine durchgehende Regulierung, um die Schiffahrt vor Überraschungen zu wahren. Die materiellen Erfordernisse in dieser Richtung sind hierbei nicht so bedeutend, als gemeiniglich angenommen wird.

Was jedoch ein schweres Hindernis auf dem Flußlauf des Dnjepers hervorruft, das sind die Parogen (Wasserfälle) in der Nähe von Jekaterinoslaw, dreizehn an Zahl in einer Reihenfolge von $82^1/_2$ km; sie gestalten eine reguläre Durchgangsschiffahrt zu einem Ding der Unmöglichkeit.

Die einstige kaiserlich-russische Regierung hat in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung des Dnjepers für den ganzen Süden des Reiches, die weitgehendsten Versuche zur Behebung dieses Verkehrshindernisses unternommen. Sie bestanden in Sprengungen der Felsen, in Schaffung einer künstlichen Fahrlinie an der einen Flußseite und deren Vertiefung. Jedoch all diese Arbeiten und Versuche erwiesen sich als mangelhaft.

Der einzige Weg zur Ausnutzung dieses grandiosen Stromes bis zu seiner Mündung in das Schwarze Meer besteht in der Schaffung eines Umgehungskanales, der die Parogenpartie allerdings trocken legen, der Schiffahrt dagegen aber eine ungehinderte Bahn schaffen wird.

Sind diese Hindernisse behoben, so liegt einem direkten Verkehr von der Ostsee nach dem Schwarzen Meer technisch absolut nichts mehr im Wege.

Es ist nun die Frage, ob die materielle Lage der interessierten Staaten, im gegebenen Fall Sowjet-Rußland und Polen, es gestatten würde, die Durchführung dieses Projektes sich zu eigen zu machen. Ob nun wiederum die internationale Finanz, bei der doch mehr oder weniger problematischen Sicherheit jener Gebiete, die Hand zur Realisierung zu bieten geneigt sein wird, ist bei der heutigen Lage der Verhältnisse mehr als zweifelhaft.

Den größten Vorteil erfährt aus diesem Unternehmen fraglos Polen, denn nicht nur daß der Wasserlauf dieser Straße ungefähr zweidrittel seines Laufes durch sein Territorium nimmt, sondern daß auch sein Hauptexportzweig, das Holz, einen leichten Abtransport nach dem Süden erhält. Gerade eine Wasserstraße von der gedachten Größe und Bedeutung dürfte es nach sich ziehen, daß die Holzexportländer, Finnland und Schweden, ihre Märkte im Süden verlieren müssen.

Wenn außerdem die Ausführung dieses Projektes in der Form zur Durchführung gelangt, daß seine Tiefe und Breite Dimensionen aufweist, die den Durchgangsverkehr von der Ostsee nach dem Schwarzen Meer Seeschiffen mittlerer Größe hinderungslos in schneller Fahrt ermöglicht, dann nimmt ein großer Teil des Verkehrs seinen Weg, wie bereits gesagt, anstatt um Europa durch diesen Seekanal. Voraussetzung ist, daß die Kanalkosten nicht eine Höhe haben, die die Vorteile der Zeit, der geringen Versicherungsprämie und der Schnelligkeit wettmachen.

Selbst wenn eine Einigung auf Grund der heutigen Verhältnisse zwischen Sowjet-Rußland und Polen nicht erzielt werden kann, so enthält das Teilprojekt der Modernisierung des Kanales Pripet—Bug Momente für Polen, wie sie nicht genügend hervorgehoben werden können.

Neben der großzügigen Exportmöglichkeit seiner Agrar- und Waldprodukte auf eigenen Wasserwegen umfaßt dieses Projekt ein weiteres Ziel, das darin besteht, die Polesje oder wie sie in West-Europa mit Rakotnysümpfe benannt werden, trocken zu legen. Nicht allein, daß dadurch der Wasserspiegel des in Frage stehenden Kanales eine wesentliche Erhöhung erhält, sondern diese Trockenlegung umfaßt außerdem ein Territorium von annähernd einer Million Hektar, die der Kultur dadurch zugeführt werden.

Außerdem soll das Wasser der Kanäle gleichzeitig dazu dienen, die Elekterisierung Polens zu erleichtern in der Lieferung von ca. 25 Millionen Kilowattstunden.

Der Weg, den diese Kanalverbindung nimmt, bewegt sich über den Pripet, vom Einfluß in den Dnjeper auf eine Entfernung von 499,5 km. Hierauf wird er in die Jassolda in eine Länge von 22,4 km geleitet und sodann in das Flüßchen Strumen mit 121,8 km. Durch den nun folgenden tatsächlichen Bug-Kanal mit 76 km vollzieht sich die Vereinigung durch den Fluß Muchowetz und den Bug mit der Weichsel.

Eine solche Wasserstraße durch das Herz Polens muß den gesamten Ein- und Ausfuhrhandel, der heute über den Schienenweg geleitet wird, an sich reißen und unverständlich wäre es, wenn eine Regierung die ihr dazu gebotene Möglichkeit nicht mit aller Energie zu verwirklichen trachten würde.

Das zweite Projekt, die Errichtung eines Kanals vom polnischen Kohlenrevier zur Weichsel dürfte mit relativ geringeren Kosten, in Anbetracht des kürzeren Weges schon, zu verwirklichen sein. Die größere Schwierigkeit liegt hier wohl in erforderlichen Regulierungsarbeiten auf der Weichsel selbst vom Pleßschen Gebiet bis zum Einlauf des Bug in dieselbe.

Diese Verbindung würde damit der Kohlen- und Eisenindustrie einen unbehinderten, billigen Weg zum Weltmarkt ermöglichen, der heute nur durch die Eisenbahn, mit zweimaligem Umladen in Kähnen und dann wieder in Danzig in Seeschiffe bewerkstelligt werden kann.

Die billigen Arbeitslöhne in diesem Revier, die Reichhaltigkeit der Gruben, die geringen Kosten der neuen Wasserverbindung müssen dann eine bedenkliche Konkurrenz polnischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nach sich ziehen, die heute, wenn auch nicht als quantité negligable, so aber doch als erträglich zu betrachten ist.

Die leitenden Kreise seien auf den Wert und die Bedeutung dieser neuprojektierten Wege hingewiesen, die unter Umständen und unter bedingten Voraussetzungen der Struktur der Handelswege und mit ihr den Erzeugnissen der daranliegenden Gebiete ein verändertes Bild aufprägen könnte.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Das Großhamburg-Problem

Von der gewöhnlichen Form der Berichterstattung weichen wir dieses Mal bewußt ab. Wir verzichten darauf, die wichtigsten geopolitischen Ereignisse im Bereich der Alten Welt zu skizzieren, und berichten statt dessen ausnahmsweise einmal über ein einzelnes geopolitisches Problem unserer deutschen Heimat: die Großhamburg-Frage.

Daß wir uns bei der Erörterung dieses überaus wichtigen Gegenstandes nicht von den selbstischen Interessen der einen oder der anderen Partei beeinflussen lassen, versteht sich von selbst. Eingehende Untersuchungen an Ort und Stelle haben uns zwar sowohl mit dem preußischen wie mit dem hamburgischen Standpunkt vertraut gemacht. Hier aber handelt es sich darum, über den Parteien stehend, objektiv zu berichten, damit tunlichst weiten Kreisen unseres Volkes eine eigene Urteilsbildung ermöglicht wird.

Das Unterelbegebiet ist von der Natur dazu bestimmt, neben der Rheinmündung die wichtigste Pforte des europäischen Erdteils zu sein. Festland und Meer reichen sich hier die Hand, und der Elbestrom pflanzt den Pulsschlag seines Mündungsgebietes weit in den Kontinent hinein fort. Kein Wunder also, daß das Unterelbegebiet geopolitisch von jeher eine hervorragende Rolle gespielt hat. Nachdem Dänemarks Machtbegehren erfolgreich zurückgewiesen und auch die französischen und englischen Einnistungspläne endgültig gescheitert waren, wurde das Unterelbe-Problem zu einer rein deutschen Angelegenheit. Indessen die unglückselige politische Zersplitterung unseres Vaterlandes vereitelte noch immer eine einheitliche großzügige Nutzung dieses hervorragenden Wirtschafts- und Verkehrsraumes. Selbst nach den Jahren 1866 und 1870/71 blieben immer noch zwei Rivalen übrig: Hamburg und Preußen.

Das geopolitische Kräfteverhältnis der beiden Partner im Unterelbegebiet war lange Zeit durchaus ungleichartig. In überaus kluger Weise hatte es die Hamburger Politik verstanden, sich frühzeitig alle Gabelungen des Elbstromes territorialpolitisch zu sichern (vgl. die Skizze): die Bunthäuser Spitze mit der Aufteilung in Norder- und Süderelbe gehört zu Hamburg; die Ellerholzer Spitze, an der sich die Süderelbe in die Alte Süderelbe und den Köhlbrand aufteilt, gehört zu der Hamburger Exklave Moorburg. Dadurch war Hamburg in die Lage versetzt, die Wasserführung der Süderelbe nach seinem Ermessen entscheidend zu beeinflussen und das Hamburger Hafengebiet zu begünstigen. Durch die lange Erhaltung der Köhlbrandbarre legte es den Seeschiffsverkehr nach der Süderelbe und Harburg vollends lahm. Erst durch die Köhlbrandverträge, namentlich den letzten vom Jahre 1908, erhielt Preußen Luft, die Köhlbrandbarre fiel, Hamburg verpflichtete sich, die Bunthäuser Spitze so auszubauen, daß künftighin genau die gleichen Wassermengen durch Norder- und Süderelbe hindurchgehen würden.

Durch diesen Vertrag errang sich Preußen verkehrsgeographisch die Gleichstellung mit Hamburg. Ob darüber hinaus auch verkehrstechnisch und wirtschaftlich die Ebenbürtigkeit der preußischen Elbseite mit Hamburg zu erreichen war, hing nun letzten Endes von Preußen selbst ab. Die Aufgabe war gewiß nicht leicht, denn inzwischen war der Verkehr auf der nördlichen Elbe so stark entwickelt, der Hafenbetrieb hier so glänzend ausgebaut, daß Harburg als preußischer Seeschiffahrtshafen an der Elbe nur mit alleräußerster Kraftanstrengung sich neben Hamburg hätte behaupten können.

Jeder, der die Harburger Häfen kennengelernt hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Preußen die ihm durch den dritten Köhlbrandvertrag gebotenen Möglichkeiten nicht annähernd so ausgenutzt hat, wie es theoretisch möglich gewesen wäre. Die drei Harburger Hafenbecken, in denen sich Seeschiffe und Schuten oftmals zu einem undurchdringlichen Knäuel zusammenballen, bilden ein recht wenig würdiges Gegenstück zu den Hamburger Häfen, in denen sich die See- und Binnenschiffe nach wohldurchdachten Plänen auf verschiedenen Wegen treffen. Die Harburger Hafenbecken sind überdies viel zu klein, um der Industrie Harburgs die erforderlichen Wachstumsmöglichkeiten zu bieten. Nur für ein einziges, wiederum zu kleines Becken wäre noch Raum vorhanden. Der Harburger Hafen kann darüber hinaus unter keinen Umständen vergrößert werden, denn im Osten bietet die Eisenbahnbrücke über die Süderelbe ein Halt, im Westen grenzt das preußische Gebiet mit der Harburger Stadtgrenze an das dichtbesiedelte Gebiet der Hamburger Exklave Moorburg.

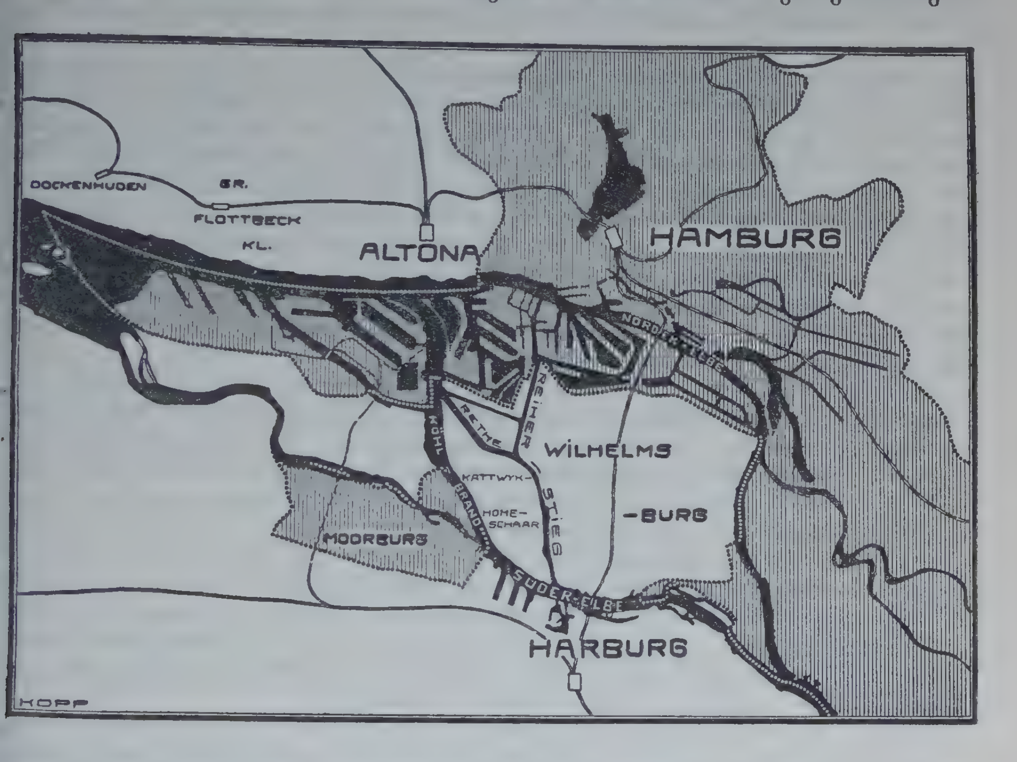
Es war somit ein selbstverständliches Gebot der preußischen Politik, sofern Preußen überhaupt eine Rolle im Unterelbegebiet spielen wollte, dem Raum zwischen der Eisenbahn über die Elbe und dem Köhlbrand besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Neue und technisch moderne Seeschiffahrtshäfen kann Preußen hier und nur hier schaffen. In diesem Raum liegt die Zukunft des an sich mit viel zu schmalem Zugang zur seeschiffstiefen Süderelbe ausgestatteten Harburg.

Einen ersten Schritt nach dieser Richtung hat Preußen damit getan, daß es in den letzten Jahren die Rethe auf Seeschiffstiefe ausbaggerte und den Reiherstieg begradigte und verbesserte. Die Insel Kattwyk-Hoheschaar zwischen Köhlbrand—Rethe—Reiherstieg hat damit an Wert ganz außerordentlich gewonnen. Hier können moderne Häfen in Hülle und Fülle errichtet, hier kann Fabrikgelände in großem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Würde Kattwyk-Hoheschaar mit Harburg vereinigt werden, so wäre mit einem Schlage die Hafennot Harburgs beseitigt, Preußen würde sich in wesentlich gesteigertem Maße seinen Anteil am Umschlagsverkehr des Unterelbegebietes sichern und wäre der Schlagader des Weltverkehrs auf dem Elbstrom erheblich näher gerückt.

Gerade in diesem Augenblick erscheint nun aber Hamburg auf dem Plan mit der Forderung, die preußischen Elbinseln von Wilhelmsburg-Kattwyk-Hoheschaar-Altenwerder-Finkenwerder seinem Staatsgebiet einzuverleiben, weil es anders seinen Hafen nicht großzügig und zweckentsprechend ausgestalten kann. Die Eisenbahnbrücken über den Elbstrom setzen dem Wachstum der Hamburger Seehäfen flußaufwärts eine unüberwindliche Grenze, denn an eine Verlegung der Strecke Harburg—Hamburg weiter nach Osten ist aus ver-

schiedenen Gründen nicht zu denken. Im alten Hamburger Staatsgebiet ist jedes kleinste Fleckchen bereits bis zum äußersten ausgenutzt. Die Moorburger Exklave endlich liegt viel zu sehr abseits, um in den feinorganisierten Hamburger Hafenbetrieb einbezogen zu werden. Weiter flußabwärts aber gehören beide Elbufer zum preußischen Staatsgebiet.

Die preußische Regierung hat sich diesen Argumenten keineswegs völlig verschlossen. Sie würde bereit sein, mindestens einen Teil der von Hamburg begehrten Elbinseln abzutreten, wenn Hamburg dafür die Exklave Moorburg herausgäbe und den durch die hamburgischen Hafenerweiterungen geschädigten



preußischen Gemeinden eine dauernde Geldbeihilfe gewähren würde. Letzteres würde vor allem deshalb notwendig sein, weil im Falle einer Durchführung der Hamburger Pläne die steuerschwache hamburgische Arbeiterschaft in noch größerem Umfange als jetzt schon in preußischen Gemeinden wohnen würde. Diese Gemeinden hätten dann große soziale Lasten zu tragen, während die durch den Hafenbetrieb direkt und indirekt aufkommenden Einnahmen in den hamburgischen Staatssäckel fließen würden.

Es schien, als ob durch beiderseitiges Entgegenkommen ein Ausweg gefunden werden könnte, der den Belangen beider Parteien im Unterelbegebiet leidlich gerecht würde. Wider Erwarten haben sich die Verhandlungen dann aber doch zerschlagen. Noch einmal bleibt uns also eine Atempause, das Großhamburg-Problem in Ruhe zu durchdenken. Und das ist gut so.

Im Grunde nämlich hätte die oben skizzierte Lösung doch nur eine Halbheit bedeutet. Das Unterelbegebiet, der Großhamburger Raum, ist geographisch eine derartig ausgesprochene Einheit, daß es auf die Dauer eine politisch-wirtschaftliche Teilung einfach nicht verträgt. Gesamtdeutsche Interessen müssen aufs schwerste geschädigt werden, wenn man die naturgesetzlich vorgeschriebenen geopolitischen Wege mißachtet und andere Bahnen einschlägt. Preußen und Hamburg, die beiden Gliedstaaten des Reichs, müssen endlich einsehen, daß das Unterelbe-Problem weder eine rein preußische noch eine rein hamburgische Angelegenheit ist, sondern eine solche des Reichs.

Für Preußens Widerstand dürfte der Wunsch maßgebend sein, sich im Unterelbegebiet nicht gänzlich ausschalten zu lassen. Hält man es für denkbar, daß ein noch wesentlich vergrößertes Hamburg sich unter Umständen eines Tages vom Reiche lossagen, das Reich damit die Elbmündung verlieren könnte? Fühlt man sich bloß als das größte Land des Reiches, das aus Prestigegründen seinen Platz im Raum Großhamburg behaupten muß? Wie dem auch sei, jedenfalls will man preußischerseits Hamburg mit Harburg Konkurrenz bieten. Das mag an sich vielleicht noch nicht gar zu bedenklich sein. Tritt man nun aber zuvor noch Kattwyk-Hoheschaar an Hamburg ab, so wird das Unternehmen vollends ebenso töricht wie hoffnungslos. Gewiß könnte man theoretisch daran denken, auf dem Gebiete von Moorburg die Hafenanlagen Harburgs zu erweitern. Indessen einem solchen Plan stehen sehr schwerwiegende Bedenken gegenüber.

1. Die alte, gänzlich versandete Süderelbe auf Seeschifftiefe zu bringen, ist Preußen nach den strombautechnischen Bestimmungen des dritten Köhlbrandvertrages untersagt. Eine solche Schiffbarmachung der alten Süderelbe ist auch aus dem Grunde nicht mehr möglich, weil die Eisenbahnbrücke der hamburgischen Walterhof—Finkenwerderbahn die Herrichtung der alten Süderelbe für Seeschiffahrtszwecke verbietet.

2. Die Schiffbarmachung der alten Süderelbe etwa von der Ellerholzer Spitze bis zur Eisenbahnbrücke wäre theoretisch möglich, jedoch würden die Kosten außerordentlich hoch sein, da zu alledem wohl noch ein Kanaldurchstich durch die Ellerholzer Landzunge notwendig wäre, um die unmögliche Kehre an der Ellerholzer Spitze zu vermeiden und den Seeschiffen den unmittelbaren Zugang in das Moorburger Hafengebiet zu gestatten.

3. Einer Verwertung Moorburgs steht fernerhin die Tatsache hindernd im Wege, daß Moorburg dicht besiedelt ist (2030 E.) und erhebliche Flächen dieser Gemarkung durch den im Grundbuch als Eigentümer bezeichneten Kaufmann Nottebohm in Hamburg sich im Besitz des hamburgischen Staates befinden. Die Aussiedelung der Moorburger Bevölkerung einerseits und die Enteignung andererseits würden voraussichtlich auf erheblich finanzielle und andere Schwierigkeiten stoßen.

Aber selbst wenn alle diese Schwierigkeiten irgendwie überwunden werden könnten, bleibt die Tatsache bestehen, daß die größere hafentechnische Erfahrung nun einmal unzweifelhaft auf hamburgischer Seite liegt und daß der Faktor „Tradition“ auch im Verkehrs- und Handelsleben eine große Rolle spielt. Schließlich muß auch offen zugegeben werden, daß sich das verarmte Deutsche Reich nicht den Luxus leisten darf, in seinem wichtigsten Welthafen die kostspielige Rivalität zweier Gliedstaaten zu dulden.

Auf der anderen Seite muß der Hamburgische Staat nachgerade anerkennen, daß die einfache Hamburgisierung des Unterelbe-Gebietes nicht die einzige Lösung dieses Reichsproblems darstellt, wie doch überhaupt Hamburg bei aller hervorragenden Leistungs- und Opferfreudigkeit seiner Bürgerschaft nicht allein aus eigener Kraft zu dem geworden ist, was es heute darstellt, sondern mit dem gesamten Reich und dank der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung aufgestiegen ist.

Vom geopolitischen Gesichtspunkt aus wäre es m. E. unverantwortlich, weiterhin im Banne veralteter territorialpolitischer Gedankengänge zu handeln, das Unterelbeproblem auf dem Wege eines preußisch-hamburgischen Land tausches zu „lösen" und die alte Rivalität der beiden Anrainerstaaten weiterhin Orgien feiern zu sehen. Schon hört man davon sprechen, daß im Falle einer solchen Einigung die Industrie der preußischen Seite gegenüber der hamburgischen Hafenindustrie dadurch geschützt werden müßte, das dem etwa an Hamburg abzutretenden Elbinselgelände die Industrieklausel aufzuerlegen wäre! Partikularismus in Reinkultur! Wenn wir nach außen hin ein großdeutsches Programm vertreten und dieses international durchsetzen wollen, dürfen wir uns im eigenen Hause nicht derartige Blößen geben, nicht in dieser kleinlichen Weise aufteilen wollen, was die Natur als Einheit schuf. Im Reichsinteresse muß eine Lösung gefunden werden, die den Belangen des Reiches an einer einheitlichen Bewirtschaftung des Gesamtgebietes voll und ganz gerecht wird. Die verschiedenen Wege, die hierfür in Frage kämen, zu erörtern (Reichsland Großhamburg; preußisch-hamburgische Interessengemeinschaft nach der Art der zweistaatlichen Bewirtschaftung des Goslarer Gruben- und Hüttenbezirkes u. a. m.), kann nicht Aufgabe einer wissenschaftlich-geopolitischen Berichterstattung sein; hier hat die praktische Politik, die Kunst des Möglichen, einzusetzen.

KARL HAUSHOFER:

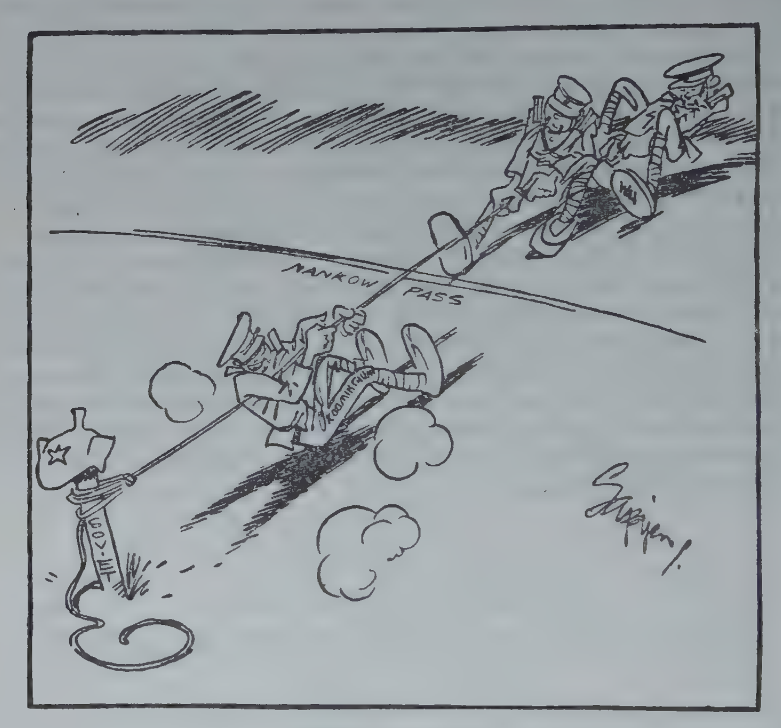
BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Einer Meisterstudie von Richard Schmidt: „Verfassungsausbau und Weltreichsbildung", Leipzig 1926, entnehmen wir für den indopazifischen Raum, auf den sie sich mit glänzendem Erfolg anwenden läßt, zwei vom Verfasser offenbar gebilligte Zitate. Rankes Forderung „nur mit dem für den Einzelnen erreichbaren Höchstmaß spezieller . . Fachkenntnis" an Betrachtungsweise von universaler Tragweite heranzutreten, und das anerkennende Wort des Polybios „. . hieraus folgt . . daß die Römer nicht, wie einige . . glauben, von ungefähr oder zufällig, sondern vielmehr mit gutem Grunde . . nicht nur den kühnen Gedanken der Regierung und Beherrschung der Welt gefaßt, sondern wirklich das Ziel erreicht haben".

Die erste Äußerung mahnt uns, gerade kleine, unscheinbare, erdbestimmte, bodenverhaftete Symptome von Macht- und Wirtschaftsverlagerungen besonders sorgfältig zu verzeichnen und damit dem Universalhistoriker gerade so zu nützen, wie der Geographie, Politik und Wirtschaft; die zweite zeigt

auch im Sommer 1926, wie sich gerade bei der Machtausdehnung der so oft am römischen Beispiel abgeschätzten Angelsachsen Geschick und Glück verketten.

Ein solches Klein-Zeichen stellen wir deshalb bewußt sogar vor die sehr ernste Rede Baldwins an die Parlamentsdelegation nach **Australien**, die eine bedeutende Stellung zur wichtigsten westpazifischen Frage nimmt; ein so wichtiges Symptom ist die Vollendung der Kontrollstelle am **Rutbah-Brunnen**, etwa halbwegs Bagdad—Damaskus durch H. C. Mason, den Bauleiter der **Iraq-Regierung** — sie bedeutet in Wahrheit die Verschiebung eines Grenzsteines zwischen Nahem und Mittlerem Osten von Ramadi am Euphrat bis in



Seilziehen neuer Art

die Mitte der syrischen Wüste, zu deren „Eroberung für die Zivilisation" der ganz moderne Bau eines Riesenkarawanserai (mit eigener Wasserversorgung, eigener Kraft- und Lichtstation und Rundfunkeinrichtungen) ein erfolgreicher Schritt ist. Mit Flughafen hat der ganze Bau nur etwa 150 000 Mark gekostet; er wird sich sogar für das Iraq rentieren, für das anglo-indische Reich aber ein unbezahlbares „Auge in die Wüste" sein: 430 km von Bagdad, etwa 400 von Damaskus, ein Ersatz für die bisher viel weiter östlich, in Ramadi und Falujah geübte Kontrolle. Es ist ein kluger weiterer Schritt in dem beharrlichen indo-britischen Streben, den mittleren Osten auf Kosten des kleiner und kleiner werdenden nahen Ostens auszudehnen und den Mittelmeermächten an dieser entscheidenden Stelle des uralten Landwegs nach Indien immer

mehr Raum zu entziehen, ihre Einmischungsgelüste von dieser gefährlichen Naht wegzugewöhnen.

Am 27. Juli hat Baldwin mit einer Offenheit über das Leitproblem Australiens gesprochen, die sich nur durch seine Überzeugung erklären läßt, „von der Schwierigkeit, die Probleme zu verstehen, denen die Männer unsres Blutes zu begegnen haben, die auf der andern Seite dieser Erde leben". Wie viel mehr gilt das dann erst von den Auslanddeutschen als von den Überseebriten!



Die Brückenbauer von Peking

„Wir sind so ähnlich und doch so verschieden." „Weitaus die wichtigste Sache für Australien, den Frieden der Welt, die Zukunft der Welt und unsrer eignen Rasse ist aber sicher, daß dort drüben eine Gemeinschaft heranwächst, viel größer, als sie jetzt existiert, und aus reingezüchtetem Grundstock von den britischen Inseln." Dann verwies er die im September nach Australien kommende parlamentarische Abordnung auf liebevolles Verständnis für die sozialen Experimente eines jungen Landes, und fuhr fort:

„Seltsam ist es ja, daß wir in einem Neuland, in einem Land mit vorherrschend landwirtschaftlicher Siedelung genau denselben Zug auftreten sehen,

wie in der Alten Welt, daß die Städte wachsen auf Kosten des Landes. Befremdlich ist es, daß wir in diesem weiten Festland mit all seiner latenten Erzeugungsfähigkeit ein Hineintriften der Bevölkerung nach Sidney und Melbourne wahrnehmen, wo sich ein großer Teil der ganzen Bevölkerung des Kontinents zusammendrängt." —

„Diese Verstädterung ist eine der wesentlichsten Fragen, der wir auch in der Heimat begegnen müssen. Was können wir tun, diesem Zusammendrängen der Bevölkerung in den Städten vorzubeugen, das es so viel schwieriger macht, die Lebenshaltung zu erzielen, die wir so gern verbreitet wüßten, und Entwicklungsraum zu schaffen. Nur Gutes kann von eignem Einblick und vom Durchsprechen dieser Fragen kommen."

Mit diesem Rat wurde die Abordnung entlassen, an der sich alle Parteien gleich beteiligen — eine Lehre, die Mittel- und Zwischeneuropa so heilsam wäre und doch so verloren ist, wie die des Polybius, die Richard Schmidt warnend anführt, den Griechen seiner Zeit über das Beispiel der Römer.

Daß die panasiatische Konferenz, zu der die Teilnehmer Anfang August in Japan (Nagasaki) landen sollten, dort von innen, von Japan aus, und von andern Mächten von außen her torpediert werden würde, darüber werden sich Einberufer und zureisende Vertreter (52 z. Zt. statt 130!) der asiatischen Mächte nnd Völker klar gewesen sein. Sie wird also zur Rumpfveranstaltung mit einem chinesischen Vakuum. Dazu kommt die Schwierigkeit, zu entscheiden, wer mit dem nötigen Gewicht hinter sich für China auftreten soll, wenn überhaupt Abgeordnete kämen. Ohne die Ratifizierung durch die Kwangprovinzen, denen sich der größte Teil von Hunan angeschlossen hat, und der Yangtsegruppe, wird nichts wirkliche Geltung gewinnen, was die im Machtrückgang stehenden uneinigen Gewalthaber des Nordens: Wu Pei Fu und Chang Tso Lin, beide mit wankenden wirtschaftlichen Unterlagen, den ohnmächtigen Zentralregierungen abpressen sollten. Aber wir glauben an dem geopolitisch begründeten Urteil festhalten zu müssen, daß unter den heutigen Verkehrsverhältnissen keine der natürlichen Landschaften Chinas — auch der Süden nicht — stark genug ist, den andern das Gesetz ihres Willens aufzuzwingen. Groß ist die Gefahr einer Pufferstaatbildung in der Mandschurei, und sogar eine Nord-Südtrennung ist möglich, bei der die größere Lebenskraft der Yangtse- und Kwanglandschaften sehr deutlich würde und dartun könnte, daß die Hauptstadtlage von Peking mit dem Selbständigwerden der Nord-Weststeppen aus triftigen geopolitischen Gründen immer unhaltbarer wird, und daß ein Südwärtsgleiten des Machtschwerpunkts, etwa nach Nanking, des wirtschaftlichen nach Hankau-Shanghai, durchaus in den Bereich der Möglichkeit gehört. Eine Pekinger Korrespondenz der Frkf. Ztg. (31. 7. 26) kommt zu ganz ähnlichen Raumabwertungen, wie wir sie im Heft 8 der Geopolitik veröffentlicht haben; nur daß inzwischen die vereinigten Kwangprovinzen ihre Macht über den besten Teil von Hunan ausgedehnt, die Yangtseländer die ihre nach Süd-Shantung weiter vorgeschoben haben, Wu Pei Fu am Nankaupaß einen Fehlschlag erlebt hat, und die Kuo Min Chun-Truppen in Shansi im Fortschreiten sind.

Auch diese Nachrichten bestätigen das früher schon hier vertretene Urteil, daß die größere lebendige Kraft, wirtschaftliche Stärke und der nachhaltigere Ideenschwung auf Seite des Südens ist, und daß ohne seine Ratifikation keine dauernden Zusammenfügungen erreichbar sind. Zu einem Urteil darüber

mpfiehlt sich sehr Verfolgung der chin. nat.-soz. „Canton Gazette“ neben den Shanghaier Zeitungen.

Die südfreundliche Sowjetpolitik in China wird immer wieder durch tarke wirtschaftliche Hemmungen, namentlich an der chinesischen Ostbahn durchkreuzt, und durch das Streben, für Wladiwostok den an Dairen verlorenen Boden handels- und verkehrspolitisch wieder zu gewinnen, wie dem Aderlaß durch die neue Bahn Sipinkai—Taonanfu—Tsitsikar und von Kirin iber Tunghua nach Nordkorea vorbeugend zu begegnen.

So durchkreuzt nicht nur bei den zugegebenerweise wirtschafts-imperialistischen Mächten, sondern auch bei den angeblich für die Selbstbestimmung eintretenden Sowjetbünden die rauhe Forderung wirtschaftlicher Bindungen die dealistische Propaganda.

George Bronson Rea, der nun in Europa weilende vielerfahrene Herausgeber und Schriftleiter der bekannten Shanghaier Far Eastern Review, schreibt n einem Aufsatz: „Japans right to exist“: „Eine der Lehren des großen Krieges ist, daß ein sich rapid vermehrendes Volk auf einem zu beschränkten Raum mit einem Auslaß versehen werden muß, oder daß — wenn man es zwingt, zu Hause zu bleiben — der Rest der Welt die Alternative eines unheilvollen Handelswettbewerbs auf sich nehmen muß. Die Strafe dafür muß gezahlt werden, entweder indem man ihm Ergänzungsraum zuweist, oder indem man eine vernichtende Handelsrivalität erweckt, aus seiner größeren Not, sich seinen Lebensunterhalt zu erwerben . . .“

Und in einem gewissen Gegensatz zu den oben erwähnten Anschauungen des verantwortlichen Mannes im Britenreich, Baldwin, schreibt er dann im nächsten Aufsatz: „Japan not to blame“: „Japan ist nicht zu tadeln, wenn es aus dieser Enge herausdrückt.“ Wir wollen uns diesen Akt der Gerechtigkeit auch für Deutschland merken!

Während der Abwesenheit über See eines so wichtigen Horchpostens der angelsächsischen Welt haben sich in der unmittelbaren Nähe seines verlassenen Observatoriums noch einige andere Dinge zugetragen, die auch die Vereinigten Staaten erkennen lassen, daß Undank der Welt Lohn ist.

In den Philippinen haben sich eben gerade die Moros unter Führung eines einheimischen Seitenstücks zu Abd El Krim empört, an der Stelle, wo sie die Amerikaner wegen der vielen Bodenschätze, ungenützten Wälder und Gummipflanzungsmöglichkeiten „vom Joch der Philippinos befreien“ wollten, wie wir bereits im Heft 8 berichten konnten.

Feng Yu Hsiang aber, der christliche General — so sehr gelobt und gepriesen von den amerikanischen und ein klein wenig auch von den deutschen Missionen — für den zu beten uns ausdrücklich nahe gelegt worden war, hat jüngst in Moskau sagen müssen, daß „die Missionare in China die Ursache von einigen der Übel Chinas“ seien. Bei so viel freundlicher Hilfe ist das schlechter Dank.

Als Antwort auf den beständigen transpazifischen Kriegstrompetenschall, wie ihn namentlich Hector C. Bywater („The great pacific war u. a.“) pflegt, aber auch ein großer Teil der amerikanischen periodischen und Tagespresse, hat nun der bekannte Publizist und Kenner japanischer Seewehr-Fragen, Seijiro Kawashima im „Naikwan“ (Binnenschau) eine Betrachtung darüber geschrieben, was denn wohl geschähe, wenn die Vereinigten Staaten Japan zu einem

solchen Kriege zwingen würden. Der wesentliche Inhalt ist vom Transpacific (Tokyo) in seinen Nummern vom 5. und 12. Juni übersetzt und kritisiert worden, unter der etwas frivolen Aufschrift: „A war with America wanted". Das ist nicht wahr; denn eben der Transpacific muß im selben Atemzug zugeben, daß alle ernsthaften Stimmen Japans — auch solche, die den transpazifischen Krieg nicht fürchten, die eher eine Reinigung der japanischen Volksseele, ein Aufwerfen der panasiatischen Fragen in riesenhaftem Umfang und Machterweiterung und Kulturerhaltung Ostasiens von ihm erwarten, wie Akiyama — sagen: „daß nichts ihrem Denken ferner liegt, als einen bewaffneten Konflikt mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen oder zu rufen". Aber Kawashima erkennt eben, gerade aus dem Studium der angelsächsischen Kriegsliteratur und der Tatsachen von Singapur, wie des Weltkriegs, daß die ausgesprochene Scheu vor einem Krieg oft ein sehr schlechtes Mittel ist, ihm fern zu halten, und daß alle politischen Möglichkeiten an Gefahr verlieren, wenn man ihnen klar und stark ins Auge sieht, sein Volk aber aufs Schlimmste als Möglichkeit vorbereitet.

Bemerkenswert ist aber immerhin aus der Antwort von Kawashima die Selbstverständlichkeit, mit der Waffenhandlungen vor einer formellen Kriegserklärung und ein schnelles Handlegen auf Philippinen und Guam empfohlen werden, während ein Handstreich auf Hawaii, dem eine Besitznahme von Wake und Midway vorausgehen müsse, eher zur Verlegenheit werden könnte. Die große Schwäche der Verbindungslinie von Yokosuka und den Ogasawara-Inseln nach Truck, Ponape und Jaluit wird ohne weiteres zugegeben; aber der Gegenzug würde die Vereinigte Staaten-Flotte doch auch von einem sicheren Besitz von Pearl Harbour aus zunächst vor Verlegenheiten stellen. Dann werden die Möglichkeiten des Durchhaltens im Wirtschaftskriege und des Offenhaltens der Verbindung mit Korea und China erörtert.

Seewehrtechnisch interessierte Leser werden in den Auszügen des Transpazific wertvolle Einzelheiten vom japanischen Standpunkt gegenüber dem viel mehr verbreiteten angelsächsischen über die Kraftlinien und Möglichkeiten der transpazifischen Spannungen finden. Auch die Gegenüberstellung, daß es den Japanern viel leichter sein würde, eine verhältnismäßig nahe amerikanische Basis, auf den Philippinen z. B., für einen Ermattungskrieg erfolgreich im Schach zu halten, als das fernere Pearl-Harbour, das Rechnen mit der reizbaren Ungeduld des amerikanischen Volkstemperaments und ihre regionalen Folgen: Übergreifen auf Niederländisch-Indien, Nord-Australien, Singapur sind bedeutsam.

Kühl werden dem japanischen Volk die Rohstoffragen vorgerechnet. Eisen und Reis bieten keine Schwierigkeiten, Öl und Baumwolle, gewisse Kriegsmetalle und Gummi die größten; aber im ganzen sei der Wirtschaftskrieg für Japan weniger aussichtslos als man gewöhnlich annehme. Die Lücken der Offiziers- und Seemannsergänzung in den Vereinigten Staaten, im Gegensatz zum japanischen Erziehungssystem und reichlichen Ersatzangebot, werden in Rechnung gestellt. Die geopolitische Tatsache der dreifachen Küstenentwicklung des japanischen Inselreichs gegenüber den sonst so raum-überlegenen Vereinigten Staaten macht sich hier vorteilhaft fühlbar; die daraus fließende Kraftquelle wird sich aber mit zunehmender Industrialisierung Japans und steigender Hochlohnrichtung vermindern.

Für die wichtigsten Entfernungen mag man die Zahl der Tagfahrten zu len Hauptlagenwerten im Gedächtnis behalten: Von den japanischen Aus-gangshäfen Yokosuka und Sasebo je vier Dampftage nach Guam und Manila, ast gleiche Entfernungen; Hawaii—Guam zehn Tage, Hawaii—Manila vier-ehn Tage.

Die Haltung des britischen Reiches einerseits, Chinas und der Sowjetbünde ndererseits aber hängt an der Fortentwicklung der asiatischen Frage, so ehr die Australier die amerikanische Flotte bejubelt haben und gewisse Kreise mit amerikanischer Benützung von Singapur rechnen.

Kawashima meint, vieles werde dafür sprechen, dem britischen Reich eher ine zweifelhafte Neutralität in dem „Japan, wie den Vereinigten Staaten leich unerwünschten Falle des transpazifischen Krieges" nahezulegen, der also unächst auf die Seefront Japans beschränkt bliebe. Wird auch auf der Land-ront „im Hinterland Japans" gekämpft werden? Das ist die schicksal-ent-scheidende Frage. Japan unterscheidet seestrategisch zwischen „Omotte Nihon" Sonnenseite, und „Ura Nihon" Schattenseite, Rückseite, die es den Sowjets ınd der Mandschurei zuwendet. Das ist ein landläufiger Begriff bei allen lort, die mit Aufmarsch, Kriegs- und Handelsflotten-Verwendung zu tun aben, etwa so landläufig, wie bei uns Ost- und Westfront war, während im Volksempfinden Süd- und Nordabwehr zurücktrat, obwohl man sich ihre Dringlichkeit auch außerhalb der Nächstbeteiligten, Wasserkante und Gebirgs-andschaften, hätte klarer machen müssen. In Japan aber hat die scharfe Trennung zwischen der von Übersee her gefährdeten pazifischen Front und ler nur durch Landmächte bedrohten Nordwest-Rückseite ihre Berechtigung.

Es wird von der Fähigkeit Japans abhängen, festlandwärts Maß zu halten, ınd von der Entwicklung der japanischen und russischen Luftstreitkräfte, wie weit das Sicherheitsgefühl gegenüber der asiatischen Landfront berechtigt ist, las aus Kawashimas Erwägungen spricht. Er stellt aber dem japanischen Hörerkreis durchaus unbeschönigt dar, wie gefährlich ein Zusammenwirken ler Vereinigten Staaten mit den Sowjets über Alaska wäre, das vor allem Mitchell in den Vereinigten Staaten für die Verwendung ihrer Luftstreitkräfte vertritt.

„Ein amerikanischer Luftstützpunkt in Wladiwostok vermag Japan in seiner ganzen Ausdehnung in Asche zu verwandeln."

Die Erkenntnis dieser Tatsache ist ein Angelpunkt jeder japanischen Politik; n ihr liegt die Stärke der Sowjets an der pazifischen Küste Ostasiens be-gründet; aus ihr lassen sich viele nicht gern geschehene Schach- und Rück-züge der japanischen Politik der letzten Jahre erklären — denn diese geo-politische Stärke nimmt nicht ab, sondern steigt. Es sind Züge, die Japan von dem feinen Ferngefühl für künftige Gefahrmöglichkeiten diktiert schienen, das den engsten Kreis der leitenden Staatsmänner in Japan immer ausge-zeichnet hat. Uyehara hat es in seinem Buch: „Political Development of Japan", London 1909, als eine Art Fingerspitzengefühl für das Vorwiegen der Außenpolitik in gefährlichen Lagen und gegenüber Umzugsbedrohungen durch Ferndruck im ganzen Volk ausgezeichnet geschildert. Wir haben diese japa-nische Antwort auf viele ähnliche Betrachtungen von außen her deshalb so eingehend behandeln zu sollen geglaubt, weil Kawashima tatsächlich, wie der Transpacific mit Recht selbst bemerkt, „hoch über dem Straßengeschrei steht,

das etwa während der Washingtonkonferenz oder der Einwanderungsgesetze Japan erfüllte".

Wenn aber die Möglichkeit transpazifischer Spannungen „in den Nimbus des Lächerlichen" verschwunden ist (wie der Transpacific meint) — warum spricht dann Mr. Baldwin so ernsthaft von dem zu leeren Australien als von einem der „weitaus wichtigsten Dinge für den Frieden der Welt, die Zukunft der Welt und unserer eigenen Rasse"?

Wir sind doch gewöhnt, den britischen Premierminister sehr ernst zu nehmen, wenn er zu maßgebenden Führern der britischen öffentlichen Meinung und Volksvertretung spricht; und es ist nur gut, wenn Kreise, die das noch wagen können, es den Bürgern der Vereinigten Staaten klar machen, wieviel Eier sie zerschlagen, um ihre Eierkuchen so opulent zu backen, wie sie es tun — und wenn sie es zu zeigen wagen, daß auch hier einmal eine Widerstandsgrenze erreicht werden könnte, über die ein sich selbst achtendes Volk nicht mehr zurückweichen kann, auch wenn es sich mit dem Teufel selbst verbünden müßte — um seine Rückfront schlachtenfrei zu halten!

Die Möglichkeit, daß große Naturkatastrophen nach der Art des japanischen Erdbebens von 1923 viele Voraussicht zuschanden machen, besteht freilich an allen Ufern des pazifischen Küstentyps; sie kann gerade so gut einmal den Culebra-Einschnitt oder San Franzisko und die Puget-Sundhäfen ereilen, wie in diesem Jahre den Hokkaido und Sumatra, die beide in blühenden Entwicklungen um viele Schritte zurückgeworfen worden sind. In beiden Inseln ist freilich die Entwicklung viel langsamer gewesen, als sie hätte sein können. Während Japan die Längsbahn durch Formosa längst fertig gebracht hat, ist die Längsverbindung durch Sumatra immer noch ein frommer Wunsch und ein Projekt, für dessen endlich angefaßte Förderung allerdings im Haushalt für 1926/27 15 Mill. Fl. stehen. Zunächst soll von dem Südhafen Telok Betong einmal Palembang erreicht werden. Wäre die Eisenbahnverbindung der reichen, aber die Erschließerkräfte der Niederlande, zusammen mit Borneo, Celebes und Neu-Guinea eben einfach übersteigenden Insel besser ausgebaut gewesen, so hätte die Hilfe bei der in einer Hauptstadt allein 20 Mill. G.-M. Schaden überschreitenden Erdbebenkatastrophe viel wirksamer sein können.

Während man aber in den menschenüberfüllten Ländern Süd-Ostasiens naturgemäß auf diese Lücken hinweist, würde man gut tun, dort die Balken im eigenen Auge bei der Bewirtschaftung der eigenen nordischen und Hochsteppenlandschaften zu beachten. Gerade das Erdbeben in der japanischen Nordinsel hat auch hier gewisse Schwächen zu hastiger Entwicklung, unzulänglicher Wasserschutzbauten und einer gewissen Untersiedlung gezeigt, der das jetzige Ministerium mit großen Anläufen zu besserer Innenkolonisation begegnen will.

Momentane Verkehrszusammenbrüche, wie sie im Hokkaido und in Sumatra eintraten, können natürlich jede so genau mit den geringsten Zeitverlusten rechnende Feldzugseinleitung, wie die von Kawashima oder auch Bywater, völlig umwerfen. Sie umfassen, wenn tektonischen Ursprungs, oft weite Räume, wenn vulkanischer Entstehung, meist enger umschlossene Landschaftsteile, wie jüngst die Umgebung des so jäh erwachten Vulkans in dem Gau von Tokachi; dort wurde der Schaden an Leben und Habe so groß, weil eine etwa 10 m hohe Flutwelle aus einem gestauten und ausbrechenden Bergsee ohne jede Warnung talabwärts fuhr.

Aber auch das große Beben vom 1. IX. 1923 war ja örtlich klar umgrenzt und traf eben auf zwei menschenwimmelnde Großstädte und eine lebenswichtige Marinestation, wie am 3. VIII. 1926 wieder der scharfe Erdstoß in Tokyo. Auf solche Überraschungen also hat die ganze pazifische Geopolitik sich durch Reservenbilden und Vorbeugen einzustellen. Auch das erzieht sie zu beständiger Beachtung von Fernwirkungen, langen Kraftlinien und großen Räumen.

Erhöhte Rücksicht auf Sicherheit der Anlagen im pazifischen Küstenbereich zeigt auch eine Grenze der Ausnützung von Wasserkräften für elektrische Zwecke, die in stabileren Räumen der Erde nicht besteht. Dennoch haben gerade die Vereinigten Staaten große Summen in der schnellen Steigerung der Ausnützung weißer Kohle in Japan und den Philippinen angelegt, mit der Tatsache rechnend, daß Japan 35 % seiner Rohbaumwolle, 80 % seines Stahls, 40 % seines Weizens, 57 % seines Lederbedarfs, 70 % seiner Baustoffe, 50 % seiner Öleinfuhr und Maschineneinfuhr, 80 % seiner Kraftfahrzeuge aus den Vereinigten Staaten kauft, und den größten Teil seiner Seide dorthin absetzt. Inzwischen fahren die U. S. mit einer viel größeren gepanzerten Faust (30 Kriegsfahrzeuge um Tsingtau herum!) in diesem Sommer spazieren und Ostasien unter die Nase, als Deutschland je dort zu zeigen wagte.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Im Laufe des vergangenen halben Jahres sind die Handelsbilanzen der meisten amerikanischen Staaten für 1925 bekannt geworden, so daß sich ein Vergleich mit dem Vorjahr oder auch mit den Handelsabschlüssen einer Reihe verflossener Jahre, vor allem auch ein solcher der einzelnen Staaten untereinander lohnt.

Dem Werte nach stehen die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada weit voran. Der Vergleich der Jahre 1924 und 1925 zeigt für die Vereinigten Staaten von Amerika folgende Zahlen:

In Mill. $	1925	1924
Export	4818	4591
Import	4228	3588
Handelsbilanz	+ 590	+ 1003

Im Gegensatz zu der Tendenz der vereinsstaatlichen Handelsbilanz, allmählich passiv zu werden, die sich von Monat zu Monat gesteigert hat und durch die dauernd größer werdende Goldeinfuhr verstärkt worden ist, so daß tatsächlich seit Jahresbeginn 1926 die Handelsbilanz passiv geworden ist, zeigt der Jahresabschluß Kanadas für 1925/26 wie der des Vorjahres eine zunehmende Aktivität:

In Mill. $	1925/26	1924/25
Export	1328,5	1081,4
Import	927,4	796,9
Handelsbilanz	+ 401,1	+ 284,5

Die Zunahme der Ausfuhr geht auf die der landwirtschaftlichen Produkte zurück, die auf 797 Mill. Dollar, um 191 Mill. Dollar, angestiegen ist. Der Ausfuhrwert des kanadischen Weizens macht allein 140 Mill. Dollar aus. Von besonderem geopolitischem Interesse ist stets die wirtschaftliche Verknüpfung Kanadas mit dem englischen Mutterland bzw. dem Britischen Weltreich einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits. Das Britische Reich nahm fast die Hälfte der Ausfuhr mit einem Werte von 598,6 Mill. Dollar. Diese Vorrangstellung des Reichsverbandes ist bei der weitgehenden Gleichartigkeit der Wirtschaftsstruktur der Vereinigten Staaten und der Kanadas nicht sonderlich auffällig. Trotzdem stehen aber die Vereinigten Staaten mit einer Einfuhr aus Kanada mit 474,9 Mill. Dollar als Zielland nicht gar weit hinter der Ausfuhr nach den Ländern des Britischen Reiches zurück. Die Ausfuhr nach Japan bzw. die nach Deutschland folgt erst in weitem Abstand mit 34,7 Mill. Dollar bzw. 30,7 Mill. Dollar. Die Union ist dagegen das wichtigste Lieferland Kanadas, und die Einfuhr von dort nimmt wesentlich rascher zu als die Einfuhr aus dem Britischen Weltreich bzw. aus England:

Einfuhr in Mill. $ aus:	1925/26	1924/25
Vereinigte Staaten . . .	609,8	509,8
Britisches Reich.	207,7	195
England	163,7	151,1

Unter den lateinamerikanischen Staaten steht Argentinien ganz entschieden dem Außenhandelswerte nach voran, trotzdem seine allerletzte wirtschaftliche Entwicklung unter dem Einfluß der schlechten Getreideernte 1924/25, von Preisrückgängen und starker Einfuhr nicht sonderlich günstig war. Unter diesen Einwirkungen ist der Gesamthandelswert zurückgegangen und seine Bilanz im Jahre 1925, ebenso auch die vom ersten Vierteljahr 1926, schwach passiv geworden.

In Mill. Gold-$	1926 1. Vierteljahr	1925	1924
Export	221,5	868	1011
Import	227,8	877	828
Handelsbilanz	— 6,3	— 9	+ 183

Brasiliens Außenhandelsentwicklung zeigt dagegen für die letzten fünf Jahre einen deutlichen Anstieg.

In Mill. Pfund Sterling	1925	1924	1923	1922	1921
Export	102,6	95,1	73,2	68,6	58,6
Import	85,9	68,3	50,5	48,6	60,4
Handelsbilanz	16,7	26,8	22,6	19,9	— 1,9

Allerdings deutet die Entwicklung des Jahres 1925 wie auch die des ersten Vierteljahres 1926 — Export 23,75 Mill. Pf. St., Import 21,46 Mill. Pf. St., Handelsbilanz 2,29 Mill. Pf. St., Gesamthandel 45,2 Mill. Pf. St. gegenüber 42,47 Mill. Pf. St. im gleichen Zeitraum 1925 — eine bedeutend schwächer werdende Aktivität an.

Nur noch Mexiko hält in seinem Außenhandelswerte diesen beiden großen Staaten des ABC-Bundes etwa die Wage:

In Mill. Pesos	1. Vierteljahr 1926	1. Vierteljahr 1925
Export	189,7	192,3
Import	90,2	99,1
Handelsbilanz	99,5	93,2

Die außerordentlich starke, allerdings unter der Abnahme der Petroleumförderung etwas zurückgegangene Aktivität seiner Handelsbilanz ist die eines hochwertige Ausfuhrprodukte liefernden Bergbaulandes.

Ein ähnliches Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr kehrt auch dementsprechend bei Chile wieder, das in seinem Gesamthandelswert freilich stark hinter den beiden anderen ABC-Staaten zurücksteht und auch die Ungunst seiner Wirtschaftslage im Vergleich der letzten zwei Jahre erkennen läßt:

In Mill. Gold-$ zu 18 d	1925	1924	1923
Export	626,3	601,5	537,2
Import	407,8	363,3	329,3
Handelsbilanz	218,5	238,2	207,9

In der Größenordnung des Außenhandels bilden die übrigen Andenstaaten eine Gruppe für sich. In Bolivien war die Wirtschaftslage im Laufe des letzten Jahres günstig. Auch hier wiederholt sich die starke Aktivität der Handelsbilanz.

In Mill. Bolivianos	1. Halbjahr 1925	1924
Export	57	115,2
Import	32,5	62,6
Handelsbilanz	24,5	52,6

In Peru ist die Handelsbilanz im Laufe des letzten Lustrums aktiv geworden. Doch gerade im letzten Jahr haben sich Ausfuhr- und Einfuhrwert wieder recht stark genähert.

In Mill. per Pf. St.	1925	1924	1923	1922	1921
Export	21,2	25,1	23,9	18,7	16,7
Import	17,1	18,0	14,1	10,6	16,7
Handelsbilanz	4,1	7,1	9,8	8,1	— 0,008

In Kolumbien ist die Handelsbilanz aus ziemlich starker Aktivität in eine schwache Passivität übergegangen.

In Mill. Pesos	1925	1924
Export	84,4	85,8
Import	85,8	52,3
Handelsbilanz	— 1,4	33,5

Unter den westindisch-mittelamerikanischen Staaten nimmt Kuba, das reiche, durch das vereinsstaatliche Kapital geförderte und entwickelte Plantagenland, eine Ausnahmestellung ein, die sich besonders auch in seinem Handelswert ausprägt.

In Mill. $	1925	1924	1923	1922	1921	1920
Export	353,1	434,9	422,6	333,6	279,8	795,6
Import	295,0	290,4	268,9	180,8	357,0	558,4
Handelsbilanz	58,1	144,5	153,7	152,8	— 77,2	237,2

Hinter Kuba bleibt die Dominikanische Republik weit zurück, wenn auch der Handel im Vergleich mit den Vorkriegsjahren eine günstige Entwicklung zeigt.

In Mill. $	1913	1924
Export	10,4	30,3
Import	9,3	21,6
Handelsbilanz	1,1	8,7

In seinem Gesamthandelswert nähert sich der letzte dem des britischen Jamaikas, dessen Handelsbilanz jedoch nur im Hinblick auf seine Stellung innerhalb des Gesamtwirtschaftsorganismus des Britischen Reiches zu befriedigen vermag.

In Mill. Pf. St.	1925	1924
Export	3,9	3,1
Import	5,4	4,8
Handelsbilanz	— 1,5	— 1,7

Wie rasch sich die Passivität eines Koloniallandes in eine Aktivität zu verwandeln vermag, lehrt das Beispiel des französischen Besitzes St. Pierre und Miquelon, der Inselgruppen vor dem Lorenzmeer:

In Mill. Fr.	1925	1924
Export	45,9	31,7
Import	18,2	37,3
Handelsbilanz	27,7	— 5,6

Die fünf alten mittelamerikanischen Republiken zeigen untereinander eine recht ungleiche Entwicklung. Mit am ausgeglichensten scheint das Wirtschaftsbild in Guatemala zu sein: Besonders das Jahr 1925 war für Guatemala ein Jahr gedeihlichen Aufstiegs.

In Mill. $	1925	1924
Export	29,7	24,5
Import	18,6	14,5
Handelsbilanz	11,1	10

Ebenso zeigt Costarica ein im ganzen günstiges Bild.

In Mill. Pf. St.	1925	1924	1923	1922	1921
Export	3,4	3,4	2,6	2,9	2,4
Import	2,8	2,5	2,0	1,7	1,9
Handelsbilanz	0,5	0,9	0,6	1,2	0,5

Auch der Staatshaushalt, der bis 1922 Fehlbeträge von im ganzen über 28 Mill. Colones aufzuweisen hatte, ist seitdem in eine Periode der Sanierung eingetreten.

Einigermaßen zufriedenstellend ist auch das Wirtschaftsstadium in El Salvador. Doch zeigt die Ausfuhrkurve im Jahre 1925 einen starken Abstieg, so daß sich ihr Wert knapp über dem der Einfuhr hält:

In Mill. Pf. St.	1925	1924	1923	1922	1921
Export	3,5	5,0	3,5	3,3	1,7
Import	3,4	2,2	1,8	1,5	1,7
Handelsbilanz	0,1	2,8	1,7	1,8	—

Für Nicaragua können nur die Mengen von Aus- (12,4 Mill. t) und Einfuhr (10,4 Mill. t) für 1925 mitgeteilt werden.

Die Statistik von Honduras läßt lediglich zu, den Handel mit den Vereinigten Staaten, der allerdings im wesentlichen auch den Handel der Republik überhaupt ausmacht, zu erfassen.

In Mill. $	1925	1924
Export	8,7	5,9
Import	9,7	9,1
Handelsbilanz	— 1,0	— 3,2

Wie die mittelamerikanischen Republiken ist auch die kleine Kolonie Britisch-Honduras, deren Gesamthandel sich im Jahr 1924/25 auf 7,2 Mill. Dollar, auf 1547 Dollar weniger als im Vorjahr, belief, stark in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Vereinigten Staaten geraten. Mit 49,6 % hatte die Union den Hauptanteil an dem Handel. Ihr Einfluß war seit dem Vorjahr um 3,6 % gestiegen, während der des englischen Mutterlandes von 22,7 % auf 18,5 % gesunken ist. Dieses Beispiel ist typisch für die Entwicklung eines Landes im Bannkreis der Vereinigten Staaten.

Zu dieser Größengruppe der mittelamerikanischen Staaten gehören auch etwa die beiden südamerikanischen Pufferstaaten, Paraguay und Uruguay. In der Handelsentwicklung Paraguays fällt besonders die gar bedeutende Steigerung der Quebrachoausfuhr auf. 1920 wurden 24 Mill. kg, 1921 29,4 Mill. kg, 1922 37,8 Mill. kg, 1923 35,1 Mill. kg, 1924 31,7 Mill. kg, 1925 64,7 Mill. kg Quebracho ausgeführt. Die Ausfuhr hat sich also in fünf Jahren um weit über das Doppelte gesteigert.

Uruguays Handel zeigt in den beiden letzten Jahren eine beträchtliche Schwankung des Ausfuhrwertes:

In Mill. Pesos	1925	1924
Export	98,7	106,8
Import	72,4	62,2
Handelsbilanz	26,3	44,6

Darin kündet sich eine eingreifende Umstellung innerhalb des Wirtschaftsorganismus von Uruguay an, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Denn immer mehr offenbart sich in Uruguay die Tendenz, die Ausfuhr, die bisher fast einzig und allein von tierischen Erzeugnissen, besonders von Gefrierfleisch, Häuten und Wolle, bestritten worden ist, durch eine zunehmende Produktion von Getreide mannigfaltiger zu gestalten. Wie weit das bis heute schon gelungen ist, lehrt die folgende Tabelle (in 1000 t):

	1921	1922	1923	1924
Weizen	3,8	8,2	5,9	114,1
Weizenmehl	5,9	2,7	0,2	18,6
Leinsaat	22,5	12,7	19,0	28,3

Auch die Staatsfinanzen Uruguays erfreuen sich günstiger Entwicklung. Das Finanzjahr 1924/25 schloß mit einem Überschuß ab.

Unter den aktuellen inneramerikanischen Fragen ist heute kaum eine wichtiger als die des Kulturkampfes, des Streits zwischen Staat und Kirche in Mexiko, über die wir im nächsten Heft zusammenfassend berichten werden. Auch das Militärbündnis zwischen der Union und Panama verdient volle Beachtung. In der Union selbst zieht das Agrarproblem seine innerpolitischen Kreise; die Außenpolitik wird durch die Frage der Schuldenregelung, auch durch die Rüstungsfrage beherrscht, zu der sich vor nicht zu langer Zeit auch Brasilien zum Wort gemeldet hat.

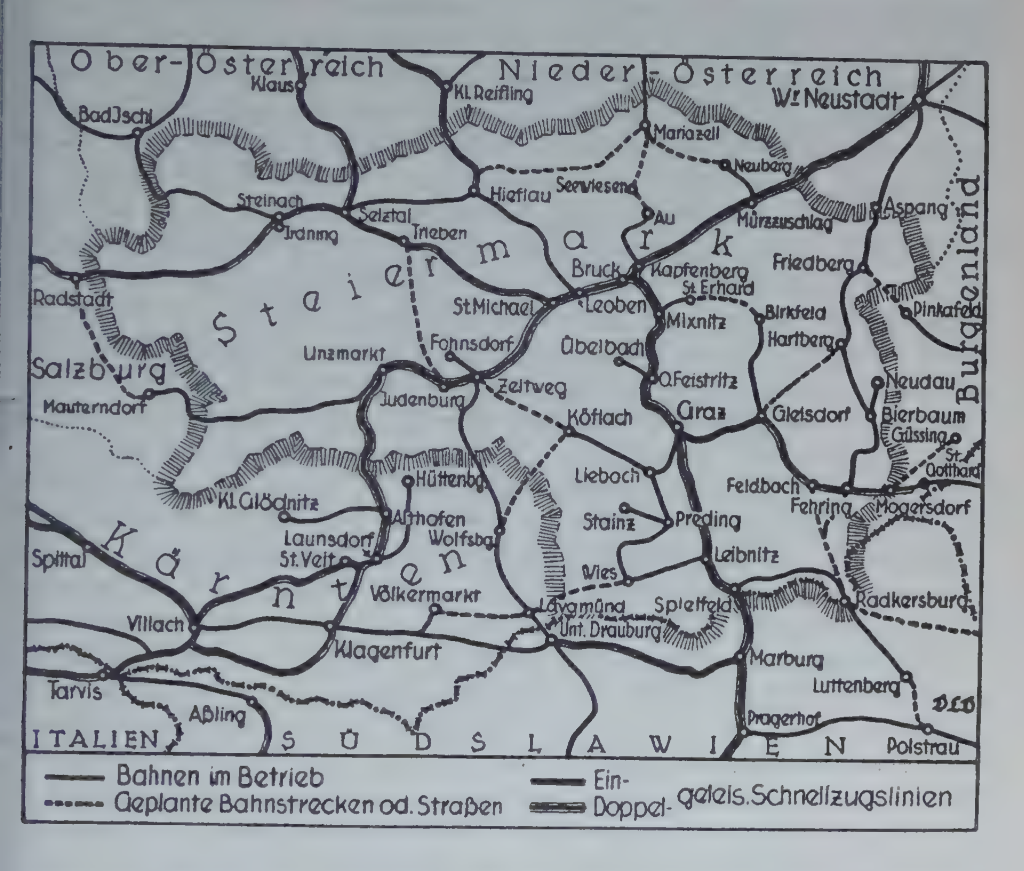
GEORG A. LUKAS:
DAS VERKEHRSNETZ DER DEUTSCHEN SÜDOSTECKE

In den knappen Ausführungen über Stellung und Wert der Südostecke des deutschen Sprachgebietes (Z. f. G. II/11) konnte ich nur andeutungsweise von dem tragenden Grundgerüst reden, auf dem Zusammenhalt und Zukunft dieses außerhalb der Reichsgrenzen gelegenen und daher bislang minder beachteten deutschen Gaues beruhen. Ich meine das in einem Gebirgslande wie Deutschösterreich besonders wichtige Netz der Verkehrslinien. Den äußeren Anlaß zu den vorliegenden Zeilen bot die kürzlich (15. November 1925) festlich begangene Eröffnung der ersten Bahnstrecke ins mittlere Burgenland, Friedberg—Pinkafeld. Dieser neue „Anschluß" reiht sich als völkisch vielleicht wichtigster den beiden in dieser Zeitschrift bereits gewürdigten an, dem Anschluß der Insel Sylt ans Festland durch den Damm Klanzbüll—Morsum und dem Anschluß des Marseiller Hafens an die Rhone—Rhein-Wasserstraße durch den Rovekanal-Tunnel (Z. f. G. II/9 u. 11).

Bisher war Pinkafeld, ein großer, betriebsamer Ort im oberen Tal der Pinka (Nebenfluß der Raab), nur das Ende einer von Budapest ausstrahlenden Bahn. Die Magyaren verstanden es sehr gut, nicht allein ihre Hauptstadt Ofen-Pest zum Mittelpunkt des ungarischen Bahnnetzes, zum „Eisenbahnherz" innerhalb des Karpathenbogens zu machen, sondern auch allen unerwünschten Verkehr über die Grenze zu unterbinden. Ersteres erreichten sie durch eine geschickte Tarif- und Fahrplanpolitik, letzteres dadurch, daß sie die Bahnstrecken vor den Grenzpfählen als Stümpfe enden ließen. Dies namentlich dort, wo andere Kräfte als nicht minder starke Magneten der Anziehungskraft Budapests entgegenwirkten; vor allem also an der Westgrenze, da ja „Deutsch-Westungarn", das Land jenseits der Leitha und am Alpenrande, nichts anderes war und ist als ein Stück der Ostmark Deutschlands, seit Karolingerzeiten ein Bollwerk gegen Angriffe aus dem „öden Ost" (wie Richard Wagner im Lohengrin seinen König Heinrich singen läßt). Es wurde also hier nur das erneuert, was Geschichte und Geographie fordern: Die deutsche Ostgrenze zwischen Raab und Donau rückt annähernd an die Stelle vor, wo sie durch die Karolinger und durch den natürlichen Rahmen des Karpathen-Tieflands festgelegt ward, wo eine abweichende Landschaftsform beginnt und ein anderes Volkstum daheim ist.

Eine ganze Reihe solcher Bahnstümpfe zählt das Burgenland, dessen Aufmerksamkeit daher notgedrungen auf die ungarische Hauptstadt gerichtet blieb, bis eben durch westliche Verkehrsanschlüsse sein Gesicht umgedreht und dem

deutschen Mutterlande zugewendet wurde. Damit ist freilich erst der Anfang gemacht. Die kurze, doch über recht schwieriges Gelände und über eine 200 m hohe Stufe von der Station Friedberg der oststeirischen Wechselbahn (Fehring a. d. Raab—Wien) ins Pinkatal absteigende neue Bahn knüpft erst einen kleinen Teil des ungarisch orientierten Netzes an Österreich. Die möglichst zu unserem Nachteil gezogene Grenze schließt alle wichtigeren Bahnhöfe aus, von denen bisher das Burgenland verkehrsgeographisch fast völlig



beherrscht wurde: St. Gotthard, Körmend, Steinamanger, Güns, Ödenburg, Wieselburg und Preßburg. Doppelt nötig war daher ein Gegengewicht gegen diesen übermächtigen Einfluß, zumal im Süden des neuen Bundeslandes, das außer dem äußersten, von der Linie Fehring—St. Gotthard längs der Raab durchgezogenen Zipfel sich keiner einzigen modernen westöstlichen Querverbindung erfreute. Die geschichtlichen Vorgänge, die zu dieser Entfremdung zusammengehörigen Landes führten, sind hier nicht darzustellen; sie gehen in

der Hauptsache darauf zurück, daß die Habsburger dies- und jenseits der Leitha geboten und daß es ihnen deshalb einerlei war, unter welchem Titel sie im Lande herrschten. Die auf Machtzuwachs emsig bedachten Magyaren wußten die Sachlage gut auszunützen und sich auf Kosten der deutschen Nachbarländer zu bereichern.[1]) Die Überwindung des fast verkehrslosen waldigen Grenzstreifens zwischen Oststeiermark und dem nördlichen Burgenland, wo man bisher am besten zu Fuß „reiste", erscheint also nur als Wiederherstellung einer künstlich und absichtlich unterbrochenen Einheit. Dringend notwendig ist hierzu allerdings noch die Erschließung des Güssinger Bezirkes (zwischen Raab und Pinka) durch eine den Bahnstumpf Körmend—Güssing mit einer geeigneten steirischen Station unmittelbar verknüpfenden Linie; der jetzige Kraftwagenanschluß Güssing—Burgau (26 km) genügt natürlich nicht, um so weniger, als er nur eine Abzweigung der Wechselbahn erreicht.

Mit diesen Verkehrsfragen hängt aufs engste die Ausgestaltung des steirischen Netzes zusammen, dessen Mängel hier zur Sprache kommen müssen; denn Steiermark bildet ja den fernsten Südosten Deutschlands, das völkische Kap von Radkersburg mit der Landeshauptstadt Graz im Rücken ist die in meinem eingangs erwähnten Aufsatze gekennzeichnete Südostecke des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Um die Mängel des Verkehrsnetzes zu verstehen, muß man der Anlage desselben im alten Österreich gedenken.[2])

Der Verkehr der Donauländer und der mit ihnen unter habsburgischer Herrschaft vereinigten Nachbargebiete war nämlich so angeordnet, daß Wien den Mittelpunkt des ganzen, Ofenpest, Prag und andere Städte Knotenpunkte größerer oder kleinerer, geographisch selbständiger Teilgebiete darstellten. Der Umsturz änderte dies Verhältnis derart, daß auf Kosten der Hauptstädte Ungarns und Österreichs, zumal der letzteren, der Machtkreis aller randlichen Nachfolgestaaten erweitert wurde. Nicht bloß politisch, sondern auch wirtschaftlich wurde der Einfluß Wiens geschmälert; der von dort ausstrahlende Macht- und Verkehrsfächer, den Joseph Partsch mit dem voll entfalteten Rade eines Pfauenschweifes verglich[3]), ist nur im Donau- und Alpensektor einigermaßen erhalten geblieben; sonst verzeichnen wir nach allen Richtungen nur Reste der einstigen an die Reichsgrenze führenden Hauptbahnen. Und es ist ein schwacher Trost, daß von ungarischer Seite Wiens Einflußbereich schon vor dem Kriege durch möglichste Betonung der 1867 zur Staatenscheide gewordenen Landesgrenze empfindlich beeinträchtigt war, so daß die großartige Gunst seiner geographischen Lage nicht mehr voll zur Geltung kommen konnte. Welchen Rang unter den Weltstädten müßte Wien einnehmen, wenn alle politisch-geographischen Hemmungen wegfielen und eine national einheitliche Bevölkerung von der Leistungsfähigkeit der Deutschen ein wohlabgerundetes, nahezu sich selbst genügendes (autarkisches) Donaureich erfüllte!

Nachdem nun der Krieg Wiens Stellung auch innerhalb der Alpen und Sudetenländer grundstürzend verändert hat, muß eine „Umgruppierung“ der Verkehrswege stattfinden, indem das Wiener Radialnetz durch Westostlinien ersetzt oder unterstützt wird. Da die bei Wien die Donau kreuzenden Nordsüdverbindungen zwischen der deutschen Wasserkante und dem Adriatischen Meere beiderseits je zweimal von einer Staatsgrenze geschnitten werden und man den tschechischen Keil lieber umgeht, so wächst die Bedeutung der Linien im Sinne des Donaulaufs. Vor allem natürlich die stromaufwärts ins deutsche Mutterland führenden, aber auch die nach Ungarn und Rumänien, der aufgehenden Sonne entgegen leitenden; stärken diese doch den deutsch-magyarisch-romanischen Querriegel, der Nord- und Südslawen trennt und vermindern im gleichen Maße die slawischen Korridorbestrebungen durch diesen Riegel hindurch. Österreich käme ja in erster Linie für solche Pläne in Betracht, daher erscheint hier der Ausbau von Straßen und Bahnen in der Richtung gegen Morgen oder Abend besonders wünschenswert. Und da Wien mit dem schiffbaren Donaustrom und der europäischen Hauptlinie des Orientexpreß, sowie überhaupt Niederösterreich und das nördliche Burgenland verhältnismäßig gut mit Bahnen versehen sind, jedenfalls unvergleichlich besser als die verkehrsgeographisch in einem toten Winkel liegende Mark Steier, so muß wohl diese zunächst entsprechender Verbesserungen teilhaftig werden. Selbst die Bahnbauten im Beginn unseres Jahrhunderts, die Tauern-, Karawanken- und Wocheinerstrecke, haben den Verkehr Obersteiers vom Herz- und Kernstück des Landes westwärts abgelenkt und die neue Grenzziehung Südslawiens und Italiens, wodurch die Graz berührende Hauptstrecke der Südbahn (Wien—Triest) zu einer dreigeteilten Donau—Save—Adriabahn umgewandelt wurde, brachte abermals Hemmnisse. Und dabei bedingt die Grenz- und Ecklage des Landes an der Mur und Raab erhöhte verkehrsgeographische Geltung: es ist Markboden, es ist Deutschlands Südostecke, es ist ein Streifen schwankenden Gleichgewichtes, dem wir erst endgültig die erwünschte geographische Bindung verschaffen müssen.

Denn die alte Ostmark war nicht bloß ein Teil des deutschen Markengürtels, sondern dank ihrer zentralen Lage im Donaubecken zugleich die Keimzelle eines aus Deutschland hinauswachsenden selbständigen Staatsgebildes, dessen Lebenskraft hauptsächlich auf seiner geographischen Einheitlichkeit beruhte. Das Habsburgerreich ist dennoch zerfallen und Österreich deckt wieder als reines Markland mit seinem Leibe die Reichsdeutschen „zwischen Frankreich und dem Böhmerwald“. Sollten nun nicht die immerhin bedeutenden wirtschaftlichen Bindungen im Donaugebiet über die völkischen innerhalb des geschlossenen Wohnbereiches des deutschen Volkes das Übergewicht erlangen (Donauföderation gegen Anschluß!), so muß sorgsam alles entfernt werden,

was unnötigerweise Deutsche von Deutschen trennt. Und dazu gehört die Ausfüllung der Lücken im südostdeutschen, vor allem im steirischen Verkehrsnetz. Hierdurch werden nicht allein örtliche Bedürfnisse befriedigt, sondern, wie ein Blick auf das beigegebene Kärtchen lehrt, die Anschlußbestrebungen praktisch gefördert. Es gilt insbesondere die Verstümmelung des innerösterreichischen Bahndreiecks Bruck a. d. Mur—Villach—Marburg a. d. Drau, das seine untersteirische Ecke an SHS verlor, wettzumachen durch eine Fortführung der geplanten Kärntner Ostbahn Klagenfurt—Lavanttal über den Koralpenzug nach Köflach—Graz und von hier über Gleisdorf—Hartberg nach Ungarn. Dies könnte eine Linie von europäischer Bedeutung werden. —

Ergebnis: Neben dem altösterreichischen, von Wien ausstrahlenden Straßen- und Bahnnetz, welches derzeit durch die politische Neueinteilung Europas, besonders durch die unnatürliche Umgrenzung und Verstümmelung Deutschösterreichs an voller Entfaltung verhindert ist, muß der Ausbau westöstlicher oder (im Sinne der „Achse Mitteleuropas“[4]) nordwest-südöstlicher Verkehrswege möglichst betrieben werden. Durch diese wird nicht bloß der Anschluß der Ostmark gefördert, wo der Gedanke einer wirtschaftlichen Donauföderation mit dem der nationalen Einigung aller Deutschen mehrfach noch im Widerstreite liegt („Streifen schwankenden Gleichgewichtes“ zwischen Donaubereich und Deutschland), sondern es wird hierdurch auch der trennende nichtslawische Riegel zwischen Nord- und Südslawen gestärkt und deren „Korridor“-Aussichten vermindert. Ein begrüßenswerter Schritt auf dem Wege der deutschen Orientierung jenes Grenzstreifens war die Eröffnung der Burgenland-Verbindung Friedberg—Pinkafeld.

Das steirische (südostdeutsche) Verkehrsnetz

Die geplanten Verkehrslinien dürfen wohl nur zum Teil erwarten, in absehbarer Zeit mit Schienen belegt zu werden; auf der Strecke Wies—Lavamünd (über den 1000—1300 m hoch gelegenen Grenzort Soboth) gibt es noch nicht einmal eine zusammenhängende Straße, da ja der ganze Verkehr ans Drautal gebunden war. Am meisten Aussicht auf eine künftige Eisenbahn haben die auf Graz hinleitenden Strecken im Osten und Westen Mittelsteiermarks, die übrigen müssen sich wohl noch lange mit Post- und Kraftwagenverkehr begnügen. Freilich sind die Verkehrsschwierigkeiten, zumal der Oststeiermark (zwischen Semmering- und Wechselbahn), infolge des stark bewegten, meist quer auf die geplante Bahnrichtung zertalten Geländes weit erheblicher als die Karte vermuten läßt.

Anmerkungen

[1]) In dem Aufsatze „Deutschwestungarn — ein Elsaß-Lothringen der Ostmark", Geograph. Anzeiger, 23. Jahrg. (1922), S. 57 bis 61 (Gotha, J. Perthes) habe ich diese Dinge näher beleuchtet. Die burgenländischen Heinzen und Heidebauern unterscheiden sich in gar nichts von ihren steirischen und niederösterreichischen Volksgenossen, mußten aber ein Hin- und Herschieben erdulden, je nach hochadeliger oder dynastischer Willkür. Seit 1647 Ferdinand III. durch Abtretung des jahrhundertelang bei Niederösterreich gewesenen Grenzlandes seine Krönung von Ungarn erkauft hatte, ungeachtet des Einspruchs der Wiener Ständeversammlung, waren die Magyaren dort die Herren; dennoch erneuerten die niederösterreichischen Stände bei jeder neuen Schiebung ihren Widerspruch, so zuletzt 1754 und 1794, ja wegen der Herrschaft Scharfenegg noch 1834! Den Habsburgern, die in Zis und Trans geboten, war es natürlich gleichgültig, zu welcher Provinz ihres Reiches diese Gegenden gehörten, steuer- und militärpflichtig waren sie hüben und drüben, aber die Magyaren mußten fleißiger bei guter Laune erhalten, ihre „homagiale" Treue immer wieder belohnt werden. „Das Volk wurde nie befragt, wohin sein Herz es zog, die Herren schoben es, wohin sie es haben wollten. Und so wurden aus den uralten Ostmarkdeutschen zuletzt Deutschungarn. Und die neueren Geschlechter gewöhnten sich daran!" (Wohin gehört Westungarn? Wien 1919.)

[2]) Vgl. hierzu meinen Aufsatz: „Gedanken über das steirische Verkehrsnetz" (mit einer Kartenskizze). Kartographische und schulgeographische Zeitschrift, X. Jahrgang (1922), S. 6—7. (Kartograph. Anstalt G. Freytag & Berndt, Wien.)

[3]) Mitteleuropa (Gotha, Justus Perthes, 1904) S. 265.

[4]) H. Hassinger, „Das geographische Wesen Mitteleuropas", Mitteilungen der Geogr. Ges. Wien, 1917, Heft 11.

GUSTAV AMANN:
SUN YATSENS VERMÄCHTNIS
III. Teil

Auch diesem III. Teil von Sun Yatsens Vermächtnis müssen wir als Einführung voranstellen, daß wir uns mit den politischen Ansichten des Erblassers nicht gleichsetzen können, sondern nur zur Schilderung der Fortwirkung der auch geopolitisch merkwürdigsten Persönlichkeit des Fernen Ostens einem seiner Anhänger und Freunde unsres Blutes uneingeschränkt das Wort lassen. Es ist der Standpunkt des chinesischen Südens, noch unenttäuscht von den imperialistischen Zügen der Sowjets, ein Horizont von Hoffnungen, wie sie Deutschland in den Blütentagen seiner Achtundvierziger kannte, von dem aus unsern Lesern hier die chinesische Frage gezeigt wird, so wie sie Sun Yat Sen selber sah. Nach ununterbrochenen Kämpfen seit 1911 sind in China viele müde geworden, wie der Reihe nach auch die führenden Militaristen, und manche sind tot; nur dieser eine Tote ringt und streitet tatsächlich aus dem Jenseits stärker als je zuvor.

In diese echt südchinesische, von Grund aus revolutionäre, aber im Aufbauen nicht ebenso starke Seele wie im Einreißen hat sich G. Amann verständnisvoller eingefühlt als irgendein anderer Berichterstatter, den ich kenne; das ist sein Vorzug, aber es ist auch zuweilen seine Schwäche. Mit dieser Vorbemerkung, die wir unsern Lesern schuldig zu sein glauben, lassen wir ihm wieder das Wort.

K. Haushofer.

Es ist ein altes Sprichwort, das sagt: Wer Wind säet, wird Sturm ernten. Nun, mit politischen Stürmen, besonders wenn sie in dem fernen Lande China zu blasen drohen, hat es für uns gewöhnlich seine Eigenheiten. Einmal weiß man eigentlich nie ganz sicher, ob sich die Wetterprognose auch wirklich bewahrheiten wird; mancher Sturm ist schon vorübergegangen. Wer hätte 1920, als der amerikanische „Exclusion-Act" die Japaner vom nordamerikanischen Kontinente ausschloß, nicht auf einen heranziehenden Orkan auf dem Stillen Ozean prognostiziert? — Und doch lichtete die Konferenz in Washington den Himmel wieder zu Friedensbläue. Dann, sagt man sich, ist das, was wir Fremden von China wollen, doch nur ein wirtschaftliches Aufleben und Erblühen; da werden die politischen Ideen, die gegenwärtig dieses friedliebende Handelsvolk beunruhigen, schon auf die eine oder andere Weise wieder zur Ruhe kommen.

Das mag nun so sein wie es scheint, oder auch nicht so sein; jedenfalls ist die Kriegsspannung zwischen Japan und Amerika in den letzten Jahren vom Tapet gekommen, eine Tatsache, die sicher noch von tiefer Bedeutung werden kann; und jedenfalls kamen die Deputierten der fremden Mächte, voran Englands Deputierter, nach den eigenen Worten des Ministers Chamberlain, zur

Konferenz über die schwebenden Fragen der Zollaufwertung, der Extraterritorialität und der Exjurisdiktion der Fremden in China nach Peking, in dem Geiste der Versöhnung, in der Hoffnung, daß man solche Finanzreformen vorschlagen könne, die die Chinesen instand setzen sollten, ihren Verpflichtungen an fremde Gläubiger nachzukommen, und in dem Bewußtsein, daß die jetzt so bitter angefeindeten einseitigen Verträge der Fremden mit China ihr Entstehen doch nur dem eigenen feindlichen Verhalten der Chinesen der fremden Welt gegenüber verdanken, und daß sich bei einigem besseren Willen der Chinesen selbst leicht alle unberechtigten Härten beseitigen lassen würden. Als unberechtigte Härten der einseitigen Verträge sind dabei natürlich jene Vertragspunkte gemeint, die den Handelsinteressen der Fremden keinen wesentlichen Abbruch tun werden, wenn sie beseitigt sind; und bei den Finanzreformen dachte man gewiß im Innern des Herzens an so eine Krücke, wie man sie uns Deutschen durch Herrn Dawes beschert hat. — Die Einstellung der Fremden auf die Konferenz in Peking war gewiß redlich auf das redliche Ziel gerichtet, China zu wirklichem wirtschaftlichen Aufleben und Erblühen zu helfen, denn das kann man wohl sagen, seit der Konferenz in Washington haben die Mächte, einschließlich Japan, aggressiver Eroberungspolitik in China entsagt und sich zufrieden gegeben, China als ein genügend großes Feld für die Abladung der Produkte aller Industrieländer in freier Konkurrenz zu akzeptieren.

Das war vor wenigen Monaten. Inzwischen ist jedoch die Idee marschiert, die politische Idee, die wir als Sun Yatsens Idee der Erringung ungewöhnlicher Rechte und Freiheiten, Macht zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen für alle Klassen des Volkes kennen. Die Idee marschierte so stramm, daß sie mit Waffengewalt die Macht des ausgesprochensten chinesisch-imperialistischen Machthabers Chang Tsolin erschütterte, die kleineren Imperialisten unter den provinzialen Machthabern zu erheblichen Umstellungen in ihren Äußerungen zugunsten völkisch gerichteter Regierungsansichten veranlaßte, und bereits Pekings Regierungsinstitutionen, die sogenannte Zentralregierung unter den Zugriff von Feng Yushsiangs Kuo Min Chung oder Volksarmee brachte. So weit marschierte die Idee, durch Studentenagitation und Arbeiterdemonstrationen gegen die Ausnahmerechte der fremden imperialistischen Mächte in China, daß die Chinesen auf der Zollkonferenz in Peking mit Zollaufwertung nicht mehr zufrieden sein brauchten, sondern volle Zollautonomie verlangen konnten und zugestanden erhielten, und bereits eine Liste auflegten, nach der so ziemlich alle verfeinerten Fremdfabrikate, von Papier und Wolle an bis zum Automobil als „Luxus“ hoch verzollt werden sollen.

Konsternation herrscht unter den Fremden, besonders den englischen Handelsleuten in China und bis zur Erbitterung gehende Enttäuschung über die unerwartet bewiesene Schwäche der Heimregierung.

Diese Handelsherren haben, wie sie sagen mit Recht, eine starke Abwehr dieser „Neuen Chinesischen Mauer" erwartet. Mit Recht sagen sie, daß der fremde Kaufmann, voraus der englische Kaufmann, durch fast ein Jahrhundert hindurch Pionier des Westens war; daß er mit unendlicher Geduld, unter Entbehrungen, Gefahren und Geldrisiken Güter, Wissenschaft und Kultur des Westens nach China brachte, China auf den fortgeschrittenen Stand bringen half, den es heute besitzt, nicht zu reden von den humanen Institutionen, Schulen, Hospitälern und Kirchen, die er den Chinesen mit eigenem Gelde errichtete. Mit Recht, spricht so der fremde Kaufmann in China, mit Recht von seinem Standpunkt aus, von dem ausgehend nämlich der fremde Kaufmann alle seine Schätze nach China brachte. Wie konnte der Westländer, Kaufmann, Ingenieur, Lehrer, Wissenschaftlicher oder Regierender je anders denken, als daß er den stillgestandenen Chinesen den „Fortschritt der Menschheit" brachte? Wie konnte er anders denken, als daß der „Fortschritt der Menschheit", den er in seinen Maschinenprodukten, seinen Maschinen und mit seinem mechanistischen Wissen und Können nach China brachte anders als beim Chinesen willkommen und begehrt wäre und er Dankbarkeit säete? — Mußte man nicht vom chinesischen Bruder in Japan, vom Japaner, den Beweis nehmen, wie segensreich und wie begehrt die westliche Zivilisation sein würde, wenn sie nur erst vom Chinesen recht verstanden wäre?

Nun, daß der Chinese die Zivilisation des Westens recht verstehen lerne, dazu haben wir Fremde dem Chinesen vieles und alles getan. Mit Kanonen und Kriegsschiffen haben wir ihn erst gezwungen, unsere Zivilisation aufzunehmen, dann schickten wir ihm Diplomaten, Missionare und Lehrer, Handelsleute und Handelsgüter in Masse und haben selbst die Jugend Chinas auf eigenen Schulen und Universitäten zur Lehre geholt. Nur haben wir dabei zwei früher unbedeutende Fehler gemacht. Der eine Fehler war der, daß wir uns in unserer mechanistischen Kultur, oder eigentlich Zivilisation, als die „Fortgeschrittene Menschheit", als unbestritten glücklicher und besser als alle zurückgebliebenen asiatischen Völker ansahen; und der andere Fehler war der, daß wir bei unserer zivilisierenden Aufopferung in China stets das eine Auge auf Japan gerichtet hielten und glaubten, daß keine Frage existiere darüber, daß, was in Japan geschah, auch eines Tages in China geschehen müsse.

Heute haben wir die Aufklärung, daß dies nicht so ist. Japan ist ein von den Chinesen gründsätzlich verschiedenes Volk. Die Japaner haben durch ihre ganze Geschichte hindurch den Erhaltungskampf, den Abwehrkrieg gegenüber dem stärkeren Nachbar damit geführt, daß sie die stärkeren Kampfmittel des bedrohlichen Nachbars selbst annahmen, mit List und Verschlagenheit, mit Höflichkeit und Unterwürfigkeit des Benehmens erschlichen und erkauften, und sich ganz auf ihn umstellten. Die Chinesen haben sich durch ihre ganze Ge-

schichte dagegen dadurch erhalten, daß sie sich gleich blieben. Siegreich, besiegt oder unterworfen hielten sie am Eigenen fest und überwanden die Eindringlinge, auch die waffenstärkeren Eroberer ihres Landes, durch Aufpflanzung der eigenen Eigenart, sozusagen durch Zersetzung in den Säften eines nationalen Verdauungsapparates.

Diejenigen wenigen unter den westlichen Eindringlingen in China, die sich von der vermeintlichen Analogie mit Japan nicht täuschen ließen, rechneten jedenfalls auf eben diese Verdauungskraft der Chinesen. Wenn wir sie erst einmal vollgestopft haben mit unseren westlichen Errungenschaften, dann wird sich schon zeigen, dachten sie wohl, daß wir unüberwindlich sind; — leider aber auch unverdaulich für die Chinesen. Dies ist der Ausgangsfehler, der Fehler des Standpunktes, von dem ausgehend der Fremde seine Zivilisation nach China brachte, und darum recht eigentlich der Grund, warum der fremde Kaufmann in China, allen voran der englische Kaufmann, jetzt von der im Zolltarif gegen ihn neu errichteten chinesischen Mauer überrascht und bis zur Erbitterung enttäuscht ist. Er hat nicht erwartet, daß es ein Volk, sagen wir besser gleich „Rassen“ geben kann, die seinen „Fortschritt der Menschheit“ nicht anerkennen würden, selbst nicht, wenn sie ihn genügend kennen lernten, und sich im ersten Momente, wo es ihnen möglich ist, dagegen wehren würden, ihre eigene alte sentimentale Kultur, ihr eigenes Glück ihrer eigenen, aber immerhin nur menschlichen Ungenügendheiten, gegenüber dem in den Augen der Chinesen unmenschlichen, das Volk mechanistisch aufreibenden Industrieglück der Fremden aufzugeben.

In diesem Moment einer eingeborenen sentimentalen Kultur der Rücksichtnahme der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, Benachteiligten unter den Volksbrüdern, wie sie Konfuzius lehrte und China immer noch hochhält, liegt das Versagen von Sun Yatsens Doktrin in der Praxis seines ganzen Lebens. Man schalt ihn einen Idealisten, man versagte seiner Regierung politische Unterstützung und Anerkennung, man reichte ihm keine Hand in seinen industriellen Plänen für sein Land von Seiten der westlichen kapitalistisch-industriellen Kreise und Regierungen, weil Sun Yatsen wohl die Segnungen wissenschaftlich-technischer und -industrieller Errungenschaften für sein Volk wollte, aber zugleich die volksverwüstenden Kräfte, die er in der kapitalistisch-industriellen Zivilisation zugunsten des überragenden Aufschwungs einer geringen regierenden Klasse sah, nicht haben wollte. Ein Idealist, ein Unwirklichkeitsmensch wurde er gescholten und war er auch in dieser Hinsicht. Erst gegen das Ende seines Lebens, nach einer ununterbrochenen Kette versagender Versuche, fremdes Kapital und Industrie unter seinen eigenen Idealen für sich zu gewinnen, scheint er die Unmöglichkeit seines Verlangens begriffen zu haben, die Unmöglichkeit, die im innersten Wesen der kapitalistischen Industrie

liegt, ihr Geld und ihre Wirtschaftskräfte zu leihen unter Hingabe der für sie Lebenszweck bedeutenden Macht zur Domination und Ausnutzung der wirtschaftlich Schwächeren des Volkes. Mit dieser letzten Einsicht Sun Yatsens kam auch sein letzter Aufruf an sein Volk, der Aufruf gegen den Imperialismus der fremden Mächte in China, und seine politische Orientierung nach dem sowjetschen Rußland, beides Elemente, die wir heute urgewaltige Auswirkung nehmen sehen.

Unser zweiter Fehler, der uns allen, wenn wir die Wahrheit sagen wollen, erst zu spät aufging, der Fehler, daß wir bei der kommerziellen Durchdringung Chinas immer das eine Auge gefällig auf Japan gerichtet hielten, steigt jetzt zu einem Verhängnis an. Sahen wir nicht im fernen Osten und sprachen wir nicht seit Jahren von einer „Gelben Gefahr" — immer mit einem Auge auf Japan gerichtet? Es gab keine gelbe Gefahr, solange es nur Japan gab, das die anderen asiatischen Völker gegen uns Weiße anführen konnte. Japan konnte die Chinesen, Inder, Moslemen nicht anführen, es hat kein urasiatisches Wesen, es ist den urasiatischen Völkern so verhaßt wegen seiner urgründlichen Umstellung auf den Westen als wie die westlichen Völker selbst, obgleich diese Umstellung nur Abwehr, Selbsterhaltung den Weißen gegenüber bleibt. Erst seit Rußland die Domination durch westliche Ziele abgeworfen hat, erst seit ein bolschewistisches, antiimperialistisches Rußland, eine kapitalistische Ausschlachtung der schwächeren Volksklassen widerrufendes, nationale Minoritäten und schwache Nationen zur Unabhängigkeit führendes Rußland besteht, um die asiatischen Völker anzuführen, gibt es eine „Asiatische Gefahr" für die Vorherrschaft der weißen Rassen auf der Erde, und dabei steht Japan auf der imperialistisch, kapitalistisch-industriell organisierten Gegenseite, neben den Weißen und in Reih und Glied mit ihnen. — Daß die Kriegsspannung zwischen Japan und Amerika vom Tapet gekommen ist, wird sicher noch von tiefer Bedeutung werden, denn Rußland feiert Sieg auf Sieg — in China.

Täuschen wir uns nicht, Rußland gehören die Siege chinesischer Diplomatie in dem Zugeständnis der Zollautonomie an China, in der im Gefolge gehenden Atmosphäre des Fahrenlassens von Exterritorialität und Exjurisdiktion der Fremden in China, in einer Stimmung, die soeben selbst in vereinzelten englischen Handelskreisen Platz zu greifen beginnt und leise andeutet, man möge eher noch Hongkong an China zurückgeben als das ganze Feld zu räumen, den Russen zu räumen! Russische Siege sind es, wenn der neue chinesische Nationalismus den fremden Imperialismus in China zur Aufgabe seiner Sonderrechte bringt; Rußland hat der kapitalistisch-industriellen Welt, den Weltmächten einen empfindlichen Schlag versetzt, wenn das Absatzgebiet des chinesischen Dreihundertmillionenvolkes durch die neue chinesische Zollmauer

den Industrievölkern des Westens, die ja doch nach maßlosester Absatzerweiterung geradezu schmachten, zugemauert wird. — Es scheint wohl wahr, die Welt wird immer sowjetscher.

Wer Wind säete, soll Sturm ernten.

Wird die Wettervoraussage, daß ein Orkan heranzieht, sich bewahrheiten? Wird eine Konferenz in Washington den Himmel wieder lichten, wird sie angesichts der aufgespeicherten Spannungen wieder Friedensbläue zu verbreiten vermögen? — Müssen wir uns nicht sagen, daß sich hier nur zwei logische Möglichkeiten verbergen können: entweder die Zurückhaltung und Nachsicht, fast Nachlässigkeit, die der westliche und notabene der japanische Imperialismus unserem China, wie einem unartigen Kinde schenken, ist das Vorspiel einer in Locarno beschlossenen Aktion gegen diese ganze, immer sowjetscher werdende asiatische Welt — oder, der kapitalistisch-industrielle Imperialismus fühlt sich schon so krank von all diesen sowjetschen Sorgen, daß er schon zufrieden sein muß mit dem, was ihm an Ackerboden noch zu beackern bleibt.

Ach, trügerisch ist unsere hellsehende Logik und unerschöpflich sind die Gestaltungsmöglichkeiten in der Welt, die wir nicht vorhersehen können; versagen wir uns darum nicht die Hoffnungsfreudigkeit auf ein Unerwartetes, auf ein nachsichtiges Geschick über jene, die Wind säeten, daß wir nicht selbst solchen Sturm ernten müssen.

WALTHER TUCKERMANN:
DAS PHILIPPINENPROBLEM*)

Als Spanien die Philippinen im Jahre 1898 aufgeben mußte, konnte es sich immerhin rühmen, in wenig mehr als drei Jahrhunderten $6^1/_2$ Millionen Malayen zum Christentum geführt und auf eine leidlich hohe Zivilisationsstufe gebracht zu haben. Die Bevölkerung war im großen und ganzen bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus mit ihrem Geschick zufrieden und ließ sich von den Mönchen, den Herren der Inseln, in patriarchischer Weise nach der Art unmündiger Kinder betreuen. Noch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bestand im Archipel eine Theokratie, die einzigartig war, an das europäische Mittelalter anmutete, auch in der spanischen Welt seit dem Abfall der amerikanischen Kolonien längst dahin war. Es ist bemerkenswert, während im Spanien des 19. Jahrhunderts oft genug radikale Regierungen bestanden, ein Klostersturm den andern jagte und von diesen radikalen Bewegungen auch die spanischen Antillen Cuba und Puerto Rico in der gleichen Weise aufgerüttelt wurden, lagen die fernen Philippinen abseits aller Erschütterungen, die seit etwa einem Jahrhundert Europa und die von ihm abhängigen Gebiete durchlebten. Der Antiklerikalismus ist kein Ausfuhrartikel, dieser bekannte französische Lehrsatz, der die französische Politik im vorderen Orient bestimmte, bis in der allerjüngsten Zeit sich auch hier — in Syrien — eine Abkehr anbahnt, war der Grundgedanke der spanischen Politik auf den Inseln Philipps II. Mochten die spanischen Kabinette auch noch so radikal und freigeistig sein, an die Orden auf ihrer ozeanischen Besitzung wagten sie sich nicht heran. Die Tätigkeit der Mönche mußte auch einer freimaurerischen Regierung durchaus wertvoll sein. Fielen die über das ganze Land zerstreuten Außenposten, die die Mönche als Curas, als Pfarrer der einzelnen Pueblos versahen, fort, so war damit auch die spanische Herrschaft, die im wesentlichen mit den Mönchen identisch war, erledigt. Das war ja das Eigenartige in der Stellung und der Entwicklung der Inselgruppe, daß der Einfluß der Staatshoheit parallel mit der Kulturarbeit der spanischen Orden ging, keinen Schritt weiter. Die Mönche waren sich daher ihrer Bedeutung sehr bewußt. Sie wußten, daß die Regierung in Manila sie nötig hatte, sie aber nicht die Regierung. So konnte sich ein Augustinerrekollekte um die Mitte des 19. Jahrhunderts rühmen „Die Re-

*) Der Aufsatz enthält einige Ergebnisse aus einer größeren Studie über die Philippinen, die in Kürze bei Teubner in Leipzig erscheint.

gierung weiß, daß sie uns braucht, daß sie ohne uns nicht bestehen kann, darum läßt sie uns in Ruhe und legt uns keine Schwierigkeiten in den Weg wie in Spanien.“ Ein anderer Mönch sagte zu dem österreichischen Weltreisenden Frhrn. von Hügel: „Die Philippinen gehören uns Mönchen. In Manila mag sich Don Pasquale — der damalige Generalkapitän — oder ein anderer brüsten und groß tun. Im Innern sind wir die Herren.“

Die Macht der Mönche ruhte im wesentlichen auf zwei Tatsachen, einmal auf der außerordentlich geringen Zuwanderung von Spaniern, die den nichtgeistlichen Kreisen angehörten. Das war alle Jahrhunderte gleich so. Die verschwindend geringe Zuwanderung von Europäern erklärt sich aus den auch für die ältere Kolonialzeit ungewöhnlich schwerfälligen Verkehrsbeziehungen, die Spanien mit den Inseln unterhielt. Die Inseln waren von den Spaniern auf dem Westwege, auf dem spanischen Wege über zwei Weltmeere hinweg entdeckt worden. Über zwei Ozeane und über die mittelamerikanische Landbrücke mußte sich aber auch bis tief in das 18. Jahrhundert hinein aller Verkehr der Inseln mit Spanien abwickeln. So läßt sich denken, wie außerordentlich dürftig lange Zeiten hindurch die Beziehungen zur Heimat waren. Ein spanisches Spruchwort sagte, das jährlich einmal, übrigens nicht einmal regelmäßig, verkehrende Schiff, die Nao de Acapulco oder die Nao de China bringe den Inseln nur plata y frailes, Geld zur Unterhaltung der Verwaltung und der Missionen, die ja vom Staate wie in Amerika dank der Vollmachten des Patronats der katholischen Könige ins Leben gerufen und gehalten wurden, und Mönche. Die Zahl der Spanier hat stets nur wenige Tausend betragen. Selbst wenn man die Mestizen mitrechnet, wird der Anteil der Europäer und Halbeuropäer nie mehr als 1 % der Gesamtbevölkerung betragen haben. Demgegenüber vergleiche man den starken Anteil der Europäer und der Mischlinge an der Besiedlung Amerikas. Die inneren Provinzen der Inseln waren zum größten Teil ohne spanische Laienelemente. In den meisten Pueblos, auch in solchen von sehr stattlicher Bewohnerschaft, von 10 bis 20 000 Einwohnern, waren die Brüder die einzigen Europäer. Es ist auffallend, wie gering selbst in sehr lebhaften und tätigen Hafenstädten, wie in Iloilo auf Panay oder in Cebu auf der gleichnamigen Insel die Zahl der Spanier war, in Städten, die z. B. seit langen Jahrhunderten in sehr regem Verkehr mit China standen und chinesische Händler und Dschunken in großer Menge anzogen.

Ein weiteres Moment, das die starke Stellung der Kirche erklärt, liegt in den Erziehungsmaßnahmen der Mönche begründet. Wir wissen, daß die Kirche in Amerika, wenn auch nicht überall — z. B. nicht in Paraguay — so doch in den meisten Gebieten die Einführung der spanischen Sprache bei ihrem Erziehungswerk förderte. Die Kirche ist es ja im Grunde gewesen,

die einen halben Kontinent für die spanische Sprache erobert hat. Nicht so auf den Philippinen! Wiewohl auch für die ozeanischen Besitzungen Spaniens die für „Indien“ geltenden Gesetze Gültigkeit hatten und Generalkapitän und Provinzgouverneure, zumal im 19. Jahrhundert Bischöfe und Mönche an die Befolgung dieser Vorschriften, an die Förderung der spanischen Sprache erinnerten, so verharrte die Kirche mit Ausnahme der Jesuiten bis in die jüngste Zeit bei ihrem ablehnenden Standpunkt. Die Brüder wollten eben nicht, daß die „Indios“ sich die spanische Sprache aneigneten, weil sie befürchteten, daß sie dann die Vermittlerrolle zwischen den spanischen Behörden und den Eingeborenen und überhaupt an Einfluß verlieren würden. Es galt daher der Missionsgrundsatz, den Filipinos die Kenntnis des Spanischen vorzuenthalten. Wenn aber die Mönche nicht für Verbreitung der Lingua de Cervantes unter den Millionen von Eingeborenen eintraten, wer hätte denn sonst für sie eintreten sollen? Mögen die Missionsgrundsätze auch die Herrschaft der Mönche beispiellos lange über die Philippinen gefestigt haben, im Grunde haben sie sich doch gerächt. Sie waren die Veranlassung, daß außerhalb Manila und einiger beschränkten Küstengegenden eine eigentliche, befestigte spanische Kulturtradition nicht bestand, daß zumal mit dem Aufkommen einer christentumfeindlichen Bewegung in den Revolutionsjahren die spanischen Erinnerungen vielfach beinahe über Nacht verschwanden und, was das Betrübendste vom Standpunkt der spanischen Kulturbetrachtung ist, daß es den Angloamerikanern überraschend gelang, ihre Sprache und Kultur in einem Vierteljahrhundert auf den Inseln einzuwurzeln, die die Spanier über dreihundert Jahre besessen hatten.

Auf die Dauer ließ sich freilich die Herrschaft der Orden auch über den Philippinen nicht aufrecht halten. Mochte Spanien die Inseln auch noch so sehr absperren, das Eindringen moderner Ideen und freier Auffassungen ließ sich nicht verhindern. Manila, das schon im 18. Jahrhundert eine stattliche Stadt von über 100 000 Einwohnern war und namentlich mit dem südlichen China und mit Hinterindien und damit auch mit den britischen Plätzen Hongkong und Singapur in verhältnismäßig regen Beziehungen stand, war der Mittler derartiger Strömungen. Die großen Bildungsstätten der Orden, zumal die Thomasuniversität der Dominikaner, konnten nicht verhindern, daß aus ihren Hörsälen Führer ihres Volkes hervorgingen, deren nativistische Anschauungen zumal mit dem Aufsteigen Japans gestärkt wurden. Die gebildeten und halbgebildeten Elemente unter den Filipinos wurden um so mehr eine Gefahr für die spanische Herrschaft, als sie besonders triftige Klagen über ihre Zurücksetzung vorzubringen hatten. Sie konnten nicht in die höheren Beamtenkategorien einrücken und mußten sich mit den Amtsstellen ihres Pueblo, der des Gobernadorcillo, des Directorcillo — in der Diminutivform

des Wortes liegt schon das Subalterne der ganzen Amtsstellung begründet — und ähnlichen Pöstchen begnügen. Die religiös empfindenden Eingeborenen wurden dadurch gekränkt, daß sie nicht in die geistlichen Orden eintreten konnten. Diese waren vielmehr einzig und allein den Spaniern, den mehr und mehr verhaßt werdenden Castilas vorbehalten. Bekleideten die Indios die Würde eines Weltgeistlichen, eines Cura del Pais, so waren sie auch hier gegenüber den spanischen Weltgeistlichen zurückgesetzt. Dazu kam die starke Besitzanhäufung der Orden, der Dominikaner und der beiden Augustinerabteilungen, zumal im mittleren Luzon, die besonders die leicht erregbaren Tagalen reizen mußte, kam in der jüngsten Zeit mancher Mißgriff der Verwaltung und der Orden, kamen Klagen über die nach echt spanischer Art recht hohen steuerlichen Belastungen, kurzum, seit dem 7. Jahrzehnt des verflossenen Jahrhunderts war genügend Zündstoff vorhanden, der nach einer Entladung drängte. Kleinerer Unruhen wurde man noch verhältnismäßig leicht Herr. Die Empörung der 1890er Jahre ergriff aber fast den ganzen Archipel und machte sich Luft in einer furchtbaren Verfolgung der Ordensangehörigen, deren zumal in den inneren Provinzen zahlreiche getötet wurden.

Die revolutionäre Bewegung konnte keiner fremden Macht willkommener sein wie den Vereinigten Staaten. Ihre Pflanzer und Kaufleute hatten trotz aller fremdenfeindlichen Bestimmungen im 19. Jahrhundert neben Engländern besonders Eingang im Archipel gefunden. Die Erweiterung der Zuckerrohr- und Hanfpflanzungen geht namentlich auf ihre Anregung zurück. Ihr Handel hatte sich in Manila zu einer Zeit eine angesehene Geltung verschafft, in der die Union noch ein atlantischer Staat war. Der wirtschaftliche Einfluß der Unionamerikaner überflügelte nach und nach auch den der Briten. Die Gegensätzlichkeiten zwischen den Nordamerikanern und den Spaniern, die um den Interessenkreis auf den Antillen im 19. Jahrhundert immer wieder erneut ausgebrochen waren und schließlich zu einem Eingreifen der Amerikaner geführt hatten, übertrugen sich auch auf die Philippinen. Auch hier ergriff die Union die Sache der Revolutionäre und ihres Führers Aguinaldo und erledigte mit ihrer Einmischung die Herrschaft der Spanier.

Die Hoffnung der Filipinos, daß ihre Inseln mit der Beseitigung der spanischen Herrschaft volle Unabhängigkeit erlangen würden, wurde schwer getäuscht. Die Zeit um die Jahrhundertwende, die die „imperialistische“ Politik der weißen Mächte auf ihrem Höhepunkt zeigt und nun neben den älteren Kolonialmächten auch noch eine neue, die amerikanische Union auftreten ließ, war für Anschauungen, farbigen Völkern die volle Unabhängigkeit zu verschaffen, noch keineswegs reif. So setzt denn noch im selben Jahre, in dem die Spanier die Erwerbung Legazpis, Urdanetas und Salcedos aufgeben mußten, der erbitterte Kampf zwischen Amerikanern und Filipinos ein, der, wenn

auch die Guerillakriege in den verwickelten Cordillerensystemen so ziemlich aufgehört haben, in seiner scharfen Gegensätzlichkeit noch heute ebenso besteht wie im Jahre 1899. Und das, wiewohl die Amerikaner, nicht zuletzt infolge des Schwergewichts eines großen Teils ihrer öffentlichen Meinung, den Filipinos Schritt für Schritt entgegenkommen mußten! Bereits im Jahre 1907 erhielten sie ein Parlament mit beschränkter Selbstregierung. Die Verwaltung wurde immer mehr und mehr ihnen anvertraut. Auch die höheren Beamtenstellungen, wie die der Provinzgouverneure kamen zum größten Teil in ihre Hand. Als die Demokraten im Jahre 1913 zur Regierung kamen, da wurde durch ihren Sprecher, den Präsidenten Wilson, den Filipinos volle Unabhängigkeit versprochen. Dieser Erklärung folgten noch ähnliche. Die Versprechungen sind zwar bisher noch nicht eingelöst worden. Aber im Jahre 1916 kamen die Filipinos ihrem Endziel doch einen wesentlichen Schritt näher. Das vom Kongreß angenommene Gesetz Jones hat Gesetzgebung und Verwaltung in die Hände eines aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangenen Senats und eines in gleicher Weise gewählten Unterhauses gelegt. Freilich über diesem Filipinoparlament steht noch der Generalgouverneur, der ein Vorrecht besitzt und von diesem schon recht oft Gebrauch gemacht und damit den Beschlüssen der Deputierten seine Zustimmung versagt hat. Es besteht bei der Zentralregierung in Washington, zumal die Zuständigkeit der einzelnen Instanzen nicht scharf abgegrenzt ist, die Neigung, die Stellung des Generalgouverneurs zu stärken. Der Kurs der jüngsten Jahre — die Republikaner regieren wieder — entspricht dem der starken Faust. Der Mann des Vertrauens dieser Richtung ist Generalmajor Wood, der seit 1921 die Zentralregierung in Manila vertritt. Der Antrag Jones hatte den Filipinos die Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, sobald sie eine feste, dauerhafte Regierung hätten. Eine solche Regierung haben nun die Filipinos. Aber trotzdem wird ihnen von Washington immer wieder bescheinigt, daß sie noch nicht vorbereitet, politisch noch unreif seien, daß man insbesondere die unmündige Masse der Eingeborenen nicht den Launen der „Politiker" aussetzen dürfe. Auch sei das Erziehungswerk der Amerikaner noch nicht beendet.

Welche Gründe die Amerikaner bei ihrer Zurückhaltung leiten, läßt sich nicht unschwer erraten. Es mögen solche politischer Art sein, obwohl man diese im allgemeinen etwas übertreibt. Man denkt namentlich bei uns gern an die Möglichkeit, daß bei einem Zurückweichen der Union ihr Nachfolger Japan werden könnte. Daß Japan wenigstens früher mit einem solchen Gedanken gerechnet hat, ist wahrscheinlich. Die Inseln mit ihrer mäßig dichten Besiedlung mochten, so glaubte man, für das dicht bevölkerte Japan ein ersehntes Einwanderungsziel sein. Die japanischen Interessen wurden namentlich während des Krieges stärker ausgebaut. Wenn auch die Zahl der Japaner

noch klein ist und besonders gegenüber der der Chinesen sehr zurücksteht, so ist sie heute schon nicht viel geringer mehr als die der Weißen, Amerikaner, Spanier, Engländer, usw. zusammengenommen. Man konnte glauben, daß die Union einem etwaigen Vordringen Japans vorbeugen und daher die Unabhängigkeitserklärung der Philippinen immer wieder hinausschieben wolle. Auf der Konferenz zu Washington im Dezember 1921 haben sich die pazifischen Mächte wenigstens ihre Inselbesitzungen auf zehn Jahre gegenseitig verbürgt. Die Philippinen bleiben damit fürs nächste vor den Ansprüchen fremder Mächte unangetastet, wenn auch die Befestigungen auf den Inseln wie auch auf Guam nicht weiter ausgebaut werden dürfen. Damit ist aber die independente Bewegung der Filipinos nicht zum Stillschweigen gebracht worden. Sie haben zwar nicht erreicht, daß man ihre Angelegenheiten auf der Konferenz zur öffentlichen Behandlung brachte, achten aber jetzt mehr als zuvor auf alle Vorgänge, die mit ihren Bestrebungen verwandte Züge zeigen. So wird der Kampf Chinas um seine volle staatliche Unabhängigkeit und Freiheit mit angespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Freilich nicht nur bei den Filipinos! Die Bewegung muß dahin führen, daß die asiatischen Völker sich auf ihre natürlichen Gebiete beschränken. Damit wird es immer unwahrscheinlicher, daß die Philippinen mit ihrer Malayenbevölkerung in den Besitz Japans übergehen. Die „Indios“ der Philippinen haben einmal mit den Japanern sympathisiert. Aber diese Sympathien währten nur so lange, als man sich an ihrem Vorbilde aufrichten und von ihm lernen konnte. Die japanische politische „Gefahr“ haben auch die Filipinos erkannt und man wehrt sich gegen sie in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Das Inselparlament hat sogar den Japanern die Erwerbung von Grund und Boden verbieten wollen, drang damit aber beim Generalgouverneur nicht durch. Das Rassenbewußtsein der Malayen hat sich jedenfalls mächtig gesteigert und es ruht nicht, bis es das Volk von jeglicher Bevormundung losgerissen hat, getreu dem Motto der 1898 von Aguinaldo beabsichtigten nativistischen Republik „Die Philippinen den Filipinos“. Trügt nicht alles, so hat auch Japan sich mit dem Wandel der Auffassungen abgefunden und denkt kaum noch an die Annexion der Inseln, die sicherlich ein sehr gewagtes Spiel werden könnte.

In einem amerikanischen Bericht über den Unterricht auf den Philippinen, der kürzlich erschienen ist, finden sich die Worte „Wie die Kirche das Sinnbild der spanischen, so ist die Schule das der amerikanischen Bildung“. Der erste Teil dieses Mottos stimmt nun freilich nicht ganz. Die herrschende Kirche der Philippinen kann man keineswegs mehr schlechtweg „spanisch“ nennen. Die spanischen Mönche hatten bereits in sehr großer Zahl in den Wirren der 1890 er Jahre die Inseln verlassen. Manche sind zwar mit dem Eintritt ruhigerer Verhältnisse wiedergekommen. Aber die Tendenz zeigt sich doch

immer mehr, die spanischen Mönche durch solche anderer Nationalität, darunter auch Deutsche zu ersetzen. Die Jesuiten z. B. sind heute ganz vorzugsweise Nordamerikaner. Dort, wo heute noch Heidenmission getrieben wird, da liegt sie fast durchweg in Händen von Nichtspaniern. Die Kirche hat sich aber auch bewußt den neuen Herren zur Verfügung gestellt und hat damit wohl gehandelt. Sie hat damit verhindert, daß das religiöse Schisma, das unter der Führung von Aglipay der alten „spanischen" Kirche Hunderttausende, wenn nicht Millionen entriß, nicht noch weiter um sich griff, sondern allmählich zu einem Stillstand und einer Rückentwicklung führte. Unter der Führung amerikanischer Bischöfe suchte so auch die Kirche den geänderten Verhältnissen sich anzupassen und so der völligen sprachlichen Umstellung des Archipels nicht entgegenzuwirken. Der Hauptträger der Angloamerikanisierung der Inseln aber war die Regierung und die Staatsschule. In der ersten Zeit der amerikanischen Besetzung wurde der Inselraum von amerikanischen Lehrern und Lehrerinnen förmlich überschwemmt. Nachdem es diesen gelungen war, einen starken Stamm im angloamerikanischen Geist erzogener eingeborener Lehrer heranzuziehen, war ihre Mission erledigt. Heute wirken nur noch einige Hundert amerikanischer Lehrer, nicht wenige in gehobener Stellung, auf den Inseln. Die Zahl der Filipinolehrer stieg von etwas über 6000 im Jahre 1902 auf an die 26 000 im Jahre 1925. Waren im ersteren Jahre 200 000 Schüler vorhanden, so wird es heute sicherlich 1 200 000 Zöglinge geben, die die amerikanischen Staatsschulen, deren Unterricht völlig auf das Englische eingestellt ist, besuchen. Demgegenüber treten die nichtstaatlichen Schulen, z. B. die von kirchlicher Seite unterhaltenen, vollkommen zurück: aber auch in ihnen ist das Englische die Unterrichtssprache. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß von den 11 Millionen Einwohnern, die die Philippinen heute haben werden, 7 bis 8 Millionen bereits das Englische beherrschen. Demgegenüber wirkt spanische Sprache und spanische Kultur mehr wie eine interessante Ruine, die immer mehr abbröckelt. Wohl nur in Manila treten die Zeichen der spanischen Kulturzugehörigkeit noch stärker in Erscheinung, und zwar namentlich in dem alten mauer- und wallumgebenen Stadtteil Intramuros mit seinen düsteren, ruhigen Straßen und den Barockkirchen des 17. Jahrhunderts, die freilich infolge der vielen Beben manche häßliche Spuren von wenig sachgemäßer Flickarbeit zeigen.

Es ist wohl die bemerkenswerteste kulturelle Umwandlung, die ein Erdenraum in so auffallend kurzer Zeit je erlebt hat: aus den fernen Islas de Ponierte der spanischen Conquista, die man sich so gern auch heute noch als ein ehrwürdiges Kulturgebiet vorzustellen geneigt ist, ist in einem knappen Menschenalter eine Domäne starker amerikanischer Kulturexpansion geworden, jener beinahe mit maschinellen Mitteln arbeitenden Kulturpropaganda, von

der wir uns noch gar kein richtiges Bild machen können und die auch unaufhaltsam Fortschritte im iberischen Amerika macht, hier freilich in jüngster Zeit auf eine mehr und mehr erwachende Reaktion des spanischen Kulturgedankens stößt. Jedenfalls waren die Philippinen nach kaum einem Vierteljahrhundert so „amerikanisiert", daß man am 1. Januar 1923 das Spanische als Amts- und Verkehrssprache durch das Englische ersetzen konnte. Dieser einzigartige Wandel beweist natürlich, wie schwach im Grunde das Spanische im Archipel vertreten war. Es sind ihm auf den Inseln selbst nur ganz vereinzelte Verteidiger erstanden. Mochten die Filipinos auch noch so sehr in der Frontstellung gegenüber den neuen Herren verharren, der Gedanke wurde doch beinahe Allgemeingut der Bevölkerung, daß das Aneignen ihrer Sprache nur von großem Vorteil sein könnte. Man kann annehmen, daß das Vorgehen der Amerikaner auf schulpädagogischem Gebiet auch von außenpolitischen Gründen bestimmt wird. Die „Amerikanisierung" der Inseln kann auch als Schutzmaßnahme angesehen werden, um bei der Freigabe der Inseln ihren Übergang in den Besitz einer anderen Macht möglichst zu erschweren.

Gegenüber der kulturpolitischen Betätigung der Amerikaner auf den Philippinen tritt ihre wirtschaftliche doch auffallend zurück. Jedenfalls entspricht sie nicht den Vorstellungen, die man sich nach ihren Erfolgen auf geistigem Gebiet leicht zu machen geneigt ist. Der amerikanische Unternehmungsgeist und das amerikanische Kapital hielten sich schon der allgemeinen Unsicherheit gutenteils fern, dann aber auch, weil man nicht wußte, wie sich die äußere Zugehörigkeit der Inseln gestalten würde. Manche Plantagenkulturen sind freilich immerhin nennenswert ausgedehnt worden, wie die der Kokospalme und des Rohrzuckers. In der jüngsten Zeit tragen sich die Amerikaner infolge der belastenden und verteuernden Wirkungen des englischen Gummimonopols mit dem Gedanken, namentlich in den südlichen Teilen des Inselraumes, wie auf Mindanao und den Visayasinseln, die von den Taifunen kaum heimgesucht werden, die Anlage großer Pflanzungen zu empfehlen. Die vom Eingeborenenparlament erlassenen Gesetze sind freilich einer derartigen Ausdehnung keineswegs günstig. Verbieten doch die philippinischen Gesetze den Besitz von Pflanzungen, die mehr als 2500 Acres groß sind. Auch die Zulassung chinesischer Kulis, die für derartige Unternehmungen in erster Linie in Frage kommen, ist gesetzlich erschwert. Versuche des amerikanischen Gummitrustes, die Bewirtschaftung von 50 000 Acres auf 25 Jahre zu erlangen, sind gescheitert. Trotzdem zielen die amerikanischen Bestrebungen dahin, eine Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen zu erreichen. Daß die Filipinos die großen Gefahren, die mit diesem Entgegenkommen namentlich auch für ihre Freiheitsbestrebungen verbunden sind, erkennen, betont ihre Presse beinahe jeden Tag. Sie glaubt, daß damit das Volk

sich selbst die Sklavenketten schmiedet, die sie für zunächst unabsehbare Zeiten an das amerikanische Großkapital fesselt.

Die Amerikaner haben sich um die Philippinen manche unbezweifelten Verdienste erworben. Man braucht auch nur an die Ausdehnung eines leistungsfähigen Straßennetzes zu erinnern, an die erfolggekrönte Bekämpfung der Seuchen, wie des Aussatzes, an die Anlage von Stationen in gesunder Höhenregion, wie namentlich der Sommerresidenz Bagnio in etwa 1500 m Höhe in der prächtigen Gebirgsprovinz Benguet im nördlichen Luzon.

Die nächste Zukunft der Philippinen scheint noch ziemlich ungewiß zu sein. Die Amerikaner schieben die Freierklärung der Inseln immer wieder hinaus trotz stürmischen Drängens der Eingeborenen. Noch mehr als politische Gründe mögen bei diesem Zögern wirtschaftliche Gründe mitsprechen. Man will die immerhin ganz ansehnlichen amerikanischen Kapitalien und Interessen nicht einer sehr ungewissen Zukunft aussetzen, die nicht ausbleiben wird, wenn der Archipel die Bestimmung der Geschicke in seine Hand nimmt. Mag die Entscheidung auch noch hinausgeschoben werden, das endgültige Schicksal, das voller Unabhängigkeit scheint doch schon festzustehen, ein Akt von großer Schwere für alle nativistischen Bestrebungen Asiens.

WALTER GEISLER: POLITIK UND SPRACHEN-KARTEN

Ein Beitrag zur Frage des „polnischen“ Korridors

Es ist ein schwerer Fehler, der sich im politischen Leben schon bitter gerächt hat, daß wir uns so wenig mit Kartenkritik beschäftigt haben. Für die große Politik kommt hier vor allem die Darstellung der Nationalitätenverhältnisse in gemischtsprachigen Gebieten in Frage, ein ebenso aktuelles wie wichtiges Problem. Hier hat der Wissenschaftler dem praktischen Politiker das Material in brauchbarer Form in die Hand zu geben. Es ist daher zu fordern, daß sich die wissenschaftliche Forderung in erster Linie des Karteninhaltes der geographischen und der angewandten Karte mit besonderer Gründlichkeit annehme. Es muß das Gewissen des Urhebers einer solchen Karte aufs peinlichste geschärft werden, und er darf nie vergessen, daß er, beispielsweise bei einer Bevölkerungskarte, ein Originalwerk schafft, und daß dieses, eben in seiner Eigenschaft als Karte, von jedem Betrachter als richtig und genau, deutlich und bestimmt angesehen wird.

Wenn alle Karten diesen Forderungen entsprächen, so läge der Fall bedeutend einfacher, aber es gibt gerade bei Nationalitätenkarten solche — und sie stammen alle aus dem gegnerischen Lager —, die die Forderung der Richtigkeit und Genauigkeit wissentlich gröblich verletzen, um ihrer nationalen Einstellung zuliebe einen bestimmten Eindruck beim Betrachter der Karte zu erwecken, und wenn der Betrachter die Karte kritiklos hinnimmt, so wird dadurch unabsehbares Unheil angerichtet. Denn bevor von anderer Seite die Fälschung richtiggestellt werden kann, ist das Unglück bereits geschehen. Wir wissen alle, welch aktuelle Bedeutung die Nationalitätenkarten bei Ausarbeitung des Friedensvertrages von Versailles gehabt haben und noch heute besitzen. Aber diese ungemein wichtige und praktische Bedeutung der Beschäftigung mit den Nationalitätenkarten beruht keineswegs nur darauf, zur Wahrung unserer berechtigten Interessen die Fälschungen zurückzuweisen, sondern sie hat neben dieser abwehrenden Aufgabe noch eine mindestens ebenso wichtige positive und agressive Aufgabe, nämlich die Methoden der Darstellung zu wählen, die ein zweckmäßiges, deutliches und bestimmtes Bild der wirklichen Verhältnisse geben.

Um die Forderungen, die wir an eine Nationalitätenkarte zu stellen haben, an einem besonderen Beispiele zu zeigen, wählen wir die Karten aus, welche die Verhältnisse im „polnischen Korridor“ darstellen, also des am meisten umstrittenen Gebietes. Jedem Deutschen und jedem gerecht denkenden

Menschen hat sich die Frage aufgedrängt, wie es überhaupt geschehen konnte, daß dieses merkwürdige Gebilde eines schmalen Schlauches polnischen Gebietes mitten durch preußisch-deutsches Land gelegt wurde, wenn man auch nur annäherungsweise sich nach dem Nationalitätenprinzip gerichtet hätte.

Bei der Zertrümmerung der deutschen Ostmark, die zur Schwächung und Knebelung Deutschlands durchgeführt wurde, stützte man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es mußten also von polnischer Seite den Diplomaten Nationalitätenkarten vorgelegt werden, nach denen die nichtdeutsche Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten überwiegt, eine Abtrennung dieser Gebietsteile nach dem bloßen Nationalitätenprinzip zum mindesten möglich war. Daß überdies historisches Recht und wirtschafts- und verkehrsgeographische Verhältnisse das Verbleiben gerade des westpreußischen Gebietes bei Preußen unbedingt notwendig machten, konnte schließlich durch Entstellung geschichtlicher Tatsachen mißachtet werden. Es gibt aber auch Nationalitätenkarten, und diese stammen von Deutschen, aus denen ohne weiteres ersichtlich ist, daß das Gebiet des „polnischen Korridors" überwiegend von Deutschen bewohnt ist, und auch diese Karten unterscheiden sich in der Methode der Darstellung sehr stark. Es muß also die Vorstellung von den Nationalitätenverhältnissen in Westpreußen ganz verschieden ausfallen, je nachdem der einzelne diese oder jene Karte zur Hand nimmt. Wir erkennen, wie außerordentlich wichtig es ist, ein richtiges und ein wirksames, jedem sich einprägbares Bild der Nationalitätenverhältnisse zu verbreiten.

Unsere Gegner, vor allem die Polen selbst, haben durch bewußte Fälschung und durch Verschleierung der wahren Verhältnisse Kartenbilder verbreitet, die für ihre Absichten in der Welt Stimmung machten. Die Zwecklüge hat hier ihr Ziel erreicht. Als Beispiel, wie plump von polnischer Seite gearbeitet worden ist, sei auf die Flugschrift eines gewissen A. M. Jasienski aufmerksam gemacht, die 1919 in Montreal unter dem Titel „Reborn Poland" erschienen ist. Das Heft ist Woodrow Wilson als „First Champion of the Polish Cause" respektvollst zugeeignet. Der Verfasser gibt an, daß die beigegebene Karte eine „version" einer deutschen Karte sei. Im Text führt Jasienski aus, daß Pommern, die Lausitz, Schlesien und Ostpreußen Distrikte mit gemischter Bevölkerung seien, in denen die Mehrzahl davon einen gebrochenen deutschen Dialekt spreche, und wo es in den meisten Fällen kaum möglich sei, ihn polnisch oder deutsch zu nennen. In diesen Teilen liegen viele Dörfer mit polnisch sprechenden Mehrheiten. Aber die Polen wollten ja gar nicht alle diese Teile haben, denn es würde für die Deutschen schwer sein, wenn sie alle die Menschen verlören, die das Deutsche nicht gut sprechen. Polen habe auch gar nicht die Absicht, mehr Deutsche in die Grenzen des wiedererstandenen Polen zu übernehmen, als es absolut gezwungen sei. Als

ebiete mit rein polnischer Bevölkerung werden dann die ganze Ostmark, berschlesien und Masuren angegeben. Die Polen waren also sehr bescheiden, venn sie nur diese Gebiete forderten!

Über solche Machwerke brauchen wir kein Wort zu verlieren. Schlimmer ber ist es, wenn Nationalitätenkarten im Gewande streng wissenschaftlicher Dokumente erscheinen und daraufhin als Unterlage für Friedensverhandlungen enutzt werden. Bei solchen Kartn können die Fälschungen natürlich nicht o grob sein, sondern sie treten versteckt auf. Es ist dann für den Nichtachmann unmöglich, die Fälschungen ohne weiteres zu erkennen. Die Fälchungen, also die bewußten Fehlerquellen, liegen dann entweder in der zurunde liegenden Statistik oder in der Anwendung der Methode der Darstellung.

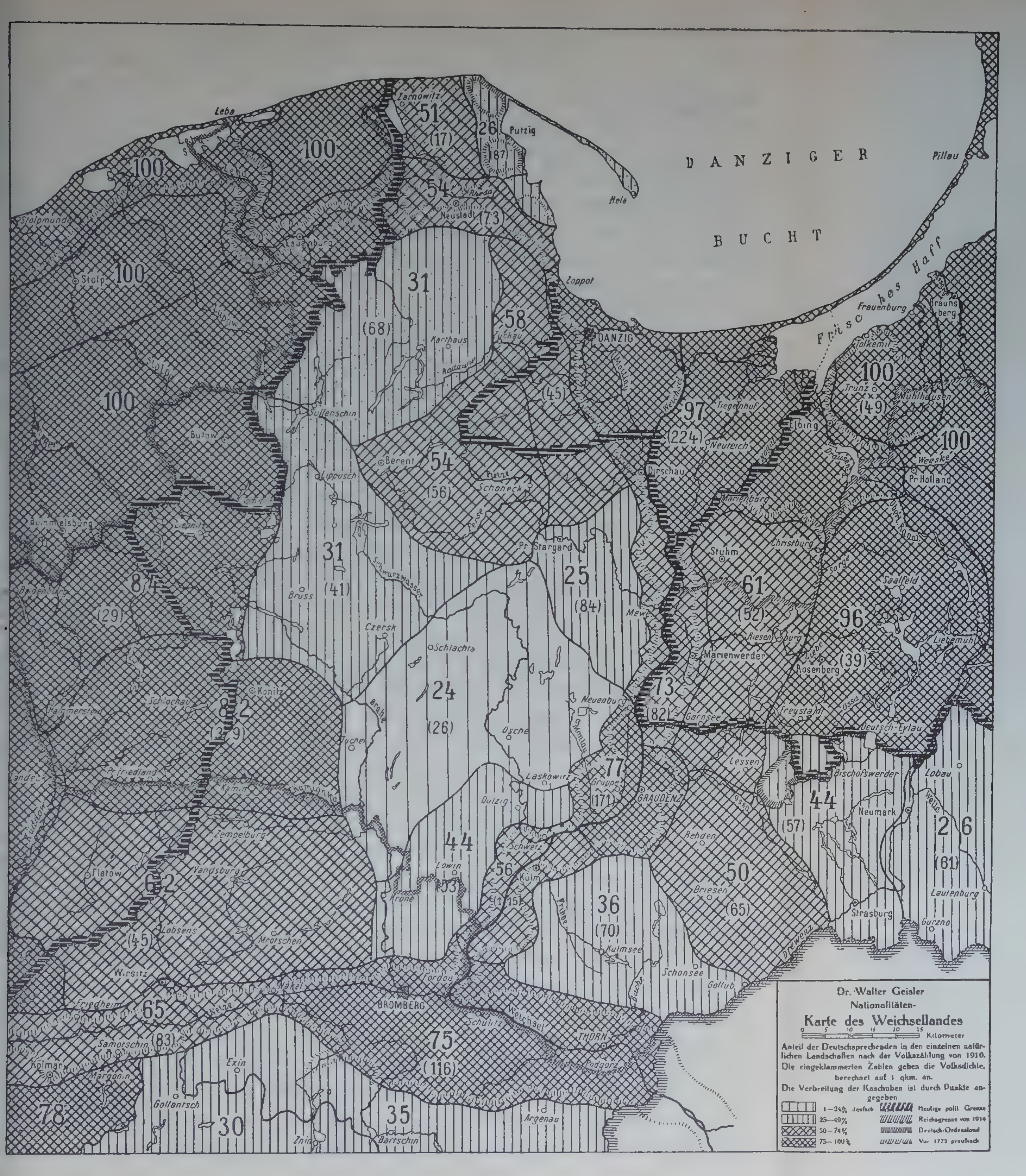
Zunächst einmal ist unbedingte Anlehnung an vorhandene Statistik u fordern, weil persönliche Änderungen im Zahlenmaterial durch den einzelnen icht vorgenommen werden dürfen. Sodann muß die beste zur Verfügung tehende Statistik gewählt werden, der neuesten, die noch keine Angaben aus icht normalen, d. h. Kriegs- oder Nachkriegszeiten, enthält. Das wäre für as Korridorgebiet die Statistik von 1910. Es ist ganz selbstverständch, daß etwa die polnischen Statistiken aus den Zeiten nach den gewaltamen Entdeutschungen, also der Volkszählung von 1921 nicht als Norm elten können. Die bisher vorliegenden polnischen Karten beruhen auch in er Grundlage auf der preußischen Statistik, aber sie wird willkürlich gendert. Die Polen verdächtigen sie als tendenziös gefärbt. Wenn man aber olnischerseits glaubte, daß die Bevölkerung in der Überzahl polnisch sei, so ätte man es doch auf eine Abstimmung im ganzen in Frage stehenden Geiete ankommen lassen können. Im übrigen sind die Vorwürfe, die gegen die reußische Statistik vom Jahre 1910 erhoben worden sind, durch Albrecht Penck[1]) gebührend zurückgewiesen worden. Es mag bei dieser Gelegenheit och erwähnt werden, daß bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammung 1919 von dem polnischen Wahlkomitee die Parole ausgegeben worden var, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Das Ergebnis war, daß etwa nur 5 % aller Wahlberechtigten aus politisch-nationalen Gründen nicht gewählt atten, also 75 % deutschgesinnt waren. Bemerkenswert ist auch, daß in den bstimmungskreisen von den dort wohnenden 15 % Polen nur die Hälfte für Polen gestimmt hat.

Was nun die zur Verfügung stehenden Methoden der Darstellung betrifft[2]), o sind diese den Volksdichtekarten entlehnt. Wir kennen die relative Methode, bei der die Flächen einer bestimmten Einheit, etwa der Kreise oder er Gemeinden, je nach der Anzahl der auf 1 qkm wohnenden Menschen verchieden herausgehoben werden, und die absolute Methode, die die an einer telle wohnende Zahl der Menschen direkt ablesbar aufzeichnet. Es kommt

darauf an, Methode wie Maßstab nach der vorliegenden Aufgabe richtig zu wählen und anzuwenden.

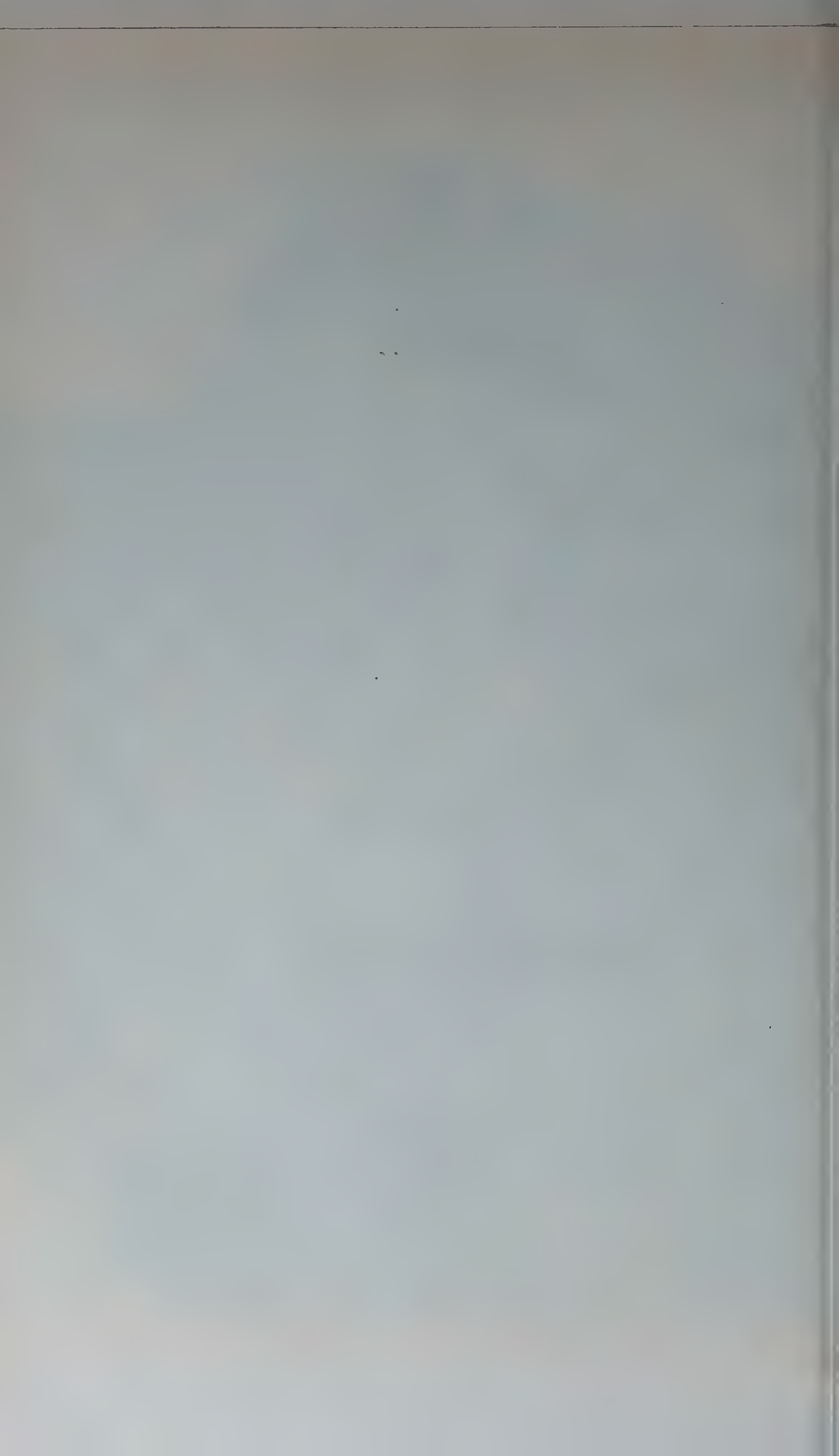
Bei Sprachenkarten gibt die relative Methode an, wieviel Prozent der Gesamtbevölkerung auf eine bestimmte Nationalität, bezogen auf ein bestimmtes Areal, kommen; sie ist heute noch die gebräuchliche und eignet sich besonders für kleinmaßstabige Karten. Die in England erschienene polnische Flugschrift „The Polish Question"[3]) bringt eine kleine Karte, die durch die willkürlich gewählte Skala von 20—50 und 51—100 % einen schweren methodischen Fehler aufweist, und in der Absicht gewählt ist, damit möglichst viel Fläche als von Polen besiedelt erscheint. Würde man die Skala wie richtig 25—50, 50—100 % gewählt haben, so wären die Gebiete mit 20—24 % Polen unberücksichtigt geblieben. Wenn man sich aber nicht an gleiche Intervalle binden will, so bleibt der Weg der sogenannten natürlichen Skala übrig, die auf Grund der sich durch die Statistik ergebenden Schwellenwerte gewonnen wird. Diese Methoden, deren Wert für Nationalitätenkarten hier nicht geprüft werden kann, liegt aber bei dieser Karte nicht vor, die im übrigen ihrem Geiste nach zu der von Jasienski veröffentlichten gehört.

Etwas näher müssen wir uns mit den Karten aus dem Atlas von Polen beschäftigen, den Eugen von Romer, Professor der Geographie in Lemberg, herausgebracht hat.[4]) Es kommen vor allem zwei Karten in Frage, die eine, welche das von Polen bewohnte Gebiet schlechthin mit Rot bezeichnet, und die andere, die mit Hilfe von Isarithmen den prozentualen Anteil der Polen an der Gesamtbevölkerung zur Darstellung bringt. Bei dem kleinen Maßstab, es ist das ganze von Polen beanspruchte Land berücksichtigt, ist die erste Karte nicht genau nachzuprüfen. Was das Gebiet des polnischen Korridors betrifft, so sind die Abweichungen von der offiziellen Statistik nicht so plump wie bei den erstgenannten Karten. Das Gebiet um Konitz und in der Netzeniederung ist als von deutscher Mehrheit bewohnt erkennbar, auch das Gebiet von Bromberg bis Thorn. Selbst das Gebiet um Graudenz ist weiß gelassen, aber es wird der Eindruck erweckt, als ob — abgesehen von den Landschaften im Norden um Danzig nach Ostpreußen hin — dieses alles Exklaven von geringer Bedeutung sind. Wie auf einer polnischen Karte nicht anders zu erwarten, sind die Kaschuben zu den Polen gerechnet; und damit auch die Brücke deutscher Mehrheit von Pommern über Neustadt nach Danzig den „polnischen Korridor" zur Ostsee nicht durchschneidet, sind die 50 % der Deutschen im Kreise Neustadt einfach unterschlagen. In gleicher Weise bleiben die Deutschen der Kreise Schwetz, Kulm und Briesen unberücksichtigt (47 bis 49 % Deutsche). Bezeichnend ist es, daß Romer gerade an der Weichsel zwischen Kulm und Fordon (Bromberg) einen Streifen polnischer Bevölkerung eingezeichnet hat, um so die Verbindung polnischen Gebietes mit Pommerellen zu erhalten.



Aus Keyser: Kampf um die Weichsel

Deutsche Verlagsanstalt / Stuttgart



Es gibt keine Statistik, auf Grand deren eine solche Karte gezeichnet sein könnte. Romer gibt an, daß er sich auf seine eigenen Ermittelungen (sur mes propres recherches), sowie auf die offizielle Zählung von 1910, aber verbessert (contrôlées) durch die Schulstatistik — es ist das die bekannte Volksschulkinderzählung durch die Lehrer vom Jahre 1911 — gestützt habe. Wenn man dann noch liest, daß er für die Provinz Posen die Karte von Spett benutzt hat, die er ja mit gleichem Recht auch für Westpreußen hätte heranziehen können, so erkennt man deutlich, daß diese Quellenangaben nur dazu dienen, seine willkürlichen Abweichungen von der offiziellen Statistik zu verschleiern und wissenschaftliche Genauigkeit vorzutäuschen.

Sehr aufschlußreich in bezug auf die Arbeitsweise Romers ist die zweite Karte mit der Darstellung des prozentualen Anteils der Polen an der Gesamtbevölkerung, auf der die Gebiete mit gleicher Prozentzahl durch Linien getrennt sind. Penck hat darauf hingewiesen, daß die Methode für Sprachenkarten unzulässig sei. „Sprachen und Völker stufen sich nicht gegenseitig wie zwei verschiedene Höhenschichten ab." Aber abgesehen davon — die Karte ist nun einmal da — hat sich Romer bei dem Entwurfe Freiheiten erlaubt, die mit wissenschaftlicher Arbeitsweise unvereinbar sind. Daß er Gebiete ausscheidet, die unter (!) 1 % Polen aufweisen, und solche von 1 bis 5 % Polen, verrät den agitatorisch-politischen Zweck der Karte, da die Skala sonst Stufen von 25 zu 25 % hat. Weiterhin führt er bewußt ganz irreführende Färbungen (in Art der Schichtstufen auf topographischen Karten) ein, indem er die Gebiete bis 5 % Polen mit hellblauer Farbe deckt, die übrigen aber in stetiger Wirkung bis ins dunkle Braun steigert. Die Folge ist, daß der Betrachter den Eindruck erhält, daß alle die Gebiete mit 5 bis zu 100 % Polen zu einer Gruppe gehören und sich nur die Gebiete mit weniger als 5 % absondern. Der Betrachter sieht die — scheinbare — ungeheure Breite des polnischen Korridors und denkt nicht daran, daß die zwei hellen gelben Flächen Gebiete mit polnischen Minderheiten bedeuten.

Dann aber die Feststellungen im einzelnen: Nach dieser Karte gäbe es in ganz Westpreußen mit Ausnahme eines Teiles der Elbinger Höhen — kein Gebiet, das nicht mindestens 1—5 % Polen hat! Das Gebiet von Putzig über Danzig und das halbe Danziger Werder haben 5—25 % Polen. Die Isarithme ist hier falsch mitten in rein deutsches Gebiet gezogen, und es gibt einfach keinen Gesichtspunkt, der zur Erklärung der Tatsache herangezogen werden könnte, daß das Gebiet um Putzig mit einem Stück des Danziger Werders zusammengezogen worden ist. Gleich grobe Verstöße liegen vor bei der Ziehung der Isarithme von 50 %. In einem Streifen von westlich der Weichsel finden wir von Putzig bis gegen Kulm ein geschlossenes Gebiet von 25—50 % Polen, das sich östlich bis Riesenburg und Deutsch-Eylau hinzieht. Hier ist die ganze

Gegend um Graudenz und die Marienwerderer Niederung mit 85 und mehr Prozent Deutschen eingeschlossen, trotzdem diese Gebiete räumlich Anschluß an das deutsche Ostpreußen und die Deltaebene haben, wo nie Polen gesessen haben. Die Netzeniederung und das Gebiet um Thorn und Bromberg sind gleichfalls mit dieser Färbung versehen. Hierin widerspricht sich Romer selbst. Auf der ersten Karte ist das Bromberger Becken weiß gelassen; hat also unter 50 % Polen (es sind 25 %); hier aber erscheint es im Kolorit mit 50—75 % Polen. Die Fehler werden noch auffälliger, wenn wir das Gebiet betrachten, auf dem 50—75 % Polen wohnen. Es ist einfach das ganze Gebiet von Pommerellen und des Kulmerlandes, einschließlich des rein deutschen Gebietes um Konitz, das direkte räumliche Verbindung mit Pommern hat, das also nicht etwa als Sprachinsel der Methode der Isarithmen zuliebe in anderem Gebiet aufgegangen sein kann.

Stellen wir diesen polnischen Karten kleinsten Maßstabes einmal eine deutsche Karte gegenüber. Es ist eine mehr skizzenhafte Darstellung in Strichmanier, die in der Geographischen Zeitschrift[5]) erschienen ist und den Zweck hat, über die Verteilung der Nationalitäten kurz zu unterrichten; sie unterscheidet dann auch nur rein und überwiegend deutsche wie polnische Gebiete. Wir sehen ohne weiteres, daß es sich bei dem Vorkommen der Polen in Pommerellen um eine Sprachinsel inmitten deutschen Gebietes handelt, daß also eine Verbindung des polnischen Kongreßpolens mit Pommerellen und gar dem Meere nicht vorhanden ist. Auch die Kaschuben sind als solche auf der Karte verzeichnet. Aber der Karte haften doch Mängel an, die teilweise nur durch den kleinen Maßstab zu verstehen sind. Bei der zu starken Generalisierung sind die überwiegend polnischen Gebiete zu geschlossen dargestellt; die deutschen Sprachinseln verschwinden, vor allem ist die Verbindung von der Weichsel nach Pommern zu sehr gelockert und teilweise zerrissen. Infolge der gewählten Einteilung konnte das Gebiet um Graudenz nur als „überwiegend deutsch" bezeichnet werden. Auch technisch weist die Karte Mängel auf; die Signaturen für die polnischen Gebiete, schwarz und schräge Striche, fallen viel mehr in die Augen als die für die Deutschen, gekreuzte Striche und weiß. Außerdem verbinden sich unwillkürlich die dunklen Flächen einerseits und die hellen andererseits zu je einer Einheit, und diese optische Wirkung ist nicht ausgenutzt. Das Bild, das auf diese Weise entstanden ist, kann wohl den Anspruch auf Richtigkeit machen, aber es ist nicht wirkungsvoll und für die deutsche Sache nicht geschickt genug gewählt.

Eine andere Karte, die gleichfalls auf eine Anregung von Albrecht Penck[6]) zurückgeht, versucht, die absolute Methode auf kleinmaßstabigen Karten zur Anwendung zu bringen, indem jedesmal 5000 Einwohner durch einen Kreis dort dargestellt sind, wo diese wohnen. Wir sehen rote, rotbraune und blaue

Kreise, je nachdem es sich um Polen, Kaschuben oder Deutsche handelt. Die Einwohner der großen Städte sind nur je durch einen Kreis dargestellt, und zwar ist die Größe des Kreises der Einwohnerzahl entsprechend; der Anteil der drei Sprachen ist durch die Größe des entsprechend gefärbten Sektors dargestellt. Die Übertragung der absoluten Methode auf so kleinen Maßstab dürfte sich aber für unseren besonderen Zweck nicht eignen, weil die Zusammenfassung zu 5000 Menschen auf dem platten Lande bereits zu schematisch wirkt und sehr wesentliche Einzelheiten der Bevölkerungsverteilung nicht zum Ausdruck kommen können. Was für eine Bevölkerungskarte noch möglich wäre, ist für die Darstellung einer Nationalitätenkarte bei gemischtsprachiger Bevölkerung nicht günstig.

Wenden wir uns nunmehr zu den großmaßstabigen Karten, so haben wir außer den Karten Albrecht Pencks in absoluter Methode zwei Karten in relativer Methode von gleichem Maßstabe, nämlich 1 : 500 000, und Zugrundelegung der Gemeinde als räumlicher Einheit, auf die sich die Verhältniszahlen der deutschen bezw. polnischen Einwohner zur Gesamtzahl beziehen. Beide Karten sind auf Grundlage von Vogels Karte des Deutschen Reiches gezeichnet.

Der Inhalt der beiden Werke ist merkwürdig verschieden, obgleich beide, sowohl Spett wie Langhans, dieselbe Zählung von 1910 benutzt haben. Das wäre eine Unmöglichkeit, wenn beide Verfasser einwandfrei gearbeitet hätten. Leider aber haben wir in Spetts Karte eine unerhörte Fälschung vor uns, was um so abstoßender wirkt, als die Beschriftung der Karte deutsch ist und ausdrücklich angegeben wird, daß die offizielle Zählung von 1910 als Grundlage gedient habe. Bezeichnenderweise ist die Karte technisch ganz ausgezeichnet, die Wirkung der roten und grünen Farbe hervorragend. Die Karte von Langhans[7]) ist keine reine Nationalitätenkarte, sie ist gezeichnet unter Berücksichtigung der Ansiedlungsgüter und Ansiedlungen, Staatsdomänen und Staatsforsten. Das Areal, das diese aufgeführten Gebiete einnehmen, ist durch verschiedene Färbung hervorgehoben und schwächt den Überblick über die Darstellung der Nationalitätenverteilung ab. Die Skala, die hierfür gewählt ist, entspricht der Schlüterschen von 25 zu 25 %. Die Färbung aber ist fehlerhaft und entspricht nicht der zu fordernden adaptiven Farbabstufung; leider ist die Abweichung zu ungunsten der deutschen Verhältnisse geschehen. Man sieht eigentlich nur die Flächen, auf denen 75 und mehr Prozent Deutsche wohnen, alle übrigen Farbentöne, die durch feine Striche und Strichelung hervorgerufen werden, treten ganz zurück. Warum ist vor allem das Gebiet bis 25 % Deutsche einfach weiß geblieben, als ob dort überhaupt keine Deutschen wohnen? Immerhin sind die Eintragungen richtig, und die Karte ist als solche zuverlässig, es macht nur Mühe, die für uns Deutsche wertvollen Verteilungsverhältnisse klar zu erkennen. Leider kommt auf der Karte nicht

zum Ausdruck, daß im nördlichen Pommerellen keine Polen, sondern Kaschuben wohnen, eine Tatsache, auf die nicht ausdrücklich genug hingewiesen werden kann; denn da an der Ostsee keine Polen wohnen, sondern ein anderer slawischer Stamm, so haben die Polen auch keinen Anspruch auf diesen Strich Landes von Berent-Schöneck bis zur Ostsee.

Spetts Karte[8]) zeigt uns ein klares, aber falsches Bild der Nationalitätenverteilung. Wie hat er es fertig gebracht, daß auf seiner Karte ein Streifen fast rein polnischer Bevölkerung bis ans Meer reicht? Zunächst rechnet er die Kaschuben zu den Polen. Sodann fälscht er in ganz raffinierter Weise die Statistik gerade an den ausschlaggebenden Stellen, und zwar so, daß ein guter Teil der Eintragungen, die durch Flächenfärbung geschieht, richtig ist, daß aber zwischendurch der Prozentsatz einzelner Gemeinden zugunsten der Polen gefälscht ist.

Die entscheidenden Stellen liegen an dem Durchbruchstal der Weichsel zwischen dem Thorn—Bromberger Becken und der Deltaebene und an den drei Brücken deutscher Mehrheit, die von Pommern nach Danzig—Ostpreußen führen. Die nördliche Brücke ist das Gebiet vom Zarnowitzer See über das Neustädter Urstromtal nach Danzig. Es sind beispielsweise für das Gebiet der Gemeinden Neustadt, Schmechau und Bohlschau mit über 75 % Deutschen eingezeichnet Farben für 50 % deutsch, über 70 % polnisch und über 50 % polnisch. Schlimm sind vor allem die Fälschungen in der Gegend um Putzig. Statt daß Putzig, Rutzau und Sellistrau über 75 % Deutsche zählen, haben sie nach Spett über 80 % Polen!

Genau so zugerichtet erscheint die zweite Brücke von Bütow nach Berent—Danzig, wo nur eine kurze, fast unbewohnte Strecke an der pommerschen Grenze kaschubisch ist. Hier finden sich die falschen Eintragungen vor allem von Berent aus nach Osten, damit an diesem schmalen Hals der „polnische Korridor" nicht gar so sehr eingeschnürt erscheint. Während die Gegend von Berent bis Lippischau über 75 % Deutsche zählt, ist sie mit über 50 % polnisch bezeichnet. Ganz ähnlich liegen die Dinge bei der dritten Brücke, die Gegend von Konitz und Kolmar nach Bromberg und Graudenz hin, wo besonders die einheitlich deutsche Bevölkerung des Netzetales zerstört ist.

Damit nun die Verbindung des Gebietes der Tucheler Heide mit Kongreßpolen hergestellt werde, ist der Eckpfeiler deutscher Mehrheit, das Graudenzer Becken und Umgebung umfassend, stark angegriffen. Selbstverständlich ist das Gebiet deutscher Mehrheiten in den Niederungen vor allem zwischen Graudenz und Bromberg zerstört, so daß die Gegend um Schwetz und Kulm statt 75 und mehr Prozent Deutsche über 50 % Polen zeigt.

Außer diesen willkürlichen Änderungen in der Statistik bestehen noch schwere Verstöße gegen die Methode. Die Skala gibt über 85 v. H., über 70 und über

50 v. H. deutsch oder polnisch an, das wären also 15, 30, 50, 70 und 85 %; das ist unzulässig. Wer aber noch zweifeln sollte, daß Spett parteiisch ist, der wird durch die Tatsache belehrt, daß auf der Karte die Waldflächen nur dann weiß gelassen sind, wenn sie inmitten von Gebieten mit deutscher Mehrheit liegen, wie zwischen Bromberg und Thorn, daß sie aber in der Tucheler Heide, wo sie weit größere Flächen einnehmen, die grüne Farbe der Gebiete erhalten, die über 85 % Polen haben.

Selbst wenn die relative Methode einwandfrei angewandt wird, hat sie manche Mängel, die durch die absolute Methode behoben werden sollen. Dadurch, daß die Signaturen für eine bestimmte Anzahl von Menschen an die Stelle gesetzt werden, wo diese wirklich wohnen, ist ohne weiteres sichtbar, wo dichte Bevölkerung vorhanden ist und wo natürliche Grenzen der Verbreitung der Menschen gegeben sind. Außerdem ist die Zahl der Einwohner eines Ortes direkt abzulesen. Es hängt nur von dem gewählten Maßstab ab, wie groß die kleinste Einheit, dargestellt durch einen Kreis oder ein Viereck, ist. Penck hat für das Gebiet sprachlicher Mischung solche Signaturen auf Grund der Karte 1 : 100 000 des Deutschen Reiches einzeichnen lassen, wobei je 10 Einwohner durch einen Kreis dargestellt werden.[9]) Dieser Kreis ist blau, wenn es sich um deutsche Einwohner handelt, rot, wenn es Polen sind, und rotbraun bei Kaschuben. Da man das ganze Gebiet in so großem Maßstabe nicht auf eine Karte bringt, ist ein solches im Maßstab 1 : 300 000 gezeichnet, die mit größter Genauigkeit die wirklichen Verhältnisse darstellt.[10]) Die Signaturen sind kleiner und haben einen größeren Wert. Es stellen die Kreise je 20, die Quadrate je nach ihrer Größe 200, 2000 und 20 000 Menschen dar. Die sprachliche Zugehörigkeit der Bewohner von Orten mit weniger als 1000 Einwohnern wird lediglich durch kleine, locker angeordnete Kreise, die der größeren durch dichtgestellte Quadrate und beigefügte kleine Kreise dargestellt. Da die sprachliche Mehrheit stets an der Spitze steht, sieht man auf den ersten Blick, ob in einer Gemeinde mehr deutsch, polnisch oder kaschubisch gesprochen wird. Es handelt sich um eine streng statistische Methode, wobei das Hintereinander der Tabelle in ein höchst wichtiges Nebeneinander, und darauf kommt es ja gerade an, umgewandelt ist. Es ist somit die größtmögliche Genauigkeit erreicht, und da die Signaturen an die richtige Stelle in die topographische Karte hineingesetzt sind, so ist damit die beste Möglichkeit jeglicher nur denkbaren Auswertung gegeben.

Darin liegt der große Vorzug der Methode — aber auch eine Gefahr. Wir müssen bedenken, daß die einzelnen Gemeinden kein Sonderdasein für sich führen, sondern untereinander in einer Lebensgemeinschaft stehen; es ist nicht angängig, etwa Staatsgrenzen allein auf Grund des Nationalitätenverhältnisses zu ziehen, wenn dadurch zusammengehörige Gebiete getrennt werden, wie es

in der Marienwerderer Niederung geschehen ist. Es wäre beispielsweise falsch, die Insel polnischer Mehrheit um Stuhm über die Weichsel hinweg mit der Sprachinsel der Tucheler Heide in Verbindung setzen zu wollen und deswegen das Gebiet mit deutscher Bevölkerung von Marienburg südlich bis Graudenz zu trennen. Das ganze Gebiet östlich der Weichsel ist wirtschaftlich eine Einheit und darf auch trotz einzelner darin liegender Gemeinden mit polnischer Mehrheit nicht zerrissen werden. So ergeben sich bei Betrachtung der Karte in absoluter Methode Zweifel und Schwierigkeiten für die Grenzziehung. Eine solche Karte bietet zwar das beste Material für eine Bearbeitung der Grenzfragen, es bleibt nach wie vor das Problem der Abgrenzung und Gruppierung erst zu lösen. Es ist eine Übersicht notwendig.[11]) Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Konstruktion von Isarithmen zu keinem Ziele führt. Wollte man die Gemeinden mit gleicher Prozentstufe miteinander durch Grenzlinien verbinden, und wollte man darnach etwa die politische Grenze ziehen, so kämen ganz merkwürdige Ungereimtheiten heraus. Schmale Schläuche würden sich durch anders orientierte Gebiete hindurchziehen, und das ganze Land wäre in für die Grenzziehung vollkommen unbrauchbare Teilstücke aufgelöst.

Der Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist die geographische Bearbeitung der Statistik, d. h. wir müssen die Bevölkerung in Beziehung setzen zur Landschaft. Die relative Methode an sich trägt der Forderung der Geographie, Beziehungen zwischen Mensch und Natur aufzudecken, nicht ohne weiteres Rechnung, weil sie als Grundlage verwaltungstechnische Einheiten wählt und weil diese auf Grund der Dichtestufen gruppiert werden. So ist es auf der Karte von Erich Keyser, wo er die prozentuale Verteilung der Deutschen in Westpreußen nach Kreisen darstellt, nicht vollkommen möglich, die polnische Insel in der Tucheler Heide durch Gebiete mit mehr als 50 % Deutschen abzuschließen, weil das Gebiet der beiden Kulmer Niederungen und der Schwetzer Niederung mit deutscher Mehrheit durch die großen Kreise Kulm und vor allem Schwetz zerrissen werden. Das Gebiet des Kreises Schwetz hat Anteil an der Tucheler Heide, dem Übergangsgebiet der Abdachung mit Ackerbau und Wald gemischt, und schließlich an der Niederung mit Ackerbau und Weide.

Nun ist aber die wirtschaftliche Sonderstellung der Weichselniederungslandschaften von ausschlaggebender Bedeutung, und die Gemeinden einer Niederung sind durch die Aufgaben des Deichschutzes und die Erhaltung der Dämme und der Gräben geradezu zu einer Gemeinschaft auf Tod und Leben verbunden. Es tritt uns hier besonders deutlich vor Augen, daß eine Gruppierung nach natürlichen Landschaften die einzig mögliche Art der Zusammenfassung ist. Jede der Niederungen stellt eine solche

Lebensgemeinschaft dar, ganz gleich, ob in einzelnen Dörfern einmal mehr Polen wohnen oder nicht. Zu diesen Niederungen gehören aber auch die Randsiedlungen auf der Höhe, da diese wirtschaftlich mit den Niederungen verbunden sind. Nehmen wir die Weichsellandschaft als Ganzes, so wohnen bei einer Dichte von 155 rund 801 000 Einwohner mit 86 % Deutschen darin.

Genau wie in den Niederungen, so können wir auch auf der Höhe individuelle Landschaftstypen[12]) herausschälen; außer den Küstenlandschaften sind es die Abdachungslandschaften, die sich zu beiden Seiten an das Durchbruchstal der Weichsel anschließen; sie sind teils bewaldet, teils tragen sie Ackerland. Zählen wir diese noch zur Weichsellandschaft hinzu, so ergeben sich für den Weichselkorridor 75 % Deutsche. Der Einzelnachweis ist in meiner Erläuterung zur Karte in Keysers „Kampf um die Weichsel" geliefert.[13]) Die Küstenlandschaften sind mit 92 % Deutschen fast rein deutsch.

Die Einteilung der Höhenlandschaften ist für den Laien und den des Landes Unkundigen weniger durchsichtig, aber doch eindeutig durchzuführen. Östlich der Weichsel ist die Dreiteilung des Kulmer Landes ohne weiteres erkennbar. Das fruchtbare Rübenland um Kulmsee und Schönsee hebt sich wirtschaftlich von dem übrigen Gebiete ab, von dem das östliche wald- und seenreich ist. Westlich der Weichsel bildet das große Waldgebiet als Sanderlandschaft die Mitte; es zerfällt in drei Teilgebiete, während nördlich und südlich Gebiete der Grundmoränenlandschaft liegen. Im Norden hebt sich die Landschaft der Radauneseen von den Ackerbaugebieten um Berent-Schöneck ab, während im Süden zwischen den Sandergebieten der Brahe und Küddow durch die im nördlichen Teile auftretenden Endmoränenbögen eine regionale Gliederung in zwei Landschaften eingetreten ist; die südlichere ist mehr mit flachwelliger Grundmoräne durchsetzt und daher fruchtbarer und dichter besiedelt.

Nachdem auf diese Weise das Land in einzelne Teillandschaften gegliedert worden ist, mußte auf Grund der Statistik von 1910 ausgerechnet werden, wie groß der Prozentsatz der Deutschen in diesen Landschaften ist, was eine vollkommene Umgruppierung der durch die Statistik gegebenen Anordnung der Gemeinden notwendig machte. Das Ergebnis entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wir erkennen auf den ersten Blick das Vorherrschen der Deutschen in der Weichsellandschaft und im Weichselkorridor, wir sehen klar die drei von Pommern nach Ostpreußen führenden Brücken, und wir erkennen, daß die westlich der Weichsel wohnenden Polen eine Sprachinsel bilden. Es ist aber sicher, daß die Volksdichte stark zu berücksichtigen ist, um die verschiedene Wertigkeit der Prozentzahlen zu erkennen. Überall da, wo Deutsche in der Überzahl sind, da ist die Volksdichte groß. Im Deltagebiet ist der Prozentsatz an Deutschen 97, die Dichte 224, im Heidegebiet von Osche und Tuchel

ist der Prozentsatz 24, die Dichte 26. Das sind die beiden Extreme; im übrigen sei auf die beigegebene Karte verwiesen.

Wir ersehen aus ihr, daß es eine Unmöglichkeit ist, unter Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips eine politische Grenze durch das Gebiet der Provinz Westpreußen zu ziehen, wenn man Härten und Willkürlichkeiten vermeiden will. Die politischen Grenzen müßten sich an die Grenzen der einzelnen natürlichen Landschaften halten, die ja eine territoriale Zerstückelung nicht vertragen. Wie zwei mächtige Eckpfeiler bewachen die Beckenlandschaften von Graudenz und Thorn—Bromberg mit 75 und mehr Prozent Deutschen den Eingang zur Tucheler Heide. Es gibt gerechter Weise keine Möglichkeit von Süden aus mit der Grenzziehung bis zu der zweiten Barriere, die vom Konitzer Gebiet hinüberführt nach Berent—Schöneck und damit nach Danzig—Elbing, vorzudringen. Vollkommen von Gebieten deutscher Mehrheit eingeschlossen ist die Landschaft der Radauneseen um Karthaus, wo die Kaschuben überwiegen. Das Graudenzer Becken und das Bromberger Becken haben beide räumlich Anschluß an rein deutsche Gebiete.

So stehen die Verhältnisse in Wirklichkeit. Die geographische Methode, wie wir die hier angewandte Methode im Gegensatz zu den statistischen Methoden nennen können, bietet also die Gewähr, daß bei der Gruppenbildung keine Gewaltsamkeiten vorkommen können. Wenn sie in ihren Gruppen nicht auf die Zusammenlegung von Gemeinden mit gleichen Prozentstufen beruht, so ist ihre Methode doch unbestechlich und eindeutig, da die Abgrenzung der geographischen Einheiten nach eindeutigen, wissenschaftlichen, also streng sachlichen Gesichtspunkten geschieht. Die vorliegende Karte läßt ohne weiteres erkennen, daß die strenge Durchführung des Prinzips keineswegs überall zugunsten der deutschen Sache entschieden hat. So kommt die deutsche Mehrheit um Hela, die sehr wichtig ist, nicht zur Darstellung, ebensowenig der rein deutsche Charakter der Marienwerderer Niederung, weil auch die Überlandschaften zur Einheit dazu gehören.

Gerade diese letzten Beispiele mögen zeigen, daß beim Entwerfen und Zeichnen von Karten unter allen Umständen der einmal beschrittene Weg konsequent in allen Einzelheiten durchgeführt werden muß, und daß es durchaus unzulässig ist, eines politischen Zieles willen den Weg auch nur einen Augenblick zu verlassen. In dieser Hinsicht sind alle polnischen Karten, die mir zu Gesicht gekommen sind, fehlerhaft. Wir haben gesehen, in welcher Weise die Einzeichnungen auf polnischen Karten gegen die Darstellung der wahren Verhältnisse verstoßen. Wir müssen mit allem Nachdruck fordern, daß solche Karten aus dem Verkehr gezogen werden, und wir müssen von uns aus bei jeder Gelegenheit auf die Fälschungen hinweisen, die als Grundlage für die territorialen Forderungen der Polen gedient haben. Sind aber

ie Unterlagen gefälscht gewesen, nach denen die neue Grenze im Osten fest-esetzt worden ist, so kann es für jeden gerecht denkenden Menschen nicht weifelhaft sein, daß die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Ver-ailles einer Revision unterzogen werden müssen, wobei nicht nur anschau-che, sondern richtige Kartendarstellungen als Grundlage dienen müssen.

Anmerkungen

[1]) Albrecht Penck, Die Deutschen im Polnischen Korridor. I. Methodisches über Sprachenkarten. II. Erläuterungen zur Karte. Karte der Verbreitung der Deutsch- und Polnisch-Sprechenden auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin 1921.

[2]) Max Eckert, Die Kartenwissenschaft. Zweiter Band. Berlin und Leipzig 1925.

[3]) Published for the Polish Information Committee.

[4]) Eugenius Romer, Atlas Polski, Atlas von Polen. Warschau und Krakau 1916. Maßstab der Hauptkarten 1 : 5 Mill.

[5]) D. Häberle, Der Anteil der Deutschen und Polen an der Bevölkerung von Westpreußen und Posen (nach A. Penck). Mit einer Kartenskizze. Geographische Zeitschrift. 1919. Seite 124. Diese Karte stellt im ganzen eine verkleinerte Wiedergabe der Karte von A. Penck dar, die in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 9. Februar 1919 erschienen ist, nur daß auf dieser Karte die Verbreitung der Kaschuben nicht eingezeichnet ist.

[6]) Verteilung der Deutschen und Polen in Westpreußen und Posen. Dargestellt von Prof. Dr. Albrecht Penck. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1919. Heft 1-2. Karte I.

[7]) Paul Langhans, Die Provinzen Posen und Westpreußen unter besonderer Berücksichtigung der Ansiedlungsgüter und Ansiedlungen . . . nach dem Stande vom 1. Juli 1905. In „Deutsche Erde" 1905. 5. Sonderkarte; dieselbe Karte nach dem Stande von 1910 gesondert erschienen.

[8]) Jakob Spett, Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der amtlichen Volkszählung vom Jahre 1910. Wien 1918.

[9]) Karte der Verbreitung von Deutschen und Polen längs der Warthe-Netze-Linie und der unteren Weichsel sowie an der Westgrenze von Posen. Bearbeitet im Geograph. Institut der Universität Berlin auf Grundlage der Karte des Deutschen Reiches 1 : 100 000. Unter Leitung von Professor Dr. Albrecht Penck ausgeführt von Herbert Heyde. Berlin 1919.

[10]) Siehe Anmerkung 1.

[11]) Die Karte von Penck in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (s. Anm. 5), wie sie in Auswertung der Sprachenkarte in absoluter Methode entstanden ist, kann als Beispiel dafür dienen, daß man durch eine solche Zusammenfassung kein praktisch brauchbares Bild erzielt.

[12]) Es sei an dieser Stelle auf die Arbeit von Fritz Nußbaum „Die Volksdichte des Kantons Bern", Bern 1923, hingewiesen, wo der Versuch gemacht ist, die Bevölkerungsverteilung des Kantons Bern auf natürliche Einheiten zu beziehen. Die Arbeit wurde mir bei Drucklegung dieses Aufsatzes bekannt.

[13]) Der Kampf um die Weichsel, Untersuchungen zur Geschichte des polnischen Korridors. Unter Mitwirkung von W. Geisler, H. Hübner, K. S. Kaufmann, W. La Baume, M. Laubert, F. Lorentz, W. Millack. Herausgegeben von Erich Keyser, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1926.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA
(Italien, Balkan, Orient)

Albert von Hofmann: Das Land Italien und seine Geschichte. Eine historisch-topographische Darstellung. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin, 1921. 458 Seiten. Mit 14 Kartenskizzen.

Wer Albert von Hofmanns „Das deutsche Land und die deutsche Geschichte" gelesen hat, wird mit Spannung zu diesem italienischen Gegenstück greifen. Und seine Erwartungen werden gewiß nicht enttäuscht. Voller Bewunderung ob der meisterhaften Beherrschung eines gigantischen Stoffs, der tiefgründigen Kenntnis des Landes und aller seiner Teile begleiten wir Hofmann auf seinem Wege einer topographisch-historischen Analyse des italienischen Lebens- und Staatsraumes. Jeder Abschnitt ist ein Meisterwerk für sich: Piemont und Ligurien; Aemilia und Lombardei; Venedig (Seevenetien); Friaul und Verona (Landvenetien); Ravenna und die Marken; Etrurien; Toskana (Nordetrurien); Rom; Das Land der Latiner, Volsker und Herniker; Umbrien, Sabina und Abruzzen; Benevent, Salerno und Apulien; der Golf von Neapel und Campanien; Tarent und Calabrien, Großgriechenland; Sizilien und Sardinien.

Die ungemein sorgfältige Art, mit der Hofmann selbst die kleinsten Kleinigkeiten bedenkt und als Glied eines größeren Ganzen erfaßt, schließt es vielleicht aus, daß man hintereinander von der ersten bis zur letzten Seite die Durcharbeitung dieses Buches betreibt. Aber das ist auch nicht unbedingt erforderlich. Nachdem man in den ersten Kapiteln eine vorzügliche Einführung erhalten und sich mit der Methode Albert von Hofmanns vertraut gemacht hat, ist es durchaus statthaft, dieses oder jenes Kapitel herauszugreifen und sich ihm besonders zu widmen.

Kein deutscher Italienreisender sollte die Gelegenheit unbenutzt lassen, sich durch Lektüre der in Frage kommenden Abschnitte zuvor gründlichst über die historisch-kulturelle Eigenart dieses Bezirkes zu unterrichten und zu erkennen, wie die Gestaltung des Bodens in diesem besonderen Falle die Geschicke der Bewohner beeinflußte. Als Erzieher zu vertieftem Schauen, zum Begreifen der Naturgebundenheit des historischen Ablaufs wird Albert von Hofmann der aufrichtigen Dankbarkeit des deutschen Volkes sicher sein dürfen. (Vgl. im übrigen den Aufsatz „Italien" desselben Verfassers in dieser Zeitschrift 1926, S. 341—37[illegible] Albert von Hofmann faßt darin die wesentlichen Ergebnisse seines Italien-Werkes kurz zusammen.)

Fritz Schotthöfer: Il Fascio. Sinn und Wirklichkeit des italienischen Faszismus. Verlag der Frankfurter Sozietäts-Druckerei G. m. b. H. 1924. 224 Seiten.

Schotthöfer kennt das Italien der Vorkriegszeit und bereiste das Land erneut im Sommer 1923, um sich auf Grund eigenen Augenscheins einen klaren Begriff vom Wesen und von der Bedeutung des Faschismus zu erarbeiten. Er führt den Faschismus auf zwei Grundursachen zurück: 1. Die Atmosphäre der Nachkriegszeit: Enttäuschung über die Kriegserfolge, wirtschaftlicher Tiefstand, Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch sozialistische und bolschewistische Tendenzen; 2. die auf Kraft und Wille eingestellte Persönlichkeit Mussolinis.

Schotthöfer spricht dem Faschismus eine eigentliche leitende Idee ab. Dieser spezifisch

talienischen Bewegung liegt keine philosophisch-soziologische Theorie zugrunde, sondern sie verkörpert das Prinzip der Gewalt gegenüber der Demokratie der „vom Humanitarismus verblödeten" europäischen Völker. Die Grundpfeiler des Faschismus sind „Autorität, Hierarchie und Disziplin". Da diese nach der Meinung Schotthöfers keine schöpferischen Prinzipien darstellen, das Aufkommen von Führerpersönlichkeiten durch den Faschismus unterbunden wird, so glaubt der Verfasser weder an eine Ausbreitung noch an eine Zukunft des Faschismus.

Trotz der grundsätzlichen Gegnerschaft Schotthöfers gegenüber dem Faschismus sind seine Urteile klar, ruhig und wohlbegründet. Als Einführung in die Welt des Faschismus kann Schotthöfers Buch warm empfohlen werden.

J. W. Mannhardt: Der Faschismus. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. München 1925. XII und 441 Seiten.

Umfangreiche Literaturstudien und eigene Reisebeobachtungen sind in diesem Werk zu einem tiefgründigen Bild des Faschismus verarbeitet worden. Das Buch ist keine leichte Kost, darf aber wohl als eine der tiefstschürfenden Darstellungen des Faschismus angesprochen werden.

Mannhardt holt weit aus, um die Wurzeln des Faschismus bloßzulegen. Land, Volk und Staat der vorfaschistischen Zeit werden eingehend behandelt, um die allgemeinen Unterlagen für die Entstehung des Faschismus aufzuweisen. Auf diesem Fundament gründet der Verfasser alsdann die Darstellung der treibenden Kräfte des Faschismus. Als Kampf gegen den im italienischen Volk stark aufkommenden Individualismus und Egoismus begreift Mannhardt den Faschismus, der nach ihm vor allem die Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit, das Dienen statt des Verdienens fordert. — Im dritten Hauptteil entwirft der Verfasser ein Lebensbild Mussolinis und knüpft daran die Geschichte der faschistischen Bewegung von 1914/15 bis zur Erlangung der Staatsgewalt an. Darauf folgt eine ausführliche Schilderung des faschistischen Staates mit allen Einzelproblemen innen- und außenpolitischer Natur. Den Schluß bildet ein Deutungsversuch des Faschismus: Verneinung des Liberalismus und Demokratismus deutlicher erkennbar als sein positiver Gehalt, Kampf gegen den Individualismus, ausgeprägt nationaler Kollektivismus.

Robert Michels: Sozialismus und Faschismus in Italien. Verlag Meyer & Jessen, München 1925. VI und 339 Seiten.

Das sehr geistreiche und überaus lesenswerte Buch von Michels stellt in gewisser Beziehung eine Ergänzung der beiden oben genannten Werke über den Faschismus dar. Michels gibt uns die Erklärung dafür, warum in einem Lande mit starken sozialistischen Tendenzen der Faschismus Wurzel schlagen konnte und wie verhältnismäßig mühelos die Anhängerschaft des einen Ideenkreises in den andern hinübergeführt werden konnte. An dem Beispiel von Carlo Pisacane und Giuseppe Garibaldi wird gezeigt, wie zwiespältig im Grunde von jeher der italienische Sozialismus war, wie stark in seiner Brust zwei verschiedene Seelen kämpften: Sozialismus und Nationalismus. Die wirtschaftlichen Nöte schufen wohl den Boden, in dem die Keime des Marxismus sich entwickeln konnten; die starke Übervölkerung Italiens, der alljährliche Verlust von tausenden auswandernder Volksgenossen weckte auf der andern Seite das Verlangen, diesem Übelstande abzuhelfen und eine ausgesprochen völkische Sozialpolitik zu treiben. Fast alle Sozialisten Italiens haben bei ihren Zukunftsplänen sehr stark an die italienischen Bauern gedacht und unterscheiden sich schon dadurch von dem eigentlichen Marxismus, der in erster Linie die sozialen Verhältnisse in der industriellen Arbeiterschaft ins Auge faßt.

Der Weltkrieg und die sich daraus entwickelnden Verhältnisse erzeugten jene „vielgestaltige Unzufriedenheit, welche das Zwillings-

paar Bolschewismus und Faschismus säugte". In dem Kampfe zwischen den wirtschaftlich-materialistischen und den völkisch-nationalistischen Kräften siegte der Faschismus, weil auch in den sozialistischen Kreisen von jeher für die völkische Idee, für die Notwendigkeit einer Weltgeltung Italiens durchaus Verständnis vorhanden war.

Besondere Beobachtung verdient noch das Kapitel, in dem der italienische Imperialismus gekennzeichnet wird. Wir entnehmen daraus, daß sich der italienische Imperialismus nach der Meinung von Michels von dem der westeuropäischen Staaten grundsätzlich unterscheidet. Italiens Machtbegehren ist nicht so sehr wirtschaftlich als vielmehr völkisch begründet. Das Ziel besteht weniger in der Gewinnung neuer Rohstoffgebiete, neuer Absatzländer für die italienische Industrie, als in der Zusammenfassung der namentlich im Mittelmeerraum zerstreuten italienischen Volkheit. Auch das wieder läßt es verständlich erscheinen, daß sich ein völkisch eingestellter Sozialismus mit dieser Art Imperialismus innerlich auszusöhnen imstande war.

Hermann Wendel: Aus dem südslawischen Risorgimento. Verlag der Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1921. 199 Seiten.

Ein warmherziger Freund Großserbiens schildert in diesem Buche in Gestalt von sechs recht lesenswerten Skizzen das allmähliche Werden der serbisch-kroatisch-slowenischen Freiheits- und Einheitsbewegung. Die Tendenz des Buches kennzeichnet der Verfasser im Vorwort folgendermaßen: „Einmal gehört es zum geistigen Wiederaufbau Europas, von einem verkannten und geschmähten Volke zu zeigen, daß es auch einen Himmel über sich hat und Sterne an diesem Himmel. Zum zweiten rauschen hier die Quellen eines Stromes, der auch unser Ufer netzt; das süsdlawische Risorgimento ist die geistige Vorgeschichte des südslawischen Staates, der nach der Vereinigung unserer österreichischen Brüder mit uns unmittelbarer Nachbar der deutschen Republik sein wird."

Bunte und wechselnde und doch letzten Endes gleichgeartete Bilder ziehen an uns vorüber, wenn wir uns Wendel als Führer anvertrauen. Die Weckung des serbischen Nationalbewußtseins durch Dositej Obradoviç im Zeitalter der Aufklärung, der schwärmerische Jllyrismus des Kroaten Ljudevit Gaj (1809—1872), die junge serbische Vereinigung Omladina (gegründet 1866), die nationale Propaganda des Bischofs Stroßmeyer (Nachkomme eines deutschen Wachtmeisters aus Linz!), Svetozar Markoviç, der nationale Revolutionär, und Janez Krek, der unermüdliche Vorkämpfer der Demokratie und des Sozialismus (gestorben 1917).

Hermann Wendel: Kreuz und quer durch den slawischen Süden. Von Marburg bis Monastir; von Belgrad bis Buccari; Krainer Tage. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei, G. m. b. H. 1922. 300 Seiten. Mit einer Übersichtskarte und vielen Abbildungen.

Köstliche Bilder von Landschaften und Städten des südslawischen Reiches beschert uns Wendel in diesem Buche, mit dem er den landschaftlichen Hintergrund des südslawischen Risorgimento zeichnet. Nirgends der Versuch zu wissenschaftlicher Tiefe und Systematik, überall aber eine tiefempfundene Liebe zu Land und Leuten, ein freudwilliges Eingehen auf die typischen Züge, ein weitherziges Verstehen der Nöte und Sorgen der Südslawen.

Das mit vorzüglichen, stimmungsvollen Bildern reich ausgestattete Büchlein gibt die Eindrücke wieder, die der Verfasser auf seinen Reisen 1920—22 gewann. Geopolitisch besonders interessant ist die Schilderung der Kärntner Slowenen nördlich und südlich der Karawanken; auch dieser glühende Verehrer der Südslawen muß anerkennen, daß die Karawanken ursprünglich einheitliches Volkstum gründlich getrennt und differenziert haben. Vom Deutschtum in Laibach, Marburg usw. erhalten wir gute Stimmungsbilder aus der Zeit kurz vor der Abstimmung.

[H]ermann Wendel: Südslawische Silhouetten. Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei, G. m. b. H. 1924. 219 Seiten.

Eine Fortsetzung gleichsam des „Südslawi[s]chen Risorgimento" (siehe oben), locker an[e]inander gereihte Skizzen von südslawischen [K]ämpfern und Dichtern. Die Leser dieser Zeit[s]chrift werden es besonders begrüßen, daß sich [h]ierunter u. a. ein Lebensbild des auch in [D]eutschland gut bekannten Professors der Geo[g]raphie an der Belgrader Universität Jovan [C]vijiç, befindet und daß am Schluß Adam [M]üller-Guttenbrunns, des Dichters der Banater [S]chwaben, gedacht wird. In allen Abschnitten [d]es Buches tritt klar hervor, wie stark die [d]eutsche Kultur das serbokroatische Volkstum [b]efruchtet hat.

[R]. A. Reiß: La Question des Comitadjis en Serbie du Sud. Belgrad 1924. 147 Seiten.

Ein ehemaliger Professor der Lausanner [U]niversität schildert in der vorliegenden Schrift [d]ie Entwicklung und Bedeutung der Komitatschi-[K]ämpfe in Südserbien und rollt damit die [m]azedonisshe Frage mit all ihrem Hin und [H]er auf. Er bringt vielerlei, im Grunde aber [d]och wohl nicht immer tendenzfreies Material [h]erbei und kommt zu dem Ergebnis, daß die [K]omitatschi von den Bulgaren angestiftet und [b]esoldet worden wären, daß alle Verantwortung [f]ür den Kleinkrieg in Mazedonien Bulgarien [z]ufällt und daß die Mazedonier selbst durchaus [p]roserbisch eingestellt seien.

Daß damit das mazedonische Problem er[s]chöpfend behandelt und über diese Frage das [l]etzte Wort gesprochen sei, muß billig bezweifelt [w]erden.

[E]wald Banse: Abendland und Morgenland. Landschaft, Rasse, Kultur zweier Welten. Verlag von Georg Westermann, Braunschweig-Hamburg 1926. 19 Seiten Text und 294 Abbildungen auf 238 Tafeln in Mattkunstdruckpapier.

Ein von Banse bereits in vielfältigen Varianten [b]ehandeltes Thema wird dem Leser dieses Buches in Gestalt eines hervorragend ausgestatteten Bilderwerkes eingeprägt. Die Bilder geben, entsprechend dem Untertitel, einen Begriff von der Landschaft, der Rasse und Kultur in Abend- und Morgenland; kurze Hinweise unter jedem Bilde kennzeichnen das Wesentliche und laden zu einem Vergleich der beiden geographischen Reiche ein.

Das prachtvolle Bilderwerk ist ein ästhetischer Genuß und zeichnet eindringlich und plastisch den Gegensatz der beiden Welten.

Der vorausgeschickte kurze Text versucht diesen Gegensatz mit Worten zu skizzieren. Der Verfasser beschränkt sich jedoch nicht bloß auf Feststellungen, sondern wagt eine Wertung, die wahrscheinlich keineswegs überall ungeteilten Beifall findet: „Es gibt gute und es gibt schlechte Rassen. Die Guten, d. h. die schöpferischen Rassen sind die hellen, insbesondere die nordische oder germanische; die Schlechten, d. h. nur empfangenden Rassen, sind die farbigen, am meisten die schwarze".

Karl Klinghardt: Türkün Jordu, der Türken Heimatland. Eine geographisch-politische Darstellung. Verlag von L. Friederichsen & Co., Hamburg 1925. 177 Seiten. Mit 1 Karte.

Klinghardt gilt mit Recht als einer der besten Kenner Anatoliens. Wäre er als solcher nicht so bekannt, so könnte der Titel leicht irreführen und die Meinung aufkommen lassen, der Verfasser habe die ursprünglichen Wohngebiete der Türken festgestellt und versuche diese zu beschreiben. In Wirklichkeit behandelt Klinghardt den jetzigen Lebensranm, das jetzige Staatsgebiet der Osmanen: Anatolien.

Um ein möglichst lebendiges Bild dieser weiten und verschiedenartigen Landstriche zu bieten, gliedert Klinghardt ganz Anatolien in 12 Charakterlandschaften; sie sind so gewählt, „daß in ihnen sowohl geographische Gegebenheiten als wirtschaftliche Zusammenhänge, ferner politische und Bevölkerungsverhältnisse und teilweise auch reine Gesichtspunkte der

einprägenden Übersicht zur Sprache kommen und sich gleichsam auf einer mittleren Begrenzungslinie vereinen".

Auf strenge Wissenschaftlichkeit erhebt Klinghardt auch sonst nicht Anspruch und schenkt daher dem Kausalitätsprinzip nur wenig Beachtung. Dafür aber versteht er es ausgezeichnet, mit dem Wort zu malen und dem Leser das Wesen der mannigfachen Landschaften nahezubringen. Wirtschaftliche und politische Charakterzüge werden dem eigentlichen Landschaftsbild überall geschickt und klug eingefügt, so daß der geopolitisch interessierte Leser allenthalben durchaus auf seine Rechnung kommt.

Im einzelnen werden behandelt (in Klammern die von Klinghardt gegebenen Titelüberschriften):

1. Das nordostanatolisch-armenisch-kurdische Bergland (Burgen, Schlupfwinkel und kämpfende Völker).
2. Südost-Anatolien und die angrenzende Ebene Mesopotamiens (Schneefelder über heißer Ebene).
3. Das ostpontische Küstengebiet mit der Hauptstadt Trapezunt (Orangen und Fische).
4. Das Stromgebiet der Kisil Iramak (Im Arm des Grünen und des Roten Stromes).
5. Zentral-Anatolien (Städte am Rande von Salz und Sand).
6. Adana, das Baumwolland (ebenso).
7. Das Taurus-Bergland in Süd-Anatolien (Stille Bergseen und sonnige Buchten).
8. West-Anatolien (Jonien, von der Marmara zum Menderes).
9. Die Anatolien vorgelagerten Inseln von Somotraki über Lesbos, Chios, Samos, Rhodos bis hin nach Cypern (Die Inseln).
10. Der mittlere Abschnitt des pontischen Küstengebiets (Holz und Kohle).
11. Am Marmara-Meer (ebenso).
12. Die europäische Türkei (Adrianopel—Bosporus—Dardanellen).

Rafael de Nogales: Vier Jahre unter dem Halbmond. Erinnerungen aus dem Weltkrieg. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1925. 255 Seiten. Mit 65 Abbildung
und einer Karte.

Ein in Deutschland erzogener, kluger u
feinsinniger Venezuelaner glaubt bei Ausbru
des Weltkrieges, seinen Degen der lateinisch
Rasse zur Verfügung stellen zu müssen, wi
jedoch von den Militärs der Entente ab
wiesen und gelangt über Montenegro, Serbie
Bulgarien nach Konstantinopel, wo er schlie
lich in türkische Dienste tritt. Vier lange u
inhaltreiche Jahre verlebt Nogales dann a
Offizier im türkischen Heer. Er lernt gan
Anatolien, Armenien, Kurdistan, Mesopotamie
Syrien, Palästina und die Sinai-Halbinsel kenne
überall in wichtigen Missionen, in der Reg
als Führer der äußersten Front, ein aufrichtig
Bewunderer und glühender Verehrer nunmeh
der deutschen Armee.

Soweit der nüchterne Sachverhalt. Aber da
Was der Tatsachen ist damit natürlich keine
wegs erschöpft und das Wie der Darstellun
überhaupt nicht berührt. Offen und ehrlic
gestehen wir, daß wir eine Nacht opferten, den
es war uns unmöglich, das abends begonnen
Buch aus der Hand zu legen, ohne bis zu
letzten Seite vorgedrungen zu sein. Diese Schi
derung des armerischen Aufstandes, diese Be
schreibung der Irak- und Iran-Unternehmunge
diese Darstellung des Vorstoßes bis zum ägyp
tischen Sinai! Die klugen militärischen Beme
kungen allenthalben durchzogen von ruhigen
feinsinnigen politischen Urteilen, das Ganze i
atemberaubender Lebendigkeit gehalten, all
Erregung zugleich doch wieder gemeistert durc
eine feine weltmännische Art, durch eine un
gewöhnlich gediegene Bildung.

Aus der Fülle der in deutscher Sprache ge
haltenen Kriegserinnerungen ragt das Wer
Don Nogales hoch heraus. Nicht nur de
Militär, auch und gerade dem geopolitisch inter
essierten Leser wird dieses Buch eine une
schöpfliche Fundgrube tiefen Wissens und ein
gehender Belehrung, ein menschlich herzlic
sympathischer Freund sein und bleiben.

aisuli, Sultan der Berge. Lebenserinnerungen des marokkanischen Araberscheiks Mohammed Ibn el Raisuli el Hasali el Alani von ihm selbst erzählt, englisch niedergeschrieben von R. Forbes, ins Deutsche übertragen und frei bearbeitet von Otfrid von Hanstein. Verlag von K. F. Koehler, Leipzig 1924. 221 Seiten mit 45 Abbildungen und einer Übersichtskarte.

Der marokkanische Orient, wie er leibt und bt, ersteht vor unseren Augen beim Lesen eses Buches. Um die Person des Helden, aisuli selbst, rankt sich das bunte Auf und b des marokkanischen Lebens, die Geschichte aisulis wird zu einem Stück Geschichte Nordestafrikas.

Packender ist bisher wohl kaum das Zusamenprallen zwischen Abendland und Morgennd in dieser schicksalschweren Ecke Afrikas eschildert, gewaltiger niemals das Eindringen er Spanier dargestellt worden. Und das alles Gestalt eines Lebensdramas, das, überreich Spannung, schließlich schlechthin zur Traödie wird: Der Held von Tazrut muß der Überacht der Spanier weichen und sich den leidenhaftlich gehaßten Christen unterwerfen. Zwar ie Spanier verbannen Raisuli nicht, wie Franosen und Spanier jetzt Abd el Krim verbannten, ber der „unbesiegte Held der Berge“ hat seine olle ausgespielt und erwartet schicksalergeben seinem Hause in Tazrut das Ende seines ürmisch bewegten Lebens.

Das Buch liest sich wie ein Roman, darf aber och als lebensvoll wahrhaftes Abbild einer Velt gelten, die in wenigen Jahrzehnten gänzch entschwunden sein dürfte. Als kulturelles nd politisches Dokument wird die Lebensgechichte Raisulis dauernden Wert behalten.

tto C. Artbauer: Kreuz und quer durch Marokko. Das Ende des letzten Sultanats. Verlag von Strecker & Schröder, Stuttgart 1925. VIII und 189 Seiten mit 68 Abbildungen auf Tafeln und einer Übersichtskarte (Neuauflage).

Auf drei Reisen (1906, 1908, 1909) lernte der der Verfasser das Sultanat Marokko eingehend kennen. Er bietet in vorliegendem Buche recht lesenswerte Reiseskizzen, die in ihrer Gesamtheit vorzüglich in das Wesen von Land und Leuten Marokkos einführen. Marokko war damals offiziell noch unabhängig, aber der Verfasser spürt auf Schritt und Tritt die kommende französische Annektion. Geopolitisch besonders interessant sind Artbauers Bemerkungen über den militärischen Wert der Berber, über den Gegensatz zwischen der reinblütigen Landbevölkerung und dem Völkergemisch der Städte, die stammliche Zersplitterung u. a. m. Auch die Skizzen marokkanischer Charakterköpfe wie Raisuli, Bu Hamara, Mulai Hafid usw. haben entschieden selbst für unsere Zeit noch Wert. — Sehr gute Abbildungen tragen dazu bei, das geschriebene Wort lebendig zu gestalten.

Pierre Semard: Marokko. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 1925. 165 Seiten.

Einer der Führer der französischen Kommunisten gibt hier einen kurzgefaßten landeskundlichen Abriß Marokkos und schließt daran eine heftige Anklage gegen den ein freiheitliebendes, tüchtiges Volk vergewaltigenden Kapitalismus und Imperialismus der Franzosen. Trotz der offensichtlichen Tendenz darf dieses Büchlein nicht gering gewertet werden, denn es enthüllt mit schonungsloser Offenheit die Methoden der Kolonialpolitik, die Frankreich wie überall so auch in Marokko befolgt hat.

Alfred Rühl: Vom Wirtschaftsgeist im Orient. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig 1925. 92 Seiten.

Alfred Rühl ist durch seine 1922 erschienene Schrift „Die Wirtschaftspsychologie des Spaniers“ weit über die Kreise der Fachgeographen bekannt geworden. Die bewundernswürdige Liebe zu weitgespannten Literaturstudien, die meisterhafte Beherrschung eines weitzerstreuten, mühselig zu beschaffenden Materials, die wir damals rühmen konnten, kennzeichnet auch die neue Schrift. Um sich nicht in der Weite und

Mannigfaltigkeit des Orients zu verlieren, beschränkt sich Rühl auf Algerien und zeigt an diesem Beispiel das Verhältnis des Islam zur Wirtschaft. Er nähert sich damit Webers religionssoziologischen Untersuchungen, geht aber doch eigene Wege, indem er den religiösen Institutionen die tatsächliche Wirtschaftsgestaltung unter Benutzung umfangreichen Materials gegenüberstellt.

Die neue Rühlsche Veröffentlichung ist überreich an originalen Gedanken und Deutungen; mit einer Inhaltsangabe ist hier wenig ausgerichtet. Wir halten es daher für zweckmäßig, das Ergebnis der Studie mit den Worten von Rühl selbst wiederzugeben: „Der Wirtschaftsstil weist einerseits Züge auf, die ihn dem primitiver Völker naherücken, andererseits solche, wie sie zum Bilde des europäischen Wirtschaftslebens im Mittelalter und bis in den Beginn der Neuzeit gehören. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Struktur liegt eine Gemeinschaft im soziologischen Sinne vor, ein enges Verbundensein der einzelnen Mitglieder, und hieraus folgt auf wirtschaftlichem Gebiet, daß der einzelne kein isoliertes, selbständig handelndes Wirtschaftssubjekt ist. Wie die Gemeinschaft für ihn die Verantwortung übernimmt, so ist auch er ihr Rechenschaft schuldig. Sie steht dem wirtschaftlich Schwachen bei, ohne sich um die Ursache seiner Schwäche zu kümmern, fordert aber auch die gegenseitige Unterstützung bei allen Leistungen, die die Kräfte eines einzelnen Mitgliedes übersteigen. Innerhalb der Gemeinschaft ist die Religion die herrschende Macht und nimmt die Leitung des gesamten Lebens für sich in Anspruch. Auch die Wirtschaft muß sich ihr beugen, darf sich ihrer Führung nicht entziehen wollen, keine Autonomie erstreben und sich auf eine eigene Ethik stellen. Ein auf ausschließlich rationaler Grundlage ablaufender Wirtschaftsgang ist damit ebenso unmöglich gemacht wie die Loslösung der wirtschaftlichen Tätigkeit von der Gesamtpersönlichkeit des Menschen; die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtscha
subjekten können sich nicht auf einer nur e
seitig wirtschaftlichen Basis abspielen. Auß
dem ist damit gegeben die Herrschaft der T
dition, das Festhalten am Herkömmlichen,
Sichgenügenlassen im Begrenzten, ein Nic
progressismus, der durch die historischen Schi
sale noch eine besondere Kräftigung erfahren ha

Oskar von Niedermayer: Unter der Gl
sonne Irans. Kriegserlebnisse der deutsch
Expedition nach Persien und Afghanist
Einhorn-Verlag in Dachau bei Münch
1925. 331 Seiten mit vielen Bildern u
einer Kartenskizze.

Eine zukünftige Generation wird es Osk
von Niedermayer mehr noch als die lebem
danken, daß er die schier übermenschlich
Leistungen der deutschen Weltkriegsexpediti
nach Persien und Afghanistan aufgezeichnet h
beschrieben in jener schlichten und einfach
Sprache, die wahrhaften Helden eigen zu se
pflegt.

Wir lassen in dieser Besprechung die mili
rischen Absichten und Erfolge beiseite; w
gehen auch nicht so sehr auf die prächti
geopolitische Charakterisierung des iranisch
Grenz- und Durchgangsgebietes ein, weil Hau
hofer darüber in dieser Zeitschrift (Jahrgan
1926, S. 294) bereits berichtet hat. Uns lie
vor allem daran, Niedermayers Buch als ei
der glänzendsten Darstellungen Vorderasie
überhaupt zu rühmen. Jeder, der sich f
Mesopotamien, Persien und Afghanistan inte
essiert, jeder, der die überaus wichtigen polit
schen Verhältnisse dieses uralten Kampfgebiete
das Ringen zwischen Rußland und England i
Persien u. a. m. kennen lernen will, wird d
Buch von Niedermayer als einzigartige Quel
einfach nicht entbehren können.

Selten sind in einem Werk grundlegend
wissenschaftliche Erkenntnisse mit grenzenl
spannenden Erlebnissen so hervorragend g
paart, wie es hier der Fall ist. Dieses deutsch
Heldenbuch ist eine Erscheinung ganz für sic

ınübertrefflich nach Form und Inhalt. Mag ıuch die Weltkriegsgeneration dahingehen, das Buch Oskar von Niedermayers wird den Wechsel ler Zeiten lange überdauern und als ein Glanztück deutscher Unternehmungskraft und deutcher Gestaltungsgabe bestehen bleiben.

Wir können den Lesern unserer Zeitschrift Niedermayers „Unter der Glutsonne Irans" nicht varm genug empfehlen.

'. Börnstein-Bosta: Mandani Baschi. Reisen und Erlebnisse eines deutschen Arztes in Afghanistan. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1925. 176 Seiten mit 38 Abbildungen und einer Karte.

Als Pionier deutscher Wissenschaft ging Dr. Börnstein im Jahre 1923 mit einer Ärztemission ıach Afghanistan. In fesselnder und anschauicher Weise erzählt er von der mühseligen, vochenlangen Reise, die zuerst mit der Bahn urch Rußland, dann im Karawanenzug über Herat nach Kabul, der Hauptstadt des verchlossenen Landes, führte. Die Schilderungen eines dortigen Lebens und Wirkens haben nicht ur als interessante persönliche Erlebnisse Wert, ondern geben einen lebensvollen Ausschnitt aus em bisher wenig bekannten, geheimnisvollen ıfghanistanreich. Der Leser nimmt teil an em echt orientalischen Leben des Volkes und ernt die Hofhaltung des europäischer Kultur ehr zugetanen Emirs kennen. Man gewinnt nteressante Einblicke in Leben und Treiben, itten und Gebräuche, Anschauungen und Aberlauben eines hochintelligenten Volkes, das sich ber erst langsam von den Fesseln jahrhundertelter Vorurteile und Überlieferungen freimachen ann.

Dem vorzüglich ausgestatteten Buche fehlt gevìß der welthistorische Hintergrund, der dem Verke Oskar von Niedermayers eigen ist, aber s hat dennoch seinen großen Wert und gibt inen ausgezeichneten Begriff von der aufpfernden, oftmals zu stillem Heldentum sich uswachsenden Pionierarbeit deutscher Wissenchaftler im fernen Orient.

Geopolitisches Interesse wird vielfach geweckt, so bei der Schilderung von Herat, Kabul und dem Khaiberpaß, bei der Erwähnung der italienischen und türkischen Konkurrenzmanöver in Kabul, bei der Darstellung des afghanistanischen Staatsproblems u. a. m.

Neben Niedermayers Iran-Buch verdient auch die Schrift Börnsteins weiteste Verbreitung. Sie wird wesentlich mit dazu beitragen, dem deutschen Volke eine klare Vorstellung von der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Problematik Afghanistans zu verschaffen.

NACHTRAG

Otto Mathies: Hamburgs Reederei 1814 bis 1914. Verlag von L. Friederichsen & Co., Hamburg 1924. 298 Seiten, mit vielen Bildern.

An den Menschen, die weit in der Welt herumgekommen sind, in fremde Länder geschaut, in fremden Sprachen sich unterhalten und selber mit den Gedanken der Fremden gedacht haben, haftet etwas, das sie hinaushebt über die Allgemeinheit, daß sie freier, gewissermaßen nicht an Grenzen gebunden erscheinen läßt. Und nicht von ungefähr, sondern eben von diesem in andere Welten Schauen ist das Wort „einen weiten Horizont haben" in unsere deutsche Sprache gekommen: Dieser Hauch von Weltweite weht einen an, wenn man das Buch „Hamburgs Reederei" liest, das Otto Mathies bei Friederichsen in Hamburg herausgegeben hat. Mathies hat es nicht leicht gehabt, denn das Quellenmaterial war mager und unvollständig, so daß er in weitem Maße auf die Unter stützung der Reedereikontore wie auf mündliche Überlieferung angewiesen war. Um so beachtenswerter ist das Material, das er, der Nichthistoriker (Mathies ist Anwalt, dem nur die Abendstunden für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung stehen) zusammengetragen hat, und das in gleichem Maße den Geographen wie den Historiker und den Kulturgeschichtler interessiert. Auch diesen. Doch

während Geograph wie Historiker, ich möchte sagen, vollbefriedigt die 300 Seiten des Buches überschauen können, weil diese die tiefe Verbundenheit von Wirtschaft und Weltgeschehen wie Weltblickweite restlos erhellen, muß den Kulturgeschichtler etwas wie Wehmut ergreifen, wenn er sieht, wie große Anstrengungen schnell versinken, große Häuser und Familien schnell vergehen, kaum dem Sohne, selten dem Enkel ihr Gut überantwortend. Denn in der kurzen Spanne eines Jahrhunderts, die Mathies beschreibt (1814 bis 1914) haben fast anderthalb tausend Reedereien zum Werke gerüstet, das Werk vollendet aber, so daß es Sohn und Enkel sichtbar blieb, drei, vier, einige wenige. So aber ist das Leben, und gerade dieses Lebensvolle hat Mathies in Wort und Zahl und Bild plastisch herausgearbeitet. — Die künstlerische Gestaltung des Buchkörpers durch den Verlag verdient ein besonderes Wort.

Arthur Hertz, München.

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DEM INDOPAZIFISCHEN RAUM

An die Spitze der in dieser Berichtperiode neu zugeströmten Quellen ist nach geopolitischem wie wirtschaftlichem Wertgehalt zu stellen:

W. Wagner: Die chinesische Landwirtschaft. Paul Parey, Berlin 1926. 204 Textabbildungen und 2 Karten. 668 S. 42 Mk.

In fünfzehnjähriger praktischer und theoretischer Arbeit aufgebaut, ist von dem erfahrenen Organisator der landwirtschaftlichen Abteilung in Tsingtau ein Seitenstück zu Richthofens China-Arbeiten hingestellt worden: ein Beweis zugleich, welche Kulturleistung durch den Raub unsrer ganzen überseeischen Arbeit und die sinnlosen Zerstörungen dabei abgeschnitten und verkümmert worden ist. Das Buch von Wagner gibt — mit seiner Wirkung weit über rein landwirtschaftliche Erkenntnis suchende Kreise hinausreichend — viel mehr, als sein Titel verheißt. Es bedeutet, über sein eigentliches Arbeitsziel hinaus, die Möglichkeit, daraus die Anhaltspunkte für eine zeitgemäße Landeskunde von China zu gewinnen, die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der ganzen neueren positiven China-Literatur seit Richthofen und des Vordringens zu einem eigenen Urteil über das chinesische Problem mit seinen riesenhaften und vielartigen Verhältnissen an seiner Hand.

Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen, und leider wird das Werk für die Mehrzahl unserer Leser zu kostspielig sein — sein einziger Fehler. Er läßt sich aber dadurch mildern, daß sie unbedingt auf seine Beschaffung in allen erreichbaren öffentlichen Büchereien dringen; denn es gibt keine Berechtigung zum Mitreden über die Lebensverhältnisse eines Viertels der Menschheit an diesem Buche und seinen Zusammenfassungen vorbei. Wir erinnern uns z. B. nicht, irgendwo eine so geschlossene gemeinverständliche Darstellung der besonderen Wirkung der Monsun-Erscheinung in ihrer chinesischen Brechung auf das ganze Wirtschaftsleben des chinesischen Kulturkreises, eine so klare Darstellung der Folgen der Entwaldung, der Bodenpolitik, der Besitzgrößen, der Grundlagen der Bevölkerungspolitik gefunden zu haben. Verdrängt aus dem Arbeitsfeld, des besten Teils langjähriger Sammlungen beraubt, der Welt ein bisher von ihr nicht besessenes Standwerk über die Landwirtschaft der ältesten noch lebenden Kulturmacht schenken, und zugleich dem eignen Volk eine ganze Fundgrube

r vielseitigen Erfahrungen dieses Kulturvolks schließen: das heißt wahrlich „eine Sache um rer selbst willen“ treiben; und so entstand gesucht eine weit über den technischen Beich hinaus leuchtende, geopolitisch zum minsten gleichfalls hochwertige Leistung.

Ein japanisches Seitenstück zu ihr, insofern gleichfalls weit mehr geopolitische Ernntnis vermittelt wird, als der Titel verißt, ist:

Ogata: Die Genossenschaftsbewegung in Japan, Berlin 1925, R. L. Prager,

ssen englische Ausgabe wir schon einmal an derer Stelle gewürdigt haben. Allein das istige Ringen, das beide Einleitungen, die von dney Webb, wie die von Kiyoshi Ogata offenren, die Auseinandersetzung mit der Biblioaphie (in der deutschen Ausgabe leider gerzt), dann das aufschlußreiche 1. Kapitel über e Vorläufer der Genossenschaft in Japan, der erblick über die Massenhaftigkeit genossenaftlicher Volksgliederung in Japan (wie auch China) in Zeiten, in denen die europäischen fahrungen damit noch sehr unvollkommen d, geben tiefen Einblick in ganz andersige, eben doch vielfach landschaftlich bemmte Sozialstruktur auf einem gleichartigeren den, in gleichläufigerem Klimarhythmus.

Da wir vor allem das Zeugnis von schöpfechen Persönlichkeiten schätzen müssen, die, e Wagner und Ogata, in zwei Kulturen fruchtres Werk geleistet haben, dürfen wir ihnen nächst die zweite Auflage des ausgezeichneten erks von

Parkinson: Dreißig Jahre in der Südsee, Stuttgart 1926, Strecker & Schröder, 158 Abbildungen auf Tafeln und 4 Karten,

nmend anreihen. Es ist von Aug. Eichhorn t außerordentlich feinem Verständnis für das bedingt zu Erhaltende und das in den Erstcheinungen ja leicht nachschlagbare Entbehrhere so gekürzt worden, daß die Übersicht, strahlenden Erinnerungswerte für unser verenes Südseereich erhalten geblieben sind und das Ganze dennoch für weitere Kreise erschwingbar wurde; ein Vorbild für die Art, in der Werke von unvergänglichem Wert in ihrem wesentlichen Inhalt für unser raumarm gewordenes Volk als Ansporn zu überseeischer Arbeit erhalten werden sollten.

Gleichfalls in die Südsee führen einige anregende Werke des Verlags Brockhaus, unter denen wir besonders hervorheben:

Frank Hurley: Perlen und Wilde. Leipzig F. A. Brockhaus 1926. 94 Abbildungen 1 Karte.

Ein außerordentlich flott übersetztes, gut ausgestattetes, nur leider wieder mit Karten zu schwach bedachtes Reisewerk, von großem ursprünglichem Reiz, ein würdiges Seitenstück zu den Fahrten von Detzner, auf die wir immer wieder verweisen, da wir allen Grund haben, deutsche Art und Erfahrungsgewinnung im östlichen Neuguinea mit der australischen Nachkriegsweise vergleichend zusammenzuhalten, für uns und für die Welt und ihre Mandatbehörde. Das Mindeste, das wir für unsre gemordete Überseearbeit tun können, ist denen, die sie uns ungebeten abgenommen haben, im Dienste der Menschheit scharf auf die Finger zu sehen. Dabei treten dann zwischen Detzners und der Australier Umgangsweise mit den zu betreuenden Gebieten der Frühkultur scharfe Unterschiede hervor — auch bei verdienstvollen Wissenschaftern, die sich eben doch von der Ausrottungsüberlieferung des australischen Festlandes nicht ganz losmachen können — so völlig verschieden auch die wirtschaftliche Bedeutung der Eingeborenenfrage in den tropischen australischen Schutzgebieten vom weißen Siedelungsgrunde ist.

Hier darf etwa an die Gründung der Strafkolonie Sidney erinnert werden, die im 6. Band der „Alten Reisen und Abenteuer“ (F. A. Brockhaus, Leipzig 1923) von Dr. Rudolf Plischke gut und übersichtlich geschildert ist, aber in dem Zeitrahmen von etwa 1 1/2 Jahrhunderten keine recht grundsätzliche Änderung in der

Auffassung der Behandlung von Lebensräumen zur Wohlfahrt der Ureinwohner enthüllt.

Anmutige Erinnerungen von treffsicher beobachtenden Seeoffizieren an die deutsche Südseezeit schildern

Paul Ebert: „Südsee-Erinnerungen". K. F. Köhler, Leipzig 1924. 78 Abbildungen, 1 Karte, und

Max Fleck: „Mit S. M. S. Seeadler in der deutschen Südsee 1899—1900." Köhler & Amelang, Leipzig 1925, in „Deutsche in aller Welt". Abenteuer und Leistungen Deutscher im Auslande, einer Bücherreihe, herausgegeben von Walter von Hauff und Franz Ludwig Müller, 20 Abbildungen — leider keine Karte.

Es ist ein Verdienst um die Raumerziehung unseres immer raumblinder werdenden Volkes, wenn seine alten Seeoffiziere etwas von der Raumweite, etwas von dem Denken in Weltmeeren und Kontinenten, das sie im eigenen, reichen und bewegten Leben erwarben, in unsre klägliche Raumnot und Binnenenge von heute herein zu spiegeln versuchen. Es müßte noch viel, viel mehr gerade an volkstümlicher und anregender Arbeit in dieser Richtung geschehen, und Admiral Hollweg dürfte nicht so allein in seinem Ringen gelassen werden.

Hollwegs „Columbusfahrt", Mittler, Berlin 1925,

die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entdecker-Betrachtungen seiner Amerikareise, führen doch wie eine frische Seebrise landeinwärts. Nicht jeder unter den Berufenen wird seine Eindrücke auf einer solchen geopolitischen Höhe durchgestalten können, auf wenigen 111 Seiten; aber es sollte von den in guter Stunde niedergelegten, unter so günstigen Umständen gesammelten Seemannserfahrungen möglichst wenig verloren gehen. Selbst der Kenner der Südsee wird den lebendigen und frischen Schilderungen von Ebert und Fleck neue Farben in seinem Bilde abgewinnen können; er wird in der Erkenntnis bestärkt, wie viel Arbeit, wie viel Leistung seiner Landsleute in dem Südseereic dem gegensätzlichen Erzieherraum für d Deutschen zu seinem kontinentalen und nor schen Ursprungsland, angelegt war, und w viel Achtung mindestens er diesem Werk sei Seeleute, Kaufherren und Verwaltungsleute zollen hat.

Mehr in kongeniale Spuren kontinentaler u nordischer Geopolitik führt den Deutschen d klug zusammengefaßte Auszug aus Nordenskiöl großem Reisewerk:

Adolf Erik Freiherr von Nordenskiöl Die Umsegelung Asiens und Europas a der Vega. F. A. Brockhaus, Leipzig 192 als 9. Bändchen der Sammlung „Reis und Abenteuer". 55 Abbildungsprob und 2 Karten;

eine gute und für den Eindruck von der G samtleistung immerhin ausreichende Miniat des berühmten Werkes und jedem erschwingba

Zwei ausgezeichnete Arbeiten, aus denen si indirekt, neben der unmittelbaren kunstwisse schaftlichen, mittelbar tiefer geopolitischer Ei blick gewinnen läßt, sind:

Leonhard Adam: Hochasiatische Kun Strecker & Schröder, Stuttgart 1923. Tafeln, 4 Textbilder, leider keine Karte, un

Leonhard Adam: Buddha-Statuen. Streck & Schröder, Stuttgart 1925. 1 Titelbil 52 Photographien auf 48 Tafeln, 20 A bildungen im Text, keine Karte.

Gerade ihre hervorragende Herausarbeitun des Typischen in der hochasiatischen Kun wie in der langsamen Entwicklung und A wandlung der Darstellung der Buddha-Ersche nung bedingt — neben dem hervorragende kunstwissenschaftlichen, der hier nur angedeut werden kann — den geopolitischen Wert d beiden Arbeiten. Läßt sich doch gerade a dem von ihnen in treffsicherer Auswahl a einer ungeheuren Fülle von Einzeldarstellunge ausgewählten und beigebrachten Stoff am Bild am eignen Augenschein des Beschauers der b deutsame Einfluß der Landschaft auf die

rchschreitende Weltanschauung und ihre äger und Sinnbilder erweisen. Gerade im andel der Buddha-Gestalt durch die geschicht-hen Zeiten, wie die geographischen Räume eckt unerschöpfliche Anschauungsmöglichkeit cht nur für kunstwissenschaftliche, sondern ch für geopolitische Erkenntnis. Viel eher t ja doch der lebende Shakyamuni dem Bilde s Asketen der Tafel 6 ähnlich gesehen, als m doch sehr fragwürdigen hellenistischen Ur-d der Tafel 1 oder dem ein Jahrtausend äter ausgebildeten Reflex lebenssatt zurückge-tener japanischer Reichsfeldherrn, Kanzler d Mönch-Kaiser der Tafel 25. Aber bis der p von einem Extrem zum andern fortent-ckelt war, wie sich das herbe Hochland des ahayana-Wegs, die üppige Feuchte und Tief-ndstimmung, die Küstennähe des Hinayana-eges der Lehre in den Umgestaltungen ab-ückt und widerspiegelt, das ist von höchstem teresse. Beide Bücher sollten vom Geopolitiker cht ohne gleichzeitigen Gebrauch der Karte d guter Landschaftsdarstellungen benützt rden, wie sie etwa für Kashmir und Indien e farbigen Verlagswerke von Black, für Japan panische Originale an die Hand geben.

Geopolitisch dankenswert ist auch in solchem isammenhang die Neuherausgabe und Ein-hrung mit Itinerar einer berühmten Trans-ntinentalreise:

ermann Herbst: „Der Bericht des Franzis-kaners Wilhelm von Rubruk über seine Reise in das Innere Asiens in den Jahren 1253 bis 1255".

e erste und vollständige deutsche Übersetzung s lateinischen Reiseberichts eines Flamen mit utscher Muttersprache, der in den Bann weit-sseliender Kirchen- und Machtpolitik und m Groß-Chan geriet, ist auch buchtechnisch n erlesenes Stück.

Im Zusammenhang damit gibt eine flüchtige itschriftenrundschau Anlaß, wieder einmal auf e sorgfältige japanologische Quellenarbeit von . F. M. Trautz hinzuweisen, diesmal im Zusammenhang mit einer vortrefflichen Abhandlung über eine buddhistische Kunsthandschrift der Fujiwara-Zeit, Berlin 1926, und die Frage anzuregen, ob sich der Autor nicht, in Erweiterung einer schon einmal nur in bezug auf den Buddhismus angesetzten Arbeit, zu einer Anleitung für die Verwertung der ostasiatischen geopolitischen Originalquellen über den Kreis der Japanologen, Koreaforscher und Sinologen hinaus bewegen lassen könnte. Das Bedürfnis verraten mir zahlreiche Anfragen und Zuschriften.

Sein schönes Ceylon-Werk bedarf noch eigener, rühmender Würdigung.

Sorgfältig werden deutsche, wie überseeische geopolitisch wertvolle Erscheinungen in der ausgezeichnet geleiteten Veröffentlichung des Mil. Geographischen Instituts in Florenz: „L'Universo" verfolgt. So bringt die August-Nummer eine Arbeit über den Baikalsee mit Würdigung der großen, vorzüglichen Sammelarbeit von Johannsen (Mitteilg. der Geogr. Gesellsch., München 1925) und guten weiteren Zusammenfassungen von Riccardo Riccardi: „Il lago Baical secondo gli studi piu recenti" ein Muster, wie man wissenschaftliche Ergebnisse in guter Form an weitere Kreise heranträgt; eine Studie, die auch für unsre deutsche Rolle dort nachahmenswert wäre, von Germano Oldani: „La lingua Italiana nell' Estremo Oriente"; und eingehende Bemerkungen zu Langhans so höchst anregender und geopolitisch wertvoller Karte des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Petermanns Mittlg., Gotha 1926, die wir unsern Lesern mindestens zu gleicher Beachtung empfehlen möchten, wie sie in dem führenden italienischen geopolitischen Organ erfährt, das indopazifischen wie mitteleuropäischen Fragen ein nicht überall genug gewürdigtes Verständnis entgegenbringt. Man sollte auch nördlich der Alpen den „Universo" regelmäßig lesen, mindesten in Büchereien verlangen.

Eine ausgezeichnete Quelle ist ferner „The Modern Review", Calcutta, deren Juli-Heft

(Band 40, Nr. 1) z. B. die fünfte Fortsetzung der ausgezeichneten Untersuchung von Dr. Taraknath Das: „British Expansion in Tibet" enthält, J. T. Sunderland: „India and Japan", eine Besprechung von Sir Valentine Chirol's „India" durch C. F. Andrews, und viele andere Einblicke in sonst nicht erschlossene Verhältnisse gewährt.

Über die zunehmende Entwicklung örtlicher Industrien in den Absatzländern der europäischen Industriestaaten als einen wesentlichen Faktor des Ausfuhrrückgangs dieser Länder und die damit im Zusammenhang stehenden Arbeiterverhältnisse der Sowjet-Bünde, des britisch-indischen Kaiserreichs, der Republik China und des Kaiserreichs Japan enthält Nr. 14, S. 286 des „Arbeitgebers" eine bemerkenswerte Zusammenstellung, aus der geopolitische Verlagerungen und Umwertungen, trotz allen internationalen Regelungsversuchen der Arbeitszeit, klar hervorgehen.

Inhaltschwer ist auch das Heft V, Bd. XXII, 1926, der „Far Eastern Review" geraten, in dem ein Aufsatz über „China and the League of Nations" und ein anderer über „Japans Recht auf sein Dasein" (Japans right to exist) hervorgehoben werden müssen. „Eine der Lehren des großen Krieges ist, daß ein sich rapid vermehrendes Volk auf einem zu beschränkten Raum mit einem Auslaß versehen werden muß, oder daß, wenn man es zwingt, zu Hause zu bleiben, der Rest der Welt die Alternative eines unheilvollen Handelswettbewerbs auf sich nehmen muß. Die Strafe dafür muß gezahlt werden, entweder, indem man ihm Ergänzungsraum zuweist, oder indem man eine vernichtende Handelsrivalität erweckt, aus seiner größeren Not, sich seinen Lebensunterhalt zu erwerben . . ." Das ist eine von den Binsenwahrheiten, zu denen sich George Bronson Rea, der nun in Europa weilende Herausgeber und Schriftleiter der Far Eastern Review durchgerungen hat. „Japan not to blame" überschreibt er den nächsten Aufsatz! Und Deutschland?

Das lehrreiche Heft enthält außerdem gu[te] Lageskizzen und Betrachtungen zur neuen Bah[n] Kirin—Tunghwa, zur Wasserverbauung in Kwang Tung, über die siamesischen Staatsbahnen.

Zu erwähnen ist hier endlich (weil di[e] pazifische Seite eines sonst dem amerika[-] nischen Referat zustehenden Lebensraums be[-] sonders hervorhebend und herausarbeitend) da[s] Sonderheft des Manchester Guardian Commercia[l] vom 22. 7. 26 „British Columbia". E[s] zeigt, wie man die geopolitischen Leitzüge eine[r] Landschaft, zugleich mit einer ganz gewandte[n] politischen und wirtschaftlichen Reklame, de[r] Welt nahebringen kann.

Kurt Hesse: An den Straßenecken der Wel[t]. Stahlhelm-Verlag. Magdeburg 1925.

An den Straßenecken der Welt erlebt man vielerlei und gewinnt vielfältige Eindrücke, abe[r] die Gefahr ist groß, daß man nicht in di[e] Tiefe sieht, die man zumeist auch über Se[e] nur bei gemeinsamer Arbeit mit einem fremden Volk in seiner Lebensnot in seinem Lebens[-] raum ergründet; gerade vom Verkehr an der Straßenecken aus machen oft die lautesten Er[-] scheinungen den tieferen mit größerem Erfolg den Rang streitig, als sie auf die Dauer ver[-] dienen. Dazu kommt die Gewalt der ersten Eindrücke, die hier der Neukultur Amerikas einen Vorsprung verschaffte, den nicht All[e] anerkennen werden. Nach Ostasien kam der Weltfahrer etwas ermüdet und in ungünstiger Zeit; so hat er von China, wie Japan ein un[-] günstigeres Bild gewonnen, als er vielleicht be[i] gemeinsamer Arbeit mit beiden Altkulturen fortgetragen hätte. Denn die Vereinigten Staaten sind weit mehr auf in der Hetze von ihnen aufzunehmende Eindrücke eingerichtet, wie ja auch die niederländische Kolonialarbeit in Java, so hoch sie die Insel entwickelt hat, doch sehr gewandt den Weltreisenden mit den Auffassungen zu versehen weiß, die sie dann in der Weltöffentlichkeit vertreten sehen möchte. Diese Gefahrmöglichkeiten dem bisher ge[-] wonnenen Weltbild gegenüber muß sich klar

achen, wer sich dem launenvollen Reiz der elfach in gewolltem staccato hinspringenden arstellung K. Hesse's aus seiner Weltreise überßt. Es geht ein nervöser Zug durch sie, den er Verfasser so ernster Bücher eigentlich gar icht nötig hätte. Das ist schade wegen der elen Stellen, an denen sicheres Urteil ungeört durch die Manier und leise Voreingeommenheiten zutage tritt und uns hoffen läßt, aß diese erste Reiseskizzierung nur der Vorufer zu einer großen Darstellung ist, die das eschaute und die Schlüsse daraus in ruhigem, roßen Flusse gibt.

rnst Waldschmidt: Gandhara—Kutscha—Turfan. Klinghardt & Biermann. Leipzig 1925. Eine Einführung in die frühmittelalterliche Kunst Zentralasiens. Mit 119 Abbildungen und Karte. M. 4,50, in Leinen 6.

Der schmale, gehaltvolle Band (dem wir nur ern eine bessere, farbige Karte gewünscht ätten) hat das große Verdienst, weite Kreise einem erschwingbaren Preis in die Bedeutung er vier deutschen Turfan-Expeditionen unter rünwedel und v. Le Coq einzuführen, und n einigen wohlgewählten Fundabbildungen zu igenem Urteil über die Wichtigkeit dieses Verindungsweges zwischen westlicher, indischer nd fernöstlicher Kultur und Wirtschaft zu behigen. Es bleibt eben doch ein Ruhmesblatt on Mitteleuropa, daß trotz dem fehlenden Iachtrückhalt gerade in diesen Landschaften lle großen Anregernamen auf diesen Feldern: Müller, Hirth, Stein, die beiden Führer der urfan-Expedition wenigstens ihren Ursprung us dem mitteleuropäischen Kulturkreis nicht erleugnen konnten. Es ist von geopolitischer edeutung angesichts der panasiatischen Zuammenhänge, die gerade auch auf diesem ittelasiatischen Kulturstreifen hin- und hereben, daß der deutsche Anteil an seiner eistigen Durchdringung im Gefühl breiter chichten, nicht nur der Orientalisten und Kunstissenschafter, in das rechte Licht gesetzt und m Bewußtsein erhalten werde.

Es ist nicht nur Neuland der Kunstgeschichte, das hier, wie man mit Recht rühmend hervorhebt, endlich mit einer volkstümlichen Darstellung von vollem wissenschaftlichen Wertgehalt betreten wird, sondern leider auch Neuland der Politik, der künftigen asiatischen Verkehrsgeographie, oder doch schon sehr lang nicht mehr sub specie so großer Zusammenhänge betretenes Arbeitsgebiet, selbst wenn man es nur mit einer Grenzkunst, aber sicher mit einer von starker Strahlungskraft zu tun hätte. Auch für künftige geopolitische Arbeitsziele ist an dieser Stelle, von diesen Ausgangspunkten noch viel zu leisten. Wir hoffen, daß die Arbeit junger deutscher Forscher in Afghanistan, in Persien, in chinesisch-Turkestan und im Altai an diese Leistungen anknüpfe und das Verständnis für zukunftswichtige Durchgangslandschaften wach halte. Dr. v. Niedermayer, Trinkler, Johannsen, Fickeler stellen sich bereits als neue Hoffnungen zu älteren Erfolgen.

An größeren Durchblicken ist, außer den hier schon gerühmten von Krause: Geschichte Ostasiens und Ju Tao Fo, dann von Rohde: Der Kampf um Asien, noch E. v. Zenker: Geschichte der Chinesischen Philosophie, Gebr. Stiepel, Reichenberg 1926, 1. Band, ehrend zu nennen, weil der gedrängte Band ein gewaltiges geisteswissenschaftliches Gebiet übersichtlich ordnet, seine Philosophie immer wieder in sinnvolle Beziehung zu Entstehungsboden und Landschaft bringt, klare Auseinandersetzungen mit der sonst schwer zu findenden Literatur anfügt und große Hoffnungen auf die dem zweiten Teil vorbehaltene zusammenhängende Darstellung des chinesischen Geisteslebens vom Machtantritt der Han-Dynastie bis in unsere Tage erweckt. Der Schwerpunkt dieses gedrängt gebauten und dennoch sehr groß angelegten Werkes liegt freilich auf anderem Gebiete; aber auch für das geopolitische Arbeitsfeld ergeben sich glänzende Streiflichter, wie aus den Werken von Franke und Wilhelm, um so wertvoller, je mehr Sinologie

und Japanologie dem Weltbild ihres Volkes zu dienen bereit sind.

Die niederländische Kolonialwelt erfährt fortgesetzt weitere Aufhellung ihrer Probleme in der vortrefflichen Zeitschrift: Deutsche Wacht, ergänzt durch das Deutsche Jahrbuch für Niederländisch Indien, zusammengestellt von Dr. F. A. Schöppel, Batavia. G. Kolff & Co., Weltevreden, Batavia und Leiden 1925; eine gute und übersichtliche Schöpfung aus eigener Kraft, der nur noch etwas mehr Arbeiten mit Karten und Diagrammen — wenn nötig unter Verbindung mit Reklame (wie in der Far Eastern Review), anzuraten wäre. In den Niederlanden selbst ist die Arbeit von Prof. Dr. H. Blink hervorzuheben, von dem neuerdings eine ausgezeichnete Verbindung von Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte für die Niederlande stammt (Amsterdam 1925), der aber vor allem in seiner Zeitschrift: Tijdschrift voor Economische Geographi, Rotterdam, den Niederlanden ein beneidenswertes Organ und Forum der angewandten Erdkunde geschaffen hat. „De verbreiding en de ontwikkeling de rubberproduktie" (15.7.26. S. 217) behandelt auf nur zehn Seiten übersichtlich (mit vortrefflicher Skizze) dieses Weltproblem. Auch sonst ist das Heft reich an wertvollen Anregungen.

Wichtige, auf engstem Rahmen zusammengedrängte geopolitische Einblicke gibt endlich in einigen seiner Stichworte das neue große Unternehmen:

Karl Bott: Handwörterbuch des Kaufmanns (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1926, ff. bis jetzt Bd. I und II).

Zwang auch die notwendige Rücksicht auf sonst unüberwindbare Herstellungskosten dazu, die kartographische Ausstattung so schlicht als möglich zu halten, so gibt sie doch in bewußtem und durchgehaltenem Zusammenwirken von Bild und Karte die großen Linien, das Wesentliche in packender, kennzeichnender Auswahl. „Australien" von Grüttner und Nobel, „China" von Keferstein und Nobel, „Deutsch-Ozeanien" von Grüttner, K. Rathjens auf knappem Raum hervorragend behandelter „Großer Ozean", Sievekings geographisch und bildmäßig gerade für zeitknappe Führer von Handel und Industrie glänzend dargelegte „Handels- und Wirtschaftsgeschichte" scheinen uns vom indo-pazifischen Standpunkt einige der ganz besonders gelungenen Aufsätze. Neben ihnen findet man Handelsgeographie leider auf später verwiesen und vermißt Geographie ganz, wo Geologie vertreten ist. Die „Französischen Kolonien in Asien" von Bonn, „Asien" von Stocks enthalten eine Fülle von Feinarbeit, die besonders geeignet ist, in der klugen Weise dieses Handels- und Industrie-Lexikons von schnell gesuchter Information zu weiterer handelsgeographischer und geopolitischer Arbeit hinzuführen und hinzulocken und so einen Reiz zur Vertiefung auszuüben, worin wir das größte Verdienst dieses Unternehmens sehen.

So wird es zu einem wertvollen Selbsterziehungsmittel gerade für die, deren Arbeit und Erfolg am meisten von einem zutreffenden Weltbild nicht nur ihrer Persönlichkeit, sondern auch ihres schicksalbestimmenden Volkes abhängig ist, auf einer ähnlichen Linie zum letzten Ziel, wie die im Aufbau so sehr verschiedene Neuausgabe der „Geographie des Welthandels" von Andree in der Anordnung von Heiderich und Sieger (4. Auflage, Wien, Seidel & Sohn 1926). Von diesem groß angelegten Unternehmen reicht ja im ersten Band, der zunächst neu erschienen ist und Europa umfaßt, nur die Darstellung Rußlands (durch F. Immanuel) bis in das indopazifische Gebiet. Wir werden also der vollen Bedeutung des Werkes erst nach dem Erscheinen de[s] II. Bandes gerecht werden können, so weit wir nicht selbst an ihm beteiligt sind.

Jetzt schon läßt sich sagen, daß unter Heranziehung eines gewählten Mitarbeiterstabes das berühmte Werk eine hervorragende Erneuerung erfahren hat. Wir nennen: Heiderich: Mittel-

uropa, Österreich; Sieger: Westeuropa, Baltische nd nordische Staaten, Dänemark, Schweden und Norwegen, Finnland; Hassinger: Deutschland; Leiter: Tschechoslovakische Republik; Arved Schulz: Polen; Rungaldier: Ungarn; Wachner: Rumänien; Patsch: Jugoslavien, Bulgarien, Albanien, Europäische Türkei; Walther Vogel: Frankreich; W. Tuckermann: Belgien und Niederlande; Erich Obst: Großbritannien; Norbert Krebs: Südeuropa, Italien; O. Quelle: Pyrenäen-Halbinsel; O. Maull: Griechenland; Hans Mortensen: Estland, Lettland, Litauen; F. Immanuel: Rußland.

Die schwierigste Aufgabe des I. Bandes war a wohl die Einfügung der „Russischen Welt n Europa und Asien" in eine Geographie des Welthandels, der sie ja heute noch in Wahrheit wenigstens der Idee nach widerstrebt: wie lie chinesische zunächst eine sich nach ihren eigenen Gesetzen möglichst auf Autarkie hin neu organisierende Welt! Was aber geopolitisch, handels- und wirtschaftsgeographisch überhaupt Festes über sie auszusagen ist, das hat Immanuel, der langjährige Beobachter des russischen Werdens im Großen und im Kleinen, mit gewohnter Meisterschaft zum Einheitsbilde zusammengefügt und in charakteristischen Zahlengruppen anschaulich gemacht.

Wie sehr sich gerade bei solchen werdenden Verhältnissen und Umgestaltungen politischer und wirtschaftlicher Räume riesenhaften Maßstabes die geopolitische Betrachtungsweise, — als am schnellsten zur Übersicht führend, — aufdrängt, das werden die Leser des erneuerten Andree gerade an den Stellen erfahren, wo die schwierigsten Aufgaben von Gebieten mit großen geschichtlichen Bewegungen jüngster Zeit in räumlicher Darstellung bewältigt werden müssen. Ohne eine Zusammenschau der erdgegebenen und bodenbestimmten Grundzüge mit ihrer Erprobung im Laufe der jüngsten geschichtlichen Bewegung wäre eine Prägung, wie die Immanuels, aber auch Walther Vogels Frankreich in einigen seiner glänzendsten Partien, das lebensvolle Südeuropa von Krebs, die Einleitung zu Arved Schulz: Polen, Hassingers deutsche Lagenschilderung gar nicht möglich gewesen. Sie ist geradezu leitend für einige der hervorragendsten Leistungen des gehaltvollen, so rühmlich erneuerten Werkes.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststr. 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.



Das lebendige Asien / Beschreibungen und Bilder

Ein seltener, reizvoller Einblick in die Psyche eines Eingeborenen aus Tibet, in die Wirkungen, die das Eindringen des Europäers auslöst: die selbstgeschriebene Biographie eines tibetanischen Karawanenführers.	Klein-Tibet, Kaschmir, Chinesisch-Turkestan, das unbekannte Tibet	GULAM RASSUL GALWAN, ALS KARAWANENFÜHRER BEI DEN SAHIBS. Deutsche Übertragung von Paul Fohr. 1924, 268 Seiten, 25 Abbildungen, 1 Karte, Leinen Mark 6.—
Ein Gegenstück: der Europäer, ein junger deutscher Geologe, schildert seine Reisen mit Karawane und Auto durch Afghanistan, das lange verschlossene Glacis Englands gegen Rußland.	Russisch-Turkestan, Afghanistan (Bend-i-Baba, Hindukusch), Indien	TRINKLER, QUER DURCH AFGHANISTAN NACH INDIEN. 1925, 236 Seiten, 2 farbige Skizzen, 68 Abbildungen und eine Karte, Leinen M. 8.50
Ein Mensch mit künstlerischem Feinempfinden, mit offenem Verstand durchstreift abenteuerhaft unberührte Inseln des Sunda-Archipels und das Innere der Malayischen Halbinsel. Wie er empfindet und denkt, geistvoll und weitblickend, und wie er photographiert, ist gleicherweise mitreißend.	Sumatra, Java, Borneo, Celebes, die Molukken, Bali, Singapore, Kelantan	H. M. TOMLINSON, ÄSTHETISCHE REISE ZU DEN GEWÜRZINSELN. Deutsche Übertragung von Paul Fohr, 1926, 280 Seiten, 39 Abbildungen und eine Karte, Leinen M. 8.50

Das politische Volk: Die Engländer

Gedankenkreis	*Geograph. Raum*	*Titel des Werkes*
Struktur und Wachsen des britischen Reiches, seiner geographischen Form und seiner soziologischen Sonderart / Die heutigen Probleme / Zeigt sich ein Verfall im Weltreich?	Die britischen Inseln und die britische Welt.	DEMANGEON, DAS BRITISCHE WELTREICH. Übersetzt von Paul Fohr. 1925, 362 Seiten und 5 Karten. Leinen Mark 10.—
Ein Ausschnitt aus diesen Problemen und ein Blick in das Innere des Reiches: Indien, seine Geschichte unter englischer Herrschaft, und diese Herrschaft selber in scharfer Kritik. Die Einwirkung demokratischer Staatsauffassung auf ein imperialistisches Reich	Britisch-Indien, die Anliegerstaaten und die Beziehungen zum Mutterland	CARTHILL, VERLORENE HERRSCHAFT. Wie England Indien aufgab. Übersetzt von Martha Haushofer, Einführung von Karl Haushofer. 1924, 314 Seiten und eine Karte. Leinen M. 8.—

KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN-GRUNEWALD

Zuspitzungen im Fernen Osten

Gedankenkreis	*Geograph. Raum*	*Titel des Werkes*
Eine Gliederung und Aufdeckung der geopolitischen Fragen des Fernen Ostens. In seiner Durchdringung von Wissenschaft und politischem Blick ein sehr anregendes, in seiner neuartigen Methodik und dem geopolitischen Urgefühl ein einzigartiges Buch.	China, Japan, Rußland, Insulinde, Australien, USA, Canada, Mexiko, Südamerika	HAUSHOFER, GEOPOLITIK DES PAZIFISCHEN OZEANS. Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte. 1925, 453 Seiten, 16 Karten und Tafeln. Leinen Mark 15.—
Die Versuche der Zivilisationsstaaten, durch Flottenstützpunkte und Koloniegründung in Asien Fuß zu fassen; die Gegenwehr seitens der unterdrückten Völker und ihre geopolitische Begründung.	Indien, Insulinde, China, Japan, die Flottenstützpunkte im Indischen Ozean und im Pazifik	HAUSHOFER-MÄRZ, ZUM FREIHEITSKAMPF IN SÜDOSTASIEN (Karl Haushofer, Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung — Josef März, Die Stützpunkt politik der großen Mächte), 1923, 503 S., Leinen 10.—

Der kleinste Erdteil

Seine Natur ist uns Deutschen merkwürdig unbekannt. Hier plaudert ein Verständnisvoller, ungeordnet scheinbar, aber anschaulich über Pflanzen, Berge, das Meer, über Tiere und Menschen: Australien ist ein Land der Zukunft.	Nordost-Australien, Queensland	PUXLEY, WANDERUNGEN IM QUEENSLANDBUSCH. Übertragen von Hildegard Kühn, 1925, 222 Seiten, 24 Abbildungen und eine Karte. Leinen Mark 7.—

Ein geopolitischer Streifzug durch Afrika

In diesem Buch erzählen die beiden Leiter der durch den Film: „Das schwarze Geschlecht" bekannten Citroën-Expedition voll Reiz von ihrer Fahrt durch die Sahara. Sie zeigen viel ausgezeichnete Bilder von der Fahrt, deren im Tiefsten politische Bedeutung uns angehen sollte.	Die Sahara zwischen Algier u. Französisch-Senegambien, Timbuktu, der Niger, von den Tuaregs	C. M. HAARDT UND L. AUDOUIN DUBREUIL, DIE ERSTE DURCHQUERUNG DER SAHARA IM AUTOMOBIL, Deutsche Übertragung von Paul Fohr. 1924, 202 Seiten, 53 Abbildungen und eine Karte, Leinen Mark 6.—

Lassen Sie sich die Werke, die Sie interessieren, unverbindlich von Ihrer Buchhandlung oder vom Verlag zur Ansicht vorlegen

KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN-GRUNEWALD